blätter des iz3w

nr. 17/18 juni/juli 72 Herausgeber: Informationszentrum Dritte Welt
D-78 Freiburg Lorettostr. 2o a Tel 71o28 App 29

Zusammengestellt und herausgegeben von: P. Arnold, S. Bartels, G. Cremer J. Geue, F. Hemmerich, E. Knörich, H. Pöttker, P. Riedesser, B. Sandbothe, G. Stingl, L. Teubner, H. Werner. Konten: Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg Nr. 1.022.623.3; Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239; SCHWEIZ: Postscheckkonto Basel 4o-35899 (G. Stingl) Jahresabonnementpreis: DM 1o,-

FÖRDERKREIS des izw3 wozu?

Zu unserer Detailplanung für die nächste Zeit gehören u. a.:

- die Veröffentlichung von zwei Büchern und mehreren Broschüren,
- Vorbereitung und Durchführung des Portugaltribunals,
- die Verstärkung der materiellen Hilfe für die Befreiungsbewegungen,
- die Verbesserung der Koordination unter den Dritte-Welt-Gruppen,
- die Anpassung unseres Apparates an die wachsenden Aufgaben.

Diese Arbeit wird im Wesentlichen durch Spenden ermöglicht, die allerdings nur sporadisch eintreffen und deren Beschaffung zusätzliche Arbeitsbelastung verursacht.
Unsere Organisation hat inzwischen eine Größe erreicht, die es nicht mehr erlaubt, von zufälligen Spenden und Zuschüssen staatlicher und kirchlicher Institutionen abhängig zu sein.

Um Unabhängigkeit und Kontinuität des Informationszentrums Dritte Welt zu gewährleisten und neben den schon jetzt laufenden großen Projekten und Ausgaben eine langfristige Planung zu ermöglichen, bitten wir alle, denen an der Fortführung und Ausweitung unserer Arbeit gelegen ist, um ihre aktive Solidarität durch den Beitritt zum

Förderkreis des Informationszentrums Dritte Welt.

Nur einplanbare Beiträge werden unsere Unabhängigkeit und eine freizügige Planung garantieren können.
Wir appellieren besonders an Mitarbeiter und Sympathisanten politischer Gruppen, die an eigenem zeitlichem Einsatz für Dritte-Welt-Arbeit verhindert sind, die aber durch ihren finanziellen Beitrag in Höhe von 1 bis 3% ihres Monatseinkommens oder mindestens 5,– DM monatlich die Weiterführung unserer Arbeit ermöglichen wollen.

Organisatorisches

Die schlechte rechtliche (und oft materielle) Lage, in die das Ausländerrecht besonders gegen ihr (mit "uns" befreundeten) Land oppositionelle Ausländer zwingt (verg. die versuchte Ausweisung des Südafrikaners Lee mit einer Ausreisefrist von nur einer Woche, die Ausweisung eines aktiven CISNU-Mitglieds in München), fordert von allen Gruppen politische Solidarität und finanzielle Unterstützung.

In letzter Zeit sind aber mehrere Fälle vorgekommen, bei denen diese Situation notwendiger Solidarität ausgenutzt wurde. Hochstapler haben mit der vorgetäuschten Geschichte einer Flucht, die finanziert werden muß und deren Scheitern mit der Ausweisung eine katastrophale Folge hätte (eine Situation, die für viele Oppositionelle besonders aus Dritte-Welt-Ländern zutrifft), bei Dritte-Welt-Gruppen, Hochschulgemeinden und Studentenvertretungen finanzielle Hilfe erhalten.
So hat ein angeblicher Oppositioneller aus der SAR das Fluchtgeld nach Finnland in einer Rundreise gleich bei mehreren Gruppen besorgt und der Tunesier Kassim Daieb unter Berufung auf das iz3w bei verschiedenen Gruppen mehrere tausend DM besorgt, ohne daß diese bei uns rückgefragt haben.

In den bisherigen Fällen hätte bereits eine Rückfrage bei Organisationen oder Gruppen, die zur Empfehlung angeführt werden und zu denen Kontakt bestehen soll oder die Hinzuziehung einer Person, die das Herkunftsland kennt und somit Widersprüche in der Schilderung der Umstände aufdecken kann, genügt, um Hochstaplern das Handwerk zu legen, die die Notlage der politisch Verfolgten auf ihre Weise ausnützen.

Wir bitten also alle, die mit Berufung auf uns um finanzielle Hilfe für in Not geratene ausländische Oppositionelle gebeten werden, mit uns telefonisch Kontakt aufzunehmen. Für wichtige Anfragen liegen beim Telefondienst in dem Studentenwohnheim, das unser Büro beherbergt, auch die Privatnummern von Mitarbeitern bereit.

Es ist selbstverständlich, daß wir in Fällen politischer Verfolgung zu schneller und unbürokratischer Hilfe verpflichtet sind. Aber es ist notwendig, Hochstaplern das Handwerk zu legen, wenn nicht denen, die in eine echte Notlage geraten sind, mit wachsendem Mißtrauen begegnet werden soll.

Die "Zahlungsmoral" unserer Leser ist in letzter Zeit wieder schlechter geworden, nachdem sie sich im Februar (nach einer für uns sehr arbeitsaufwendigen Mahnaktion) merklich gebessert hatte. Wir sind auf regelmäßige Zahlung aller Abonnenten angewiesen, um mit dem Jahresbeitrag von DM 15,- das iz3w finanziell über Wasser zu halten. Persönliche Mahnungen bedeuten einen (in unseren Augen unnötigen) Arbeitsaufwand, der eine Redaktion (die solche Arbeit nicht auf entfremdet arbeitende Angestellte abwälzen kann) stark belastet. Das iz3w verlangt keine kommerziellen Preise, niemand verdient an ihm, man sollte es auch nicht zu einem Büroaufwand zwingen, der sonst bei geschäftlichen Einrichtungen notwendig ist.

Die edlen regelmäßigen Zahler, die unsere ganze Hoffnung darstellen, mögen diese penetranten Mahnungen entschuldigen.

Förderkreis des iz3w

Bereits zwei Nummern haben wir Beitrittskarten zum "Förderkreis des iz3w" beigelegt. Dieser Förderkreis ist gegründet worden, um die Weiterführung unserer Arbeit finanziell zu sichern, ohne von nur sporadisch eintreffenden Spenden abhängig zu sein. Die Mittel werden benötigt bei der Durchführung der Kampagne zum Portugaltribunal sowie bei der Finanzierung unserer Informationsarbeit. Das für unsere Arbeit notwendige Büro braucht ebenfalls eine sichere finanzielle Basis. Wir appellieren besonders an Sympathisanten politischer Gruppen, die an eigenem zeitlichen Einsatz für Dritte-Welt-Arbeit verhindert sind, die aber durch ihren finanziellen Beitrag in Höhe von 1 - 3 % ihres Monatseinkommens oder mindestens DM 5,-- monatlich die Weiterführung unserer Arbeit ermöglichen wollen.

Weitere Dauerauftrags-Karten schicken wir gerne zu. Es ist aber auch möglich, daß Sie einen Dauerauftrag direkt an Ihre Bank schicken. (Unsere Konten sind auf dem Titelblatt angegeben.) Bei Spendern im Rahmen des Förderkreises entfällt der Abonnementpreis für die iz3w-blätter.

Entwicklungshilfe – Steuer Gesetz

ein Instrument zur Förderung deutscher Privatinvestitionen in der Dritten Welt.

Um deutsche Privatinvestitionen in Entwicklungsländern zu fördern, beschloß der Gesetzgeber 1961 im Rahmen des Einkommensteuergesetzes eine steuerliche Vergünstigung, mit deren Hilfe die Investoren Steuern auf Gewinne, die in den Entwicklungsländern entstanden waren, sparen konnten. Dieser steuerliche Anreiz erwies sich jedoch bald als unzureichend (d.h. deutsche Unternehmen reagierten auf diese Vergünstigung nur in sehr beschränktem Ausmaß mit zusätzlichen Privatinvestitionen) und schon 1963 wurde die Möglichkeit, in diesem Bereich Steuern zu sparen, durch das Entwicklungshilfesteuergesetz (EHStG) (amtliche Formulierung: "Gesetz über steuerliche Maßnahmen zur Förderung von privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern") erweitert.

Das Gesetz war auf fünf Jahre befristet, wurde nach Ablauf dieser fünf Jahre etwas geändert und nochmals um fünf Jahre verlängert. Es läuft also jetzt am 31.12.72 aus, wenn es nicht erneut verlängert wird.

Die Möglichkeiten, mit Hilfe dieses Gesetzes Steuern zu sparen, sind enorm, und deswegen bemüht sich auch die deutsche Wirtschaft intensiv darum, daß das Gesetz unverändert verlängert wird.(1)

Im folgenden soll zunächst anhand eines aus der Praxis genommenen Beispieles die Funktionsweise des EHStG erläutert werden.

Im Touristenzentrum Nordafrikas baut die TUNISIA in Zusammenarbeit mit der Deutsch-Tunesischen Gesellschaft e. V. am Sandstrand von Nabeul, am Golf von Hammamet, das Bungalow-Hotel

RESIDENZ DEUTSCHER CLUB
EINE OASE FÜR SIE UND IHR GELD

Steuerbegünstigter Grundbesitzerwerb durch Verlustzuweisung (Normalfall 151 %).

Sicherheit durch Grundbuchliche Eigentumsübertragung. Freie Verfügbarkeit.

Ca. 15 % jährlicher Wertzuwachs.
Ca. 20 % Rendite p. a. durch Beteiligung an der Betriebsgesellschaft.

Nutzen Sie noch den Steuertermin am 10. 6. 72.

TUNISIA, 8201 FRASDORF/Obb., Telefon 0 80 52/8 49
Deutscher Club e. V., 8 München 2, Weinstraße 12
Telefon 22 72 57

Coupon

Ich bitte um Übersendung der Unterlagen an:

Name:

Anschrift:

Auf Anzeigen, wie die hier abgebildete aus der "Welt am Sonntag" vom 7.5.72, konnte der deutsche Steuerzahler in den letzten Jahren häufig stoßen. Wer darauf reagiert, bekommt einen kostbaren Prospekt zugeschickt und die Aufforderung, DM 50 000, DM 100 000 oder mehr in das Projekt zu investieren.
In unserem Beispiel antwortet Dr. Mund, die zentrale Figur einer vielschichtigen Interessenverfilzung: er ist Geschäftsführer der "TUNISIA Ferien-, Heimbau und Betriebsgesellschaft mbH & Co. KG", jener Gesellschaft also, die diese Privatinvestition des Dienstleistungssektors (das Bungalow-Hotel "Residenz Deutscher Club") tätigt. Gleichzeitig leitet Dr. Mund den DEUTSCHEN CLUB e.V., welcher wiederum ein Bestandteil der DEUTSCH-TUNESISCHEN GESELLSCHAFT ist, die 1957 "durch besondere Initiative des damaligen tunesischen Botschafters in Bonn, des späteren Ministers Mondher Ben Ammar und des Generalkonsuls für Tunesien, Paul Conrad, ... als sichtbarer Ausdruck der freundschaftlichen Verbundenheit beider Völker gegründet wurde." Dr. Mund in seiner Eigenschaft als Präsident des DEUTSCHEN CLUBS spricht nun zu Dr. Mund in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer der TUNISIA (und zu den möglichen Teilhabern der TUNISIA): "Der DEUTSCHE CLUB e.V. begrüßt das Vorhaben der TUNISIA" (das Bungalow-Hotel zu bauen) und er teilt weiter erfreut mit, daß sich für dieses Projekt "Mitglieder des Kuratoriums des DEUTSCHEN CLUB e.V. zu einer beratenden Tätigkeit zur Verfügung stellen." (2) Das Wirken Dr. Munds in diesen Organisationen hat ihn zum Träger des Offizierskreuzes des Ordens der Republik Tunesien werden lassen.

Aus all dem geht also deutlich hervor, daß an der Integrität der TUNISIA GmbH & Co. KG nicht gezweifelt werden kann und daß Investitionen dieser Gesellschaft ohne Risiko sind.

Wie funktioniert nun, nach dieser längeren Vorrede, das EHStG, wenn Sie auf das Angebot der TUNISIA eingehen und dieser Gesellschaft z.B. DM 52 500 zur Verfügung stellen (diese und die folgenden Zahlen sind direkt dem Projekt dieser Firma entnommen)? Mit dieser Einlage sind Sie also zunächst einer der vielen Teilhaber der TUNISIA. Neben solchen Einlagen von Privaten (die für die Firma Eigenkapital darstellen), wird ein solches Projekt normalerweise auch noch mit Bankdarlehen (also Fremdkapital) finanziert. In unserem Beispiel der TUNISIA entfallen auf Ihren

Anteil von DM 52 500 zusätzlich 57 500 an Bankdarlehen. Durch Ihre Beteiligung verfügt die TUNISIA also über DM 110 000.

Auf diese Summe von DM 110 000 (= Ihr Anteil an der Privatinvestition Bungalow-Hotel) wird für Sie nun das EHStG angewendet. Das bedeutet im einzelnen:

1. Sie nehmen einen Bewertungsabschlag (3) in Höhe von 15 % der Investitionssumme vor und bilden außerdem eine gewinn- bzw. einkommensmindernde Rücklage (4) in Höhe von 50 % der nach dem Bewertungsabschlag verbleibenden Investitionssumme: = DM 52 280.
2. Sie berechnen anteilige Nebenkosten in Höhe von DM 13 141.
3. Sie berechnen Abschreibungen in Höhe von DM 14 080.

Der Gesamtbetrag (1.-3.) ergibt zusammen DM 79 501, das sind genau 151 % der von Ihnen aufgebrachten Summe von DM 52 500.

Diese DM 79 501 dürfen nun Sie bzw. die Firma bei der Berechnung der Einkommen- bzw. Gewinnsteuer als Verlust betrachten (das ist der entscheidende Trick des EHStG; vgl. die Anzeige: Verlustzuweisung 151 %). Das bedeutet: wenn Sie z.B. ein Jahreseinkommen von DM 200 000 haben, so müssen Sie davon in der BRD ca. 50 %, also DM 100 000, an Einkommensteuern zahlen. (Entsprechendes gilt für die Firmen, nur heißen dann die Begriffe Gewinn und Gewinnsteuer.) Wenn Sie nun aber von diesem Jahreseinkommen DM 52 500 bei der TUNISIA investieren, dürfen Sie aufgrund des EHStG 151 % dieser Summe (= DM 79 501) vor der Berechnung Ihrer Einkommensteuer vom Einkommen abziehen. D.h. für das Finanzamt haben Sie nur ein Jahreseinkommen von DM 120 499 (= 200 000 abzüglich 79 501) erzielt und brauchen infolgedessen auch nur rd. DM 60 250 (= 50 % von 120 499) an Steuern zu zahlen. Sie haben also ca. DM 40 000 an Steuern gespart und für DM 52 500 ein schönes Vermögen in Tunesien erworben. (5) Mit anderen Worten: Sie haben private Vermögensbildung aus Steuerersparnis (also aus öffentlichen Mitteln) betrieben! (6)

Und das Ganze nennt sich dann Entwicklungshilfe!

Wem nützt das EHStG?

Es ist klar, daß die Beteiligung an Firmen wie der TUNISIA, die ihre Existenz überhaupt nur dem EHStG zu verdanken haben, nur für Großverdiener (7), also Leute, die 40 % und mehr Einkommensteuer zu zahlen haben, möglich und attraktiv ist. Für Leute mit geringem Einkommen sind erstens die aufzubringenden Summen im Vergleich zu ihrem Einkommen unerschwinglich hoch und zum anderen wäre ihre mögliche Steuerersparnis relativ unbedeutend (denn sie haben ja nur weniger Steuern zu zahlen und können also auch nur weniger Steuern sparen).

Interessant ist das EHStG aber auch vor allem für die großen deutschen Konzerne, die so mit ihren Tochtergesellschaften steuerbegünstigt auf den "Märkten von morgen" Fuß fassen können. Die Konzerne können neben den oben geschilderten Vorteilen noch eine weitere Vergünstigung in Anspruch nehmen: nach dem EHStG können gebrauchte Sachanlagen (z.B. Maschinen) in die Dritte Welt (etwa an eigene Tochtergesellschaften) exportiert werden, ohne daß dabei stille Reserven aufgelöst werden müssen.(8) Ein Beispiel: Krupp baut sich eine Grubenförderungsanlage im Wert von DM 10 Mio, die eine Lebensdauer von 20 Jahren hat. Die Anlage wird in der BRD zur Kohlenförderung installiert und soll im Laufe von zehn Jahren abgeschrieben werden. Nach den zehn Jahren ist die Anlage also total abgeschrieben (d.h. laut offizieller Buchhaltung von Krupp besitzt die Anlage keinen Wert mehr, obwohl sie noch zehn weitere Jahre arbeiten kann; diese Differenz zwischen dem tatsächlichen Wert der Anlage und ihrem in der Buchhaltung ausgewiesenen geringerem Wert wird als "stille Reserve" bezeichnet, die also durch eine Unterbewertung von Vermögensteilen zustande kommt.).

Es kommt nun die Kohlenkrise und Krupp verschifft die Anlage nach Angola (9), um dort Erze zu fördern. Ohne das EHStG müßten jetzt die stillen Reserven gewinnerhöhend aufgelöst werden (d.h. Krupp hätte für die Hälfte des Herstellungswertes der Anlage, also für DM 5 Mio Gewinnsteuern zu zahlen). Aufgrund des EHStG braucht aber nur der Buchwert, hier also der sog. Erinnerungswert von DM 1,-- für die gesamte Anlage angesetzt zu werden. Ergebnis: Krupp hat steuerfrei in Angola investieren können. Offenbar handelt es sich dabei auch um Entwicklungshilfe, denn wie sonst könnte es die Bundesregierung verantworten, den jährlichen Steuerausfall aufgrund des EHStG (der zwischen 100 und 130 Mio DM liegend geschätzt wird (10)) stillschweigend hinzunehmen?

Es ist einsichtig, daß die deutschen Unternehmer am Fortbestand und Ausbau des für sie lukrativen EHStG stark interessiert sind.(11) Es besteht für sie weder ein Anlaß, den materiellen Inhalt des Gesetzes zu beschränken noch den Länderkatalog zu modifizieren.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Bundesregierung im Rahmen des EHStG mit jährlich weit über 100 Mio DM an Steuergeldern deutsche Unternehmen dabei unterstützt, in der Dritten Welt unsere privatwirtschaftliche Ordnung (sprich: den Kapitalismus) aufzubauen

bzw. zu verfestigen.(12)
Es klingt dann wie ein Hohn, wenn man in der "Entwicklungspolitischen Konzeption der BRD für die Zweite Entwicklungsdekade", S. 11, liest: "Die Bundesregierung versucht nicht, den Partnerländern politische sowie gesellschafts- und wirtschaftspolitische Vorstellungen aufzudrängen." ...

hw

---

1) Vgl. etwa den Artikel "EHStG beibehalten" in den Wirtschaftsblättern der Bank für Gemeinwirtschaft, März 1972, S. 8
2) Mitglieder dieses - sicher recht einträglichen - Kuratoriums sind u.a.: Minister Mondher Ben Ammar, Tunis, Generalkonsul P. Conrad, Bonn, Oberbürgermeister Th. Burauen, Köln, Minister Dr. Kohlhase, Düsseldorf, Minister Dr. Schwarz, Stuttgart, Dr. Georg von Opel, Frankfurt.
3) D.h. man berechnet 15 % von DM 110 000, zieht den errechneten Betrag von DM 110 000 ab und tut so, als seien diese 15 % der Investitionssumme ein Verlust.
4) D.h. man kann in der Buchhaltung 50 % der verbleibenden Investitionssumme ebenfalls als Verlust verrechnen (auch wenn ein solcher Verlust in Wirklichkeit gar nicht angefallen ist). Eine solche Firma kann also einen Gewinn bis in Höhe von 50 % des eingesetzten Kapitals (der Investitionssumme) erzielen und braucht doch keinen Pfennig an Gewinnsteuern zu zahlen.
5) Und das ist zudem ein Vermögen, das - laut Anzeige - auch noch mit ca. 15 % pro Jahr im Wert wächst (z.B. infolge steigender Grundstückpreise) und im Jahr auch noch 20 % an Gewinn abwirft.
6) An dieser Feststellung ändert auch die Bestimmung des EHStG nichts, daß die gewinnmindernde Rücklage zwischen dem sechsten und dem zwölften Jahr nach ihrer Bildung wieder gewinnerhöhend aufgelöst werden muß. Denn zum einen hat das Projekt bis dahin ja schon Gewinne abgeworfen, die mehr als 100 % der Investitionssumme betragen (d.h. das eingesetzte Kapital ist schon wiedergewonnen) und zum zweiten wird ein großer Teil der nach dem sechsten Jahr evtl. zu zahlenden Steuern im Laufe dieser Jahre von der Inflation "aufgefressen": wenn man z.B. DM 100,-- nach einem Jahr zu zahlen hat und die jährliche Inflationsrate 10 % beträgt, so zahlt man nach diesem Jahr zwar auch einen 100 DM-Schein zurück; da der Wert der DM aber inzwischen um 10 % gesunken ist, zahlt man in Wirklichkeit nur DM 90,- zurück. (Schuldner sind die Gewinner der Inflation.)
7) Typische Investoren in Firmen wie die TUNISIA sind Zahnärzte, Ärzte, Rechtsanwälte, die damit unmittelbar an der privatwirtschaftlichen Eroberung der Dritten Welt beteiligt sind.
8) Vgl. Menck, K.W., Wieviel taugt das EHStG?, in: Wirtschaftsdienst 70/II, S. 145.
9) Auch die portugiesischen Kolonien fallen in den Geltungsbereich des EHStG, auch wenn das Leute wie Dr. Lefringhausen vom "Deutschen Forum für Entwicklungspolitik" gern verheimlichen würden.
10) Seltsamerweise weichen diese Schätzungen beim BMZ und beim BMF um DM 20 Mio voneinander ab.
11) Vgl. Klenke, G., Kein Gegensatz zwischen Gewinnstreben und Entwicklungshilfe, in: Wirtschaftsdienst 68/III, S. 127 ff. Ein (zumindest!) unveränderter Fortbestand des EHStG wird insbesondere von der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsländer gefordert, der folgende Spitzenorganisationen der deutschen Wirtschaft angehören: Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Deutscher Industrie- und Handelstag (DIHT), Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels, Bundesverband deutscher Banken.
Minister Eppler, der das EHStG gerne (allerdings nur unbedeutend) verändern möchte, hat kürzlich selbst zugegeben (anläßlich einer Pressekonferenz mit Redakteuren von Schülerzeitungen am 4.6.72), daß er gegenwärtig seine Vorstellungen in dieser Sache sicher nicht gegen den Druck der deutschen Industrie durchsetzen könne.
12) Zur generellen Kritik an den Privatinvestitionen vgl. die einschlägigen Papiere beim iz3w.

1. Wir arrichtan und betreiben am berühmtan Strand „LAS CANTERAS" in LAS PALMAS DE GRAN CANARIA eine Hotel-Kompaktanlage der Suparlative „La Puntilla", von der man schon heute sagen kann, daß sie Weltruf erlangen wird.

Der Gasamtkomplex umfaßt: ca. 2.000 Betten der Luxusklasse, ca. 8.000 Betten der 1 A-Klasse (aufgeteilt in 5 Baukörper), Meerwassar- und Süßwasser-Schwimmbädar, Gasundheits-, Kur- und Sportzentrum sowie ein internationales Geschäfts- und Vargnügungsviertel.



2. Gesamt-Investitionen: DM 366 Mio.
Gesellschafts-Kapital: DM 225 Mio. aufgateilt in 20 % Kommandit-Beteiligungen und 80 % Gesellschafter-Darlehen.
Die Einzahlungen verteilen sich mit je 50% auf die Jahre 1971 und 1972.
Abgesicherte Fremd-Finanzierung: DM 141 Mio.

Verlust-Zuweisung: ca. 167 %.

Mindast-Beteiligung: DM 25.000,–

Die Vergünstigungen des Entwicklungshilfe-Steuergesetzes können in vollem Umfang in Anspruch genommen werden. Bescheid der zuständigen Oberfinanzdirektion liegt vor, der eindeutig aussagt, daß das Projekt nicht von den Beschränkungen des Zweiten Steueränderungsgesetzes 1971 betroffen ist.

Zensur im BMZ?

Vor einiger Zeit wurden die vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) herausgegebenen "Strukturdaten der Unterentwicklung" neu aufgelegt. Bei der Durchsicht der Neuauflage konnte man feststellen, daß die Seiten 36 ("Urproduktion II") und 38 ("Verarbeitende Industrie") sowie die zugehörigen Graphiken ohne Angabe von Gründen weggelassen worden waren. Damit die Leser des iz3w nicht auf diese beiden Seiten verzichten müssen, falls sie beim BMZ die Neuauflage bestellen (53 Bonn, Kaiserstr. 185-197), drucken wir sie im folgenden unverändert ab, - dies ohne Druckerlaubnis, da die Seiten ja nicht mehr "existieren". Wir überlassen es dem Scharfsinn der iz3w-Leser, herauszufinden, warum diese beiden Seiten wohl nicht mehr in die Neuauflage aufgenommen worden sind. Die besten Deutungen werden prämiert.

Urproduktion II

Die meisten Entwicklungsregionen haben reiche Bodenschätze. Es ist zu vermuten, daß ein großer Teil, z. B. im tropischen Regenwaldgürtel, noch gar nicht entdeckt worden ist. Tratzdem ist die Förderung von Bodenschätzen in den industrialisierten Ländern viel umfangreicher als in den Entwicklungsländern.

Neben den Energieträgern und deren Ausnutzung gehört der Aufbau einer eigenen Grundstoffindustrie zu den wichtigsten Förderungsmaßnahmen bei der Industrialisierung der Entwicklungsländer. Die Grundstoffindustrie (z. B. Metallgewinnung, Veredelung von Metallen, Verarbeitung von Erdöl und Kohle u. ä.) muß meist im Lande selbst angesiedelt werden. Bislang führen die Entwicklungsländer die Rohstoffe zum größten Teil unverarbeitet aus. (vergl. Tafeln neben Seiten 40 und 42)

Viele Industrieländer sind von den Bodenschätzen der Entwicklungsregionen abhängig. So verfügt West-Europa kaum über Erdöl. Es wird fast ausschließlich von Nordafrika und dem Vorderen Orient beliefert.

Der Anteil der Entwicklungsländer an der Erzförderung zeigt sehr deutlich, daß eine einheimische Industrie aufgebaut werden kann. Schon heute wird knapp die Hälfte aller Erze in den Entwicklungsländern gewonnen. Da ihr Anteil an der Eisenerzförderung der Welt nur 23 % beträgt, werden vor allem die wertvollen Erze wie Kupfer, Zinn usw. in den nichtindustrialisierten Ländern gewonnen.

Einige Beispiele:

Kupfererz Weltförderung 1967 5 Mill. Tonnen, davon Entwicklungsländer 2,2 Mill. Tonnen,

Kobalt Weltförderung 1964 16700 Tonnen, davon 12000 Tonnen in Kongo-Kinshasa, Zambia und Marokko.

Ähnliche Zahlenverhältnisse liegen für Chrom, Zinn, Zink, Magnesiumerz, Bauxit und Naturphosphat vor.

Insgesamt ist die Wachstumsrate der Förderindustrien in den Entwicklungsländern viel höher als in den westlichen Industriestaaten:

Von 1958—1964 stieg die Förderproduktion in den Entwicklungsländern um 89 %, in den westlichen Industriestaaten nur um 15 %. In den nächsten Jahren ist weiter mit erheblichen Steigerungen zu rechnen.

Zu bedenken ist:

Förderung von Bodenschätzen ist für die Industrialisierung nur wichtig, wenn sie im Land weiterverarbeitet werden oder die aus der Ausfuhr gewonnenen Gelder im Land wieder angelegt werden.

In vielen Entwicklungsländern aber sind die Bergwerke und Förderanlagen

- **in der Hand ausländischer Gesellschaften oder Privateigentümer**
- **in der Hand weniger einheimischer Familien**

Der Gewinn aus dem Rohstoffexport wandert in beiden Fällen zum großen Teil in das Ausland ab. So sind Verstaatlichungen und Enteignungen in manchen Entwicklungsländern zu erklären. Reine Förderungsindustrie benötigt nur wenige ausgebildete Arbeitskräfte. Sie kann ohne Entwicklung zur Grundstoff- und zur verarbeitenden Industrie nur wenig bei der Gesamtindustrialisierung des Landes helfen.

Verarbeitende Industrie

Der Anteil der Entwicklungsländer an der Weltproduktion der verarbeitenden Industrie ist außerordentlich gering.

Die Gründe sind schon genannt worden (vergl. Tafel neben S. 40)

- **Monokultur und andere Folgen kolonialer Vergangenheit**
- **Schwerpunkt Rohstoffausfuhr**
- **Ungünstige Welthandelsstruktur, Einfuhrschranken der Industrieländer**
- **Starke Bindung an die Landwirtschaft**
- **Zu geringe Energieerzeugung mit wenig ausgebautem Verkehrsnetz.**

Der Anteil an der Schwerindustrie ist noch wesentlich unbedeutender als an der Leichtindustrie.

Unter Schwerindustrie sind vor allem die metallverarbeitenden, die chemischen, die Papierindustriezweige usw. zu verstehen. Schwerindustrie stellt Kapitalgüter her.

Leichtindustrie schafft die Konsumgüter: Nahrungsmittel, Getränke, Bekleidung usw. Sie stellt in den Entwicklungsländern den größeren Teil der verarbeitenden Industrie dar. In den Industrieländern überwiegt dagegen die Schwerindustrie. Die Mitglieder der UNO sind übereingekommen, die einfache Verhüttung von Erzen zur Schwerindustrie zu zählen. Dies bedeutet aber im Grunde nur den Anfang für eine Weiterverarbeitung. Denn das so gewonnene Rohmetall wird von den Entwicklungsländern gleich in die Industrieländer ausgeführt. Wenn man dies bedenkt, wird der echte Anteil der Entwicklungsregionen an der Weltproduktion in der Schwerindustrie noch geringer.

(Fortsetzung auf Seite 61)

Welthandel

Zum Scheitern der UNCTAD III

UNCTAD III – Eine Verschwendung von Zeit und Geld

Am 21. Mai ging die dritte Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD III) (1) in Santiago de Chile zu Ende. An insgesamt 39 Verhandlungstagen produzierten rund 2500 Delegierte aus 142 Ländern Dokumente, Entwürfe und Resolutionen, deren Papiergewicht über 60 Tonnen betrug, deren politisches Gewicht aber annähernd Null war. Die Konferenz kostete insgesamt mindestens 50 Mio DM.

In seltener Einigkeit kommt die Berichterstattung auch aus unterschiedlichen politischen Positionen zu dem Ergebnis, UNCTAD III sei im Grunde ein deutlicher Mißerfolg gewesen. (2) Viel zu selten allerdings wird in diesen Berichten nach den möglichen Ursachen der Enttäuschung gefragt. Hatte man die Erfolgslosigkeit von UNCTAD I (1964 in Genf) und UNCTAD II (1968 in Neu Delhi) schon vergessen? Oder hatten sich die Verhältnisse in den internationalen Beziehungen inzwischen soweit verändert, daß man UNCTAD III optimistischer hätte entgegensehen können?

Doch zunächst zu Ablauf und Ergebnissen der Konferenz:

Von den fünfeinhalb Verhandlungswochen waren allein zwei den "großen politischen Erklärungen" der 142 Delegationen in der UNCTAD-Vollversammlung vorbehalten. Dabei waren äußerst tiefschürfende Überlegungen zu vernehmen. So etwa auch von Wirtschafts- und Finanzminister Karl Schiller: "Uns allen liegt daran, diese Konferenz zu einem Erfolg zu bringen. Wir treten hier zusammen nicht als Ankläger und Angeklagte, nicht als Tüchtige und Untüchtige, sondern wir versammeln uns als Mitglieder einer großen Familie. Als solche haben wir große und zahlreiche Probleme. Aber in einem sind wir uns einig: wir müssen unser gemeinsamen Schicksal gemeinsam meistern."

Oder von Weltbank-Präsident McNamara: "Es ist während der restlichen Jahre dieses Jahrzehnts unsere offenkundige Pflicht, uns klarzumachen, was Massenarmut wirklich bedeutet; wir müssen ihre Ausmaße bestimmen, deren Standort feststellen, eine Grenze setzen, unterhalb derer wir sie nicht länger dulden wollen, und schließlich mit Dringlichkeitsstufe eins eine bestimmte Schwelle menschlicher Würde und Anstandes schaffen, die innerhalb einer Generation erreicht werden kann."

Neben derartigen offiziellen Reden wurde auf der UNCTAD III auch noch gearbeitet. Das geschah in 6 Ausschüssen und 3 Arbeitsgruppen, die folgendermaßen benannt waren:

Ausschüsse:

(1) Grundstoffragen (2) Handel mit Halb- und Fertigwaren (3) Finanz- und Währungsfragen (4) Schiffahrt, Tourismus, Versicherungen (5) Handel zwischen Ländern mit verschiedenen Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen (6) Probleme der am wenigsten entwickelten Länder

Arbeitsgruppen:

(1) Institutionelle Probleme der UNCTAD (2) Regionalintegration in Entwicklungsländern (3) Übertragung von Technologie in Entwicklungsländer

Die möglichen Ergebnisse der Arbeitsgruppen und Ausschüsse waren eigentlich schon vor Beginn der Konferenz festgelegt: denn alle Delegationen der industrialisierten Länder waren bereits mit im einzelnen festgelegten Verhandlungspositionen nach Santiago gereist, so daß für die Konferenz selbst praktisch kaum Verhandlungsspielraum übrig blieb. Diese "vorsorgliche" Strategie erklärt sich z.T. dadurch, daß die Industrieländer vor der Konferenz befürchteten, UNCTAD III würde für sie zum Tribunal werden, bei dem sie wegen ihrer nationalegoistischen Politik vor der Weltöffentlichkeit angeklagt würden.

Welches waren nun aber die "wichtigsten" Ergebnisse (3) dieser Mammutkonferenz und in welchen Bereichen wurden die anfangs doch sehr hochgesteckten Erwartungen enttäuscht?

Eine ins Gesicht fallende Erleichterung der Rohstoff-, Halb- und Fertigwarenausfuhr aus den Entwicklungsländern wurde nicht erreicht. Das einzige konkrete Ergebnis im Bereich des internationalen Handelsverkehrs ist der Beschluß, noch im Laufe des Jahres 1972 ein Kakao-Abkommen abzuschließen. Ansonsten wurde den Forderungen der Entwicklungsländer von seiten der Industrieländer meist mit dem "Argument" begegnet, man müsse dazu erst einmal eine Studie anfertigen lassen, so daß auf diese Weise eine große Anzahl von Studien beschlossen wurde, wodurch die Industrieländer zumindest wieder einmal Zeit gewonnen haben.

Bei den Fragen des Weltwährungssystems wurde immerhin empfohlen, einen Zwanzi-

ger-Ausschuß als beratendes Organ im Rahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) einzurichten, in dem auch 9 Mitglieder aus Entwicklungsländern vertreten sein sollen. Ob diese Empfehlung realisiert wird und ob die Realisierung den Entwicklungsländern schließlich leichteren Zugang verschafft zu den "harten Währungen" (Dollar, DM, Schweizer Franken etc.), in denen der Welthandel abgewickelt wird, muß abgewartet werden. Große Skepsis scheint auch hier am Platz.

Im Währungsausschuß wurde ein Vorschlag der sozialistischen Länder abgelehnt, demzufolge eine weltweite Währungskonferenz im Rahmen der UNO (also nicht im Rahmen des IWF, den ja die westlichen Industrieländer beherrschen) abgehalten werden sollte.

Schnell einig wurde man sich dagegen in Bereichen wie etwa dem des Tourismus in die Dritte Welt, zumal die Resolution zur Förderung dieses Tourismus durch die Industrieländer mit keinen finanziellen Verpflichtungen für sie verbunden war.

Ansonsten wurde eine Reihe von Beschlüssen erneut bekräftigt, die schon 1968 in Neu Delhi gefaßt wurden (4) und deren Wiederholung sie vermutlich einer Realisierung auch nicht näher bringt.

Es scheint nun in der Tat nicht sehr ergiebig, noch weitere der von den Industrieländern fast durchweg "verwässerten" Beschlüsse wiederzugeben. Vielmehr scheint es wichtiger, zum Versuch einer Einschätzung zu kommen im Hinblick auf Hoffnungen und Erwartungen, die man grundsätzlich an eine derartige internationale Konferenz knüpften kann.

Eine derartige Einschätzung (hier zunächst allein bezogen auf die kapitalistischen Industrieländer) erfordert eine Analyse der Macht der Regierungen dieser Länder, d.h. eine Antwort auf die Frage, ob und inwieweit sie in der Lage sind, eigene nationale Interessen (zumindest kurz- und mittelfristig) zugunsten der Entwicklungsländer zurückzustellen.

Der Spielraum der kapitalistischen Länder für "Zugeständnisse" an die Dritte Welt ist nun offenbar aufs Engste verknüpft mit der jeweiligen innerwirtschaftlichen Lage und Entwicklung dieser Länder:

die USA (das "reichste" Land der Erde) mit ihren über 4 Mio Arbeitslosen, mit ihrer wirtschaftlichen Stagnation und gleichzeitiger Inflation, mit ihrer riesigen Staatsverschuldung und ihrer fortgeschrittenen Umweltzerstörung, "zeigten sich in Santiago auf westlicher Seite am starrsten und machten nicht die geringsten Konzessionen". (Handelsblatt vom 24.5.72)

Und die BRD, bisher in der "Entwicklungspolitik" des Westens oft als vorbildlich gelobt, zog sich häufig in die Gruppe der harten Nein-Sager zurück.

Die Überlegung liegt nahe, daß dieser "Rückzug" der Delegation der BRD auf der UNCTAD III in ursächlichem Zusammenhang steht mit der sich verschlechternden wirtschaftlichen Lage in der BRD selbst (hohe Preissteigerungen, fortschreitende Unternehmenskonzentration, fatale finanzielle Lage der öffentlichen Hand).

Welches also sind die Aussichten, die sich von daher ergeben?

Wenn es richtig ist, daß die westlichen Industrieländern den Entwicklungsländern in deren Forderungen nur dann ein Stück entgegenkommen (können), wenn ihre innerwirtschaftliche Lage selbst keinerlei Schwierigkeiten aufweist (5), muß man sich die Frage stellen, ob man realistischerweise erwarten kann, daß die westlichen Industrieländer ihre eigene wirtschaftliche Lage so weit verbessern und stabilisieren können, daß sie wichtige (etwa handelspolitische) Forderungen der Länder der Dritten Welt erfüllen können. Für eine negative Beantwortung der obigen Frage sprechen nun allerdings sehr viele, für eine positive Beantwortung sehr wenige Argumente. Insbesondere die (in den USA schon seit Jahren zu beobachtende, in der BRD erst in Tendenzen zu erkennende) Erscheinung der "Stagflation" (6) sowie die sich Jahr für Jahr



in praktisch allen kapitalistischen Industrieländern stark verschlechternde finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte deuten u.E. darauf hin, daß die westlichen Industrieländer in Zukunft den Entwicklungsländern eher weniger als mehr Zugeständnisse machen werden. (7) Wenn das so ist, ist es offenbar ein unmittelbares Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung in den westlichen Industrieländern und damit ein Ergebnis des Wirtschaftssystems dieser Länder, das selbst wachsende Schwierigkeiten hervorbringt.

Derartigen systembedingten Zwängen unterliegen die sozialistischen Länder

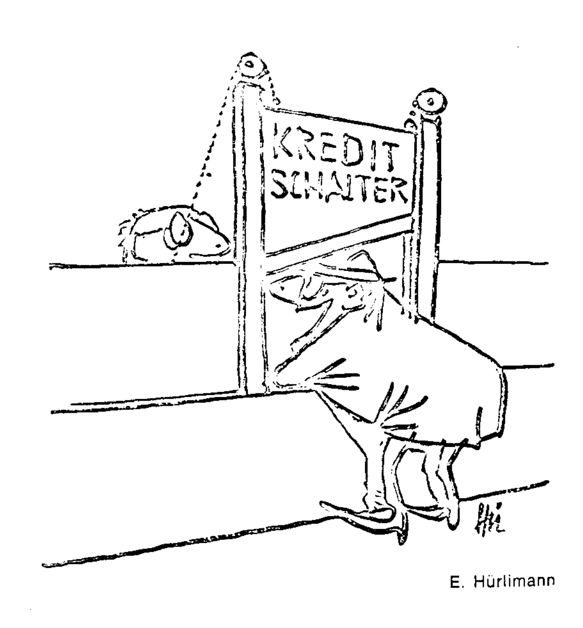
nun aber offenbar nicht. Das heißt selbstverständlich nicht, daß diese Länder, etwa in Fragen des internationalen Handels, in der Vergangenheit eine stärker an den Interessen der Dritten Welt orientierte Politik verfolgt hätte oder daß sie in Zukunft eine solche Politik verfolgen müßten. (8) Nur die Möglichkeit dazu scheint eher gegeben als bei den kapitalistischen Ländern, die sich in anscheinend steigendem Maße selbst Krisensituationen erzeugen, die zur Überwindung dann den Einsatz aller verfügbaren Mittel im Inland erzwingen (und keine Berücksichtigung der Interessen anderer Länder zulassen).

Von einer derartigen Einschätzung (die - wie gesagt - nichts weiter sein will als ein Versuch, als ein Diskussionsbeitrag unsererseits) hätten dann allerdings kaum Illusionen im Hinblick auf mögliche Ergebnisse der UNCTAD III aufkommen können. Man hätte wissen können, ja wissen müssen, daß die UNCTAD im Jahre 1972 eher verstärkt denn vermindert den Namen verdient, der für sie schon 1968 in Neu Delhi von einem spöttischen Delegierten geprägt wurde: United Nations Conference on Talk and Discussions!

Und das ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Verschwendung von Zeit und Geld.

fh

5) Selbstverständlich ist diese These durch Hinweise auf das Zusammentreffen von innerwirtschaftlichen Schwierigkeiten und nicht vorhandener Konzessionsbereitschaft gegenüber den Forderungen der Entwicklungsländer noch nicht exakt bewiesen.



E. Hürlimann

---

1) UNCTAD ist die Abkürzung für: "United Nations Conference on Trade and Development"

2) Man vergleiche etwa nur einige Schlagzeilen von Artikeln über die UNCTAD III in gewiß nicht sehr progressiven deutschen Zeitungen: "Große Schau mit kleinem Nutzen" (ZEIT vom 26.5.72); "Santiago hat enttäuscht" (Handelsblatt vom 24.5.72); "Einig, wenn's nichts kostet" (Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 28.5.72); "UNCTAD - eine Enttäuschung mehr" (Wirtschaftsdienst VI/1972)

3) Diese Ergebnisse sind zunächst nur Empfehlungen, denn die UNCTAD kann als Organ der UNO-Vollversammlung keine völkerrechtlich bindenden oder einklagbaren Entschlüsse fassen, eine mögliche Durchführung hängt also allein von der Bereitschaft oder Einsicht der beteiligten Staaten ab.

4) So etwa die "Verpflichtung" der Industrieländer, 1 % ihres Bruttosozialprodukts für Entwicklungszwecke zur Verfügung zu stellen, wobei 0,7 % des Bruttosozialprodukts aus öffentlichen Mitteln aufgebracht werden sollen.

6) d.h. das Zusammentreffen von wirtschaftlicher Stagnation und Inflation; die Stagnation ist vor allem durch die Unternehmenskonzentration (in Richtung auf eine Monopolisierung) zu erklären.

7) Die USA haben ja ihre "Auslandshilfe" aus innerwirtschaftlichen Gründen sehr stark gekürzt; die nach wie vor fatale Lage der Dritten Welt konnte diese Maßnahme offenbar nicht im geringsten beeinflussen.

8) Die Sowjetunion und ihre Verbündeten haben auf der UNCTAD III eine recht unbedeutende und im Grunde ebenfalls enttäuschende Rolle gespielt.
Demgegenüber hat sich die Volksrepublik China bewußt in die Front der Entwicklungsländer eingereiht, ohne dort bisher einen Führungsanspruch zu erheben. Vieles (u.a. die mittlerweile erheblichen Entwicklungshilfeleistungen) sprechen aber dafür, daß die VR China in absehbarer Zeit in eine zu großen Erwartungen Anlaß gebende Position in der internationalen Politik hineinwächst.

Rezensionen

Entwicklungsländerforschung zwischen Esoterik und radikalem Engagement

Die Dritte Welt. Vierteljahresschrift zum wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und politischen Wandel, hrsg. von Wolfgang Slim Freund, Jg. 1, Nr. 1, Meisenheim am Glan 1972

Im einleitenden Aufsatz mit dem Titel "Befürchtungen eines Entwicklungssoziologen - anstelle eines Vorwortes" formuliert Wolfgang S. Freund richtungweisende Ansprüche, die diese neue sozialwissenschaftliche Zeitschrift zum Themenkreis "Dritte Welt" erfüllen soll. Ihr Herausgeber äußert ideologiekritische, auf Selbstreflektion gerichtete Absichten: versponnene Esoterik und eine zwischen Redlichkeit und Verzagtheit schwankende Gebärde der Wertneutralität sollen entlarvt und bekämpft werden, in die "Entwicklungsexperten" der Industrieländer sich immer wieder flüchten; entlarvt und bekämpft werden soll damit die unverfängliche "wissenschaftliche" Methode, das Elend der Massen in der Dritten Welt auf sich beruhen zu lassen, obwohl die Notwendigkeit praktischer, nur politisch durchzusetzender Veränderungen nirgends so augenfällig ist wie dort und nirgends so wenig einer theoretischen Rechtfertigung bedarf. Freund findet starke Worte, um das Mißverhältnis zwischen akademisch-unverbindlichem Stil der gegenwärtigen "Entwicklungsländerforschung" einerseits und den konkreten Forderungen ihres Gegenstandes nach engagierter Humanität andererseits an den Pranger zu stellen. Selbst Wissenschaftler können sich diesen Forderungen nur dann guten Gewissens entziehen, wenn sie mit Blindheit geschlagen sind. "Engagement wäre ... die einzige Art und Weise, wie die Entwicklungssoziologie aus der Sackgasse ihrer Selbstbespiegelung herausgeführt werden könnte. Engagement im Sinne der Bildung von Forschungsschwerpunkten, die dort liegen sollten, wo der Mensch ... erniedrigt wird ... Die Entwicklungssoziologie ist, in ein solches Verständnis gesetzt, weit mehr als eine Wissenschaft. Sie beschäftigt sich mit dem Elend der Menschheit, nicht nur mit einem verborgenen, geistigen, unsichtbaren Elend, sondern auch mit einem höchst sichtbaren. Und niemand hat ein Recht darauf, dieses Elend für seine Berufskarriere in Anspruch zu nehmen, wenn er nicht dabei in einer Weise tätig wird, daß solches Elend faktisch an irgendeinem Punkt der Skala gelindert wird." (S. 10 f)

Die letzten Formulierungen lassen vielleicht befürchten, daß hier eine bloß karitative, unpolitische Praxis gemeint sei, die sich allenfalls bereit findet, den farbigen Völkern ein paar Groschen vom Reichtum der Industrienationen in den Hut zu werfen, um das entsetzlichste Elend ein wenig zu mildern. Auch darüber jedoch sowie über alle oberflächlichen, konzeptionslosen Vorschläge für die Entwicklungspolitik will Freund mit seiner Zeitschrift hinausgelangen. Sein Ziel ist es, strukturelle Ursachen des Elends aufzudecken, um eine solide theoretische Grundlage für radikale Veränderungen zu geben. "Mit diesen ersten Beiträgen soll im Grunde das Anliegen dieser Zeitschrift deutlich werden: die Entwicklungsfrage gewissermaßen 'von hinten' aufzurollen, von den verdeckten Phänomenen her, die das Chaos, in welchem die Erde als Ganzes sich heute befindet, eigentlich verursacht haben. In einer solchen Diskussionsrunde ist Platz für viele Stimmen - aber nicht für alle. Wir würden uns gegen jede Form des platten Pragmatismus auf diesen Seiten wehren, der vordergründig an den Symptomen von Unterentwicklung herumzupfuschen vermöchte, ohne nach den tieferen Ursachen zu fragen." (S. 13)

Ein dritter Punkt, den die ideologiekritischen Bemerkungen Freunds betreffen, ist die akademische Zerlegung des außerordentlich vielgliedrigen, aber auch außerordentlich dichten Strukturzusammenhanges von Entwicklung und Kapitalreichtum hie, Unterentwicklung und Armut da in voneinander isolierte Teilaspekte. Sie wird schon dadurch bewirkt, daß die streng voneinander geschiedenen Einzelwissenschaften sich in der Regel auf Gegenstände und Betrachtungsweisen zurückziehen, die der herkömmlichen Einteilung der Fächer zufolge ihre "ureigensten Gebiete" sind. Da diese Einteilung aber weniger den praktischen Erfordernissen der miserablen Situation unserer Weltgesellschaft im 20. Jahrhundert entspricht, als auf rein erkenntnistheoretische Belange wie z.B. die bequeme Überschaubarkeit des

zu untersuchenden Feldes, allenfalls noch praktische soziale Bedürfnisse längst vergangener Epochen zurückzugehen, verliert sich jener oberste Strukturzusammenhang der betrachteten Erscheinungen leicht, den zu erkennen für die Praxis radikaler Veränderung unabdingbar ist. Deshalb verlangt Freund interdisziplinäre Forschung, besser noch eine einzige, neue Disziplin, die Probleme des Wandels in jeder Hinsicht und über alle herkömmlichen Fachgrenzen ausgreifend behandelt. Er führt den Fall am Beispiel der Soziologie vor: "Die wissenschaftliche und praktische Durchdringung des Entwicklungsproblems greift weit über die Kompetenz einer wie auch immer gearteten "Soziologie" hinaus. Denn es gibt Aspekte dieser Problematik, die können nur mit wirtschaftlichen, politischen, linguistischen, geographischen, technologischen, medizinischen, klimatologischen, philosophischen, theologischen und moralischen Kategorien angegangen werden. Das alles ließe sich in einer Disziplin "Developologie" unterbringen..." (S. 11)

Die Vorwürfe Freunds gegen den mittlerweile schon recht eingespielten Betrieb der "Entwicklungsländerforschung" sind nur zu berechtigt. In der Tat haben Esoterik und Wertabstinenz, vordergründiger Pragmatismus oder Fachspezialistentum bisher verhindern geholfen, daß selbst eine ausdrücklich in sozialkritischer Absicht betriebene Wissenschaft von den brennenden Problemen der Dritten Welt wesentliches zu deren Lösung beigetragen hat. Im Gegenteil: statt zurückzugehen, hat ja der Hunger im ersten Jahrzehnt der "Entwicklungshilfe" und verstärkter wissenschaftlicher Arbeit darüber (1960 bis 1970) immer verheerende Formen angenommen und ist heute in vielen Ländern auf einem Punkt angelangt, der Freund ein noch kaltblütigeres Völkermorden befürchten läßt, als es gegenwärtig in Vietnam, Vorderindien, den portugiesischen Kolonien und anderen Regionen Tag für Tag begangen wird. "... die Träger der Macht könnten eines Tages die moralische Last, die ihnen der Entwicklungsgedanke zumutet, abwerfen und Lösungen aufgrund einer völlig anderen Überlegung anstreben: entwickeln kann man nur lebende menschliche Gemeinschaften; bei Toten erledigt sich das Problem von selbst ... der indischen Zentralregierung (wäre es), unter Einsatz ihrer Polizei- und Armeekräfte, ohne Schwierigkeiten möglich, zur Vernichtung indischer Volksmassen zu schreiten." (S. 9 f)

Der Herausgeber selbst setzt also strenge, aber im Grunde die einzig denkbaren Maßstäbe, an denen eine Zeitschrift beurteilt werden muß, die das Thema "Dritte Welt" behandelt - sei es nun unter wissenschaftlichen Ansprüchen oder nicht. Jedoch hinterläßt bereits die eingehendere Lektüre seines Einleitungskapitels Zweifel daran, ob das ehrgeizige ideologiekritische Programm durchgehalten wird. Schon hier treten nämlich zahlreiche Ungereimtheiten und Widersprüche auf, gerade dann, wenn die Beiträge dieser ersten (und deshalb vermutlich sehr bewußt redigierten) Nummer insgesamt oder einzeln vorgestellt werden. Da wird aus der Einsicht, Esoterik und Wertabstinenz entlarven und bekämpfen zu müssen, plötzlich eine Entschuldigung dafür, selbst Esoterik zu betreiben: denn mit den Argumenten des kritisierten Gegenübers müsse man sich schließlich gründlich auseinandersetzen und ihnen deshalb die eigene Argumentationsweise annähern. Ebenso unversehens verwandelt sich die Kritik an der Esoterik der Sozialwissenschaften hier in den Industrieländern zur Kritik an der Esoterik der nationalen Bourgeoisien in den entwicklungsgehemmten Ländern. "... gerade die geistige Esoterik, der sich das drittweltliche Establishment (etwa in Indien) verbunden fühlt, ist ja mit das entscheidende Hemmnis, daß die konkreten Dinge einer Entwicklung nicht in Gang kommen." (S. 12) Damit ist der erste Schritt getan, um das Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnis zwischen Dritter und Erster Welt in Vergessenheit zu bringen, von dem der Hunger und die Krankheiten allererst hervorgebracht werden, die die Massen in Südasien, Afrika und Lateinamerika quälen. Wenn auch die nationalen Bourgeoisien dort parasitäre Oberklassen sein mögen, die sich nach der formalen Unabhängigkeit an die Stelle der ehemaligen Kolonialbeamten gesetzt haben, so ist es doch nach wie vor der wirtschaftliche und kulturelle Imperialismus der Industrieländer, die seit den Zeiten des Sklavenhandels und der frühindustriellen Warenschwemme durch immer neue Erscheinungsformen des Kapitaltransfers die Hilfsquellen der Dritten Welt ausbeuten, welcher die Rückständigkeit dieser Völker bewirkt und verlängert. Auch die heute herrschenden Klassen der farbigen Völker leben in aller Regel von Brot und Gnaden der europäischen, nordamerikanischen oder japanischen Industriekonzerne, die seit der formalen Entkolonialisierung die Hilfe einheimischer Kollaborateure benötigen, um weiterhin die natürlichen Ressourcen der Dritten Welt - Rohstoffe und zunehmend auch Arbeitskraft - bei hohen Mehrwertraten ausbeuten zu können. Die Kritik nur gegen die nationalen Bourgeoisien entwicklungsgehemmter Länder zu richten, ist also bereits ein Ansatz dazu, den ursächlichen Zusammenhang von wachsendem Kapitalreichtum hier, wachsendem Elend dort aufzulösen und unsere eigene Verantwortung abzuwälzen: der Grund für die Misere wird im

abgesonderten, für sich betrachteten Bereich der traditionalen "Entwicklungsgesellschaften" selbst gesucht und natürlich auch gefunden.

Eine weitere Ungereimtheit in Freunds einführenden Feststellungen besteht darin, daß trotz schlimmster Befürchtungen zur bestehenden Lage von vornherein radikale Veränderungen ausgeschlossen werden. Dem einzigen Subjekt, das als bewegende Kraft für solche Veränderungen überhaupt in Frage kommen kann, wird die Fähigkeit, die geschichtliche Aufgabe der Befreiung zu erfüllen, schlankweg abgesprochen. "Immer wieder werden die Möglichkeiten revolutionärer Entwicklungen in der Dritten Welt beschworen; die einen bemühen das Argument als bedrohlichen Buhmann, die anderen glauben, eine heilsgeschichtliche Formel entdeckt zu haben. Beiden Lagern ist aber gemeinsam, daß selbst einige hundert Millionen indischer Totalverelendeter weder im physischen noch moralischen Bereich in absehbarer Zeit dazu gebracht werden können, sich als Revolutionäre zu betätigen ... Nicht die ausgehungerten, amorphen Massen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas werden sich erheben ..." (S. 9) Wer, wenn nicht die verelendeten Massen sollen aber radikale Veränderungen zuwege bringen, wenn alle anderen hier und dort aus der bestehenden Lage einen mehr oder weniger großen Nutzen ziehen? Im übrigen scheint Freund gänzlich vergessen zu haben, daß sowohl im China der dreißiger und vierziger Jahre als auch in Vietnam, Mozambique, Angola, überall in der Dritten Welt, wo heute revolutionäre Befreiungsbewegungen kämpfen, das verarmte Volk wenn nicht zu aktiven Guerillas, so doch zum "Meer" geworden ist, in dem die Guerillas "wie Fische" schwimmen, um gegen die imperialistischen Mächte und ihre Helfer kämpfen zu können. Freund scheint ebenfalls vergessen zu haben, daß revolutionäre kommunistische Parteien gerade in den ärmsten indischen Bundesstaaten mit einem übergroßen Anteil total verelendeter Kastenloser (z.B. Kerala) seit jeher einen außerordentlich starken Wählerzustrom haben. Man schöpft zuweilen den schrecklichen Verdacht, als sei es ihm lieber, seine Befürchtungen über eine radikale "Endlösung" bestätigt zu sehen, als radikale revolutionäre Veränderungen, die durch die Massen bewirkt werden. Das allerdings wäre die brutalste Form wissenschaftlicher Selbstbespiegelung und Esoterik, die man sich vorstellen kann. Offenbar hat sich Freund von den Gepflogenheiten des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes, den er ab und an ein wenig kritisiert, selbst nur höchst unvollkommen befreien können.

Ebenso zweischneidig wie der Leitartikel ist die Gesamtheit der Aufsätze, die das Heft umfaßt. Einige vermögen die achtenswerten Vorsätze des Herausgebers annähernd zu erfüllen, andere wiederstehen ganz im Zeichen jener ideologischen Fehler und Trübungen, die auch ihm trotz des bekundeten festen Willens zum radikalen Engagement keineswegs fremd sind. In sich ambivalente Beiträge sind ebenfalls anzutreffen. An zwei Beispielen soll das Qualitätsgefälle im folgenden gezeigt werden, wobei wir diesmal mit der Passivseite der Bilanz beginnen:

Unter dem recht anspruchsvollen, weit gefaßten Titel "Griechenland zwischen Tradition und Fortschritt" sucht Demosthenes Savramis diejenigen Umstände zu analysieren, die die Rückständigkeit der neugriechischen Wirtschaftsgesellschaft bewirken. Dabei unterläuft ihm schon im Ansatz jener Fehler, der typischerweise in der Folge von Wertabstinenz und Esoterik, naivem Pragmatismus oder blindem Fachspezialistentum auftritt, wenn er nicht ein Symptom aller dieser Krankheiten der gegenwärtigen "Entwicklungsländerforschung" zusammengenommen ist. Savramis isoliert

nämlich ein außerordentlich begrenztes, kulturelles Faktorenfeld und berücksichtigt nur die möglichen Einflüsse der griechisch-orthodoxen Religion auf die Wirtschaftsmentalität seines Volkes. Er betreibt dieses Verfahren nicht zu vorläufigen, heuristischen Zwecken, um die Ergebnisse später in den Rahmen einer umfassenderen Analyse sozioökonomischer Verhältnisse zu stellen, was berechtigt und nützlich wäre, sondern um unverzüglich zu einer generellen Beurteilung der griechischen Misere zu gelangen, die - wollen wir dem Herausgeber Freund Glauben schenken - sogar Perspektiven für durchgreifende gesellschaftliche Veränderungen eröffnen soll.

Mit einer an Max Webers religionssoziologischen Untersuchungen geschulten Methode wird entwickelt, daß die von den orthodoxen Ostkirchen geprägte Religiosität nicht - wie der Protestantismus - zu innerweltlicher Askese und strengem Berufsethos anhält, sondern umgekehrt gerade in außerweltlicher Askese, auf das Übernatürliche gerichteter Beschaulichkeit und mönchischer Zurückgezogenheit vor der Gesellschaft das Heil sucht. Die unheilige Kehrseite einer solchen Religiosität bestehe darin, daß sich die Tugenden eines Entwicklungsbewußtseins, welches die strebsamen, beweglichen Verhaltensmuster westlicher Industriegesellschaften anzunehmen bereit sei, nicht entfalten könnten; vielmehr begünstige derartiger graeco-christlicher Traditionalismus eine nachlässigere Volksmentalität und einen besonderen "greek way of life", der - "eine Mischung aus Volksglauben, Aberglauben, nationalem Gefühl, Stolz, Ehrgefühl, Einflüssen aus der Türkenzeit und orientalischen Lebensgewohnheiten" (S. 105) - der eigentliche Grund für Stagnation und Rückständigkeit sei.

Das Unzulängliche an dieser und ähnlichen Untersuchungen (z.B. über religiös-traditionalistische Einstellungen und Bildungsinstitutionen in Indien) liegt nicht nur darin, daß hier handfeste historische, politische und vor allem wirtschaftliche Ursachen der Rückständigkeit außer acht gelassen werden. Die fragwürdige These über die mechanische Abhängigkeit des kulturellen Überbaus von der sozioökonomischen Basis, die dogmatische Vereinfacher Marx unterschoben haben, wird dabei in die ebenso undialektische Behauptung vom Primat des Bewußtseins vor dem Sein verkehrt, die Max Weber selbst ebenfalls nie vertreten hat, sondern immer nur seine Adepten vom Schlage eines Savramis. Kulturelle Traditionen, Mentalitäten, Religionen, geistige Strömungen schweben bei ihm sozusagen im freien Raum und stehen losgelöst von ökonomischen Notwendigkeiten und Machtinteressen als autonome Kräfte in irgendeiner zufälligen Beziehung zueinander. "Was die griechische Gesellschaft als traditionelle Gesellschaft besonders kennzeichnet, ist, daß sie sich an einer Tradition orientiert, die die wichtigsten Werte entkräftet, welche zu den Urkräften zählen, die in der Lage sind, Wertsysteme abzuschwächen oder zu neutralisieren, welche Neuerungen im Wege stehen." (S. 106) Erst ganz am Schluß kommt Savramis kurz darauf zu sprechen, daß die Weltabgewandtheit der griechisch-orthodoxen Kirche politische Herrschaft beliebiger Art begünstigt, und sei es die faschistische Gewaltherrschaft der Obristen.

Falsch an diesem Ansatz ist vor allem, daß er die Ursachen für die Stagnation ausschließlich dort sucht und findet, wo die Rückständigkeit sichtbar wird, daß er also für die erdumspannende Krise, die in der Dritten Welt augenfällig wird, nur diese allein verantwortlich macht, statt sie als Produkt der wechselseitigen Abhängigkeit von Industrialisierung hie und Rückständigkeit da, kurz: als Ergebnis der fortgesetzten Ausbeutung der Armut durch den Kapitalreichtum zu sehen. Nur diese Betrachtungsweise könnte aber die theoretische Grundlage für die Beendigung der Ausbeutung und der globalen Krise überhaupt liefern. Außerdem fehlt es der Arbeit von Savramis an konkretem Engagement. Zitiert sei ein ironisch gemeinter Satz aus dem Leitartikel von Freund, der genau auf Savramis' Arbeitsweise paßt: "Warum vom Hunger der Menschen reden, ... warum die widerlichen Krankheiten beschwören, von denen Millionen Menschen in der Dritten Welt befallen sind, ... warum den Dreck beschreiben, in dem die Menschen der Dritten Welt hausen müssen, wenn man über die Beziehungen zwischen drittweltlichen Religionen und Wirtschaftsverhalten der jeweiligen Gläubigen sinnieren kann ...?" (S. 10)

Hier bestätigen sich also Befürchtungen über die ideologische Argumentationsweise einer bürgerlichen Sozialwissenschaft, die der einleitende Aufsatz des Herausgebers einerseits selbst äußert, andererseits aber an seinen schwachen Stellen auch aufkommen läßt.

Ganz anders eine Untersuchung von Claus Leggewie, die zweifellos die beachtlichste Arbeit des Heftes darstellt: "Export von Arbeit - ein Entwicklungsfaktor? - untersucht am Beispiel der Algerier in Frankreich -". Auch Leggewie hat es zunächst mit einem begrenzten, nämlich rein demographisch zu beschreibenden Feld von Erscheinungen zu tun, wie hier im Gegensatz zu Savramis' Aufsatz schon der Titel sagt. Jedoch behandelt er dieses ungleich angemessener, indem er es in den sozioökonomischen Zusammenhang zwischen der Entwicklung des Kapitalreichtums in Westeuropa und der Entwicklung der Armut in Nordafrika

stellt. Zunächst werden die gegenwärtigen, geschichtlich bedingten Situationen Frankreichs als eines weitentwickelten kapitalistischen Industrielandes und seiner ehemaligen Kolonie Algerien als eines entwicklungsgehemmten Landes par excellence gegenübergestellt und miteinander verglichen. In Frankreich herrscht aufgrund der hohen Produktionskapazitäten und der für ein weitentwickeltes Industrieland bezeichnenden Stockung des Bevölkerungswachstums eine große, besonders in der gegenwärtigen Rekonstruktionsphase des französischen Kapitalismus ständig steigende Nachfrage vor allem nach unqualifizierter Lohnarbeit, die hohen Mehrwert produziert und deshalb hohe Investitions- und Profitraten ermöglicht. Dagegen krankt die algerische Volkswirtschaft an Unterbeschäftigung, die durch ungleich geringere industrielle Kapazitäten (zudem auf dem Sektor hochtechnisierter Rohstoffindustrien wie die Erdölförderung) sowie eine Bevölkerungsexplosion bedingt wird, die der europäischen im 19. Jahrhundert vergleichbar ist. Dabei spielt sowohl die offene Arbeitslosigkeit in den Elendsgürteln, den "bidon-villes" rund um die größeren Städte als auch die versteckte Arbeitslosigkeit auf dem Lande eine Rolle.

Die Emigration zahlreicher Algerier nach Frankreich, das in seinen ehemaligen Kolonien traditionelle Machtpositionen innehat, trägt diesem asymetrischen Verhältnis Rechnung. Einerseits garantiert es den französischen Unternehmensbetrieben und Konzernen eine investitionsträchtige und profitable Verwertung ihres in der Erscheinungsform industrieller Produktionsmittel auftretenden Kapitals und fördert so die weitere Entfaltung des französischen Kapitalismus. "Es ist deutlich geworden, daß die Ursachen der Emigration ... in der Bedürfnisstruktur der französischen Wirtschaft ... liegen ..." (S. 56) Andererseits mildert sie die gröbsten Auswüchse des durch geringe Produktivität und Unterbeschäftigung bedingten Elends in Algerien, da ein Teil der sonst arbeitslosen, in den "bidon-villes" oder auf dem Lande lebenden Bevölkerung der ohnehin minimalen volkswirtschaftlichen Güterversorgung nicht mehr zur Last fällt und sogar regelmäßig beträchtliche Summen nach Hause schickt. "Diese Rimessen kommen aber nur in beschränkter und mittelbarer Form der Entwicklung des Produktionsgütersektors zugute, da sie in Konsumgüter verwandelt werden und infrastrukturell nur den entwickelteren Gebieten des Landes nützen. Sie beruhen zudem auf Mehrarbeit des einzelnen Emigranten und verringern sich bei zunehmender Familienemigration." (S. 66)

Wenn überhaupt, dann ist der Export von Arbeit also ein äußerst zweischneidiger Entwicklungsfaktor. Er trägt zur Vermehrung des Kapitalreichtums in den Industrieländern bei, ohne in den arbeitexportierenden Ländern nennenswertes Erwerbsvermögen zu schaffen, das die industriellen Güterproduktionskapazitäten der Dritten Welt steigern könnte. Eher hilft er, die dortige Misere zu beschönigen. Insofern ist er vor allem ein Faktor, der die krassen Ungleichheiten und Widersprüche zwischen Erster und Dritter Welt verstärkt und "entwickelt". Das zeigt nicht zuletzt die Lage der algerischen Arbeiter in Frankreich, die keineswegs soziokulturell integriert werden. Neben ihrer objektiven Lage als untere Schicht des französischen Industrieproletariats, die ihnen mitten im modernen "sozialen Rechtsstaat" eine Subkultur der Armut mit frühindustriellen Wohnverhältnissen etc. auferlegt, sind sie auch ständigen rassischen Diskriminierungen ausgesetzt.

Obwohl die Arbeit von Leggewie den meisten Ansprüchen genügt, die Freund in seiner Einleitung an die Beiträge der neuen Zeitschrift gestellt hat, obwohl sie konkrete Beschreibung von Zuständen liefert, die nach Veränderung schreien, und gleichzeitig die strukturelle Wurzel des Übels packt, indem sie die Fesseln eines ökonomischen oder demographisch-soziologischen Fachspezialistentums sprengt, haftet ihr doch auch eine Schwäche an. Wie die meisten Untersuchungen und praktischen Forderungen zum Thema "Dritte Welt" neigt sie dazu, den gegenwärtigen Zustand der Industriegesellschaften implizite als bisher höchstes und deshalb erstrebenswertes Stadium einer Entwicklung zu mythologisieren, die angeblich alle anderen menschlichen Sozietäten - auch die heute entwicklungsgehemmten - in ihren wesentlichen Phasen wiederholen müssen, um ihre Schwierigkeiten und Widersprüche nach und nach zu lösen. Nur vor dem Hintergrund dieser linearen Geschichtsphilosophie, deren Spuren sich übrigens sowohl im Entwicklungsschema von Marx und besonders Engels finden als auch im naiven Fortschrittsglauben moderner Technokraten und technokratischer Modernisierer in der Dritten Welt, lassen sich einige Gesellschaften als "fortgeschritten", andere als "zurückgeblieben" bezeichnen. Eine kritische Variante dieser Auffassung, die sich z.B. bei Leggewie findet, betont, daß die Fortgeschrittenheit der Industriegesellschaften die zurückgebliebenen Völker hindert, selbst auf den Weg des Fortschritts zu kommen, dessen konkreter Verlauf, nämlich die rasche Industrialisierung um jeden Preis, von der europäischen Geschichte vorgezeichnet ist. Weniger kritische Stimmen wagen zu behaupten, daß die Fortgeschrittenheit der Industrienationen den "Fortschritt" der "Entwicklungsländer" fördert, und zwar

durch die "Entwicklungshilfe", die doch faktisch nichts anderes ist als Kapitaltransfer in die Dritte Welt und insofern Instrument sowie ideologische Verhüllung ihrer Ausbeutung und Rückständigkeit zugleich. Bei aller Verschiedenheit ist beiden Auffassungen entgegenzuhalten, daß sie den Völkern in Südasien, Lateinamerika und Afrika eigene Wege verbieten, die der Geschichte der europäischen und aus Europa verpflanzten Industriegesellschaften nicht folgen, weil sie schwerwiegende Fehler dieser Geschichte, die am heutigen, gleichfalls (wenn auch in anderer Art) trostlosen Zustand der "hochentwickelten Nationen" ablesbar sind, rechtzeitig zu vermeiden suchen. Die Versuche könnten z.B. darin bestehen, nicht Kapitalbildung und Industrialisierung mit aller Gewalt voranzutreiben, sondern der Entwicklung autonomer Dortwirtschaften und genossenschaftlicher Produktions- und Distributionsweisen in der Landwirtschaft den Vorrang zu geben; das ist in China seit Anfang der sechziger Jahre praktiziert worden und gehörte auch zur langfristigen Strategie Gandhis, um das dringlichste Problem der Dritten Welt, den Hunger, als erstes anzupacken. Der kulturimperialistische Zug jener linearen Geschichtsphilosophie, deren Reste sich sogar in einer so selbstkritischen Arbeit wie der Leggewies finden, besteht darin, daß solche eigenständigen Versuche, durch den Imperialismus bedingte Störungen und Hemmnisse der eigenen Entwicklung zu überwinden, diffamiert werden. Leggewie z.B. bezeichnet "die forcierte Industrialisierung der armen Welt" als "einzig mögliche Lösung" ihrer Probleme. (S. 76)

Diese Schwäche zeigt jedoch nicht nur Leggewies Arbeit, sondern fast alle Beiträge des Heftes (am wenigsten der von Maria Mies), die der Vollständigkeit halber noch erwähnt werden sollen:

Dietmar Rothermund weist in seinem Aufsatz "Marginalität und Elite in Entwicklungsländern" darauf hin, daß in entwicklungsgehemmten Ländern die Aufgeschlossenheit elitärer, häufig ethnisch oder religiös abgesonderter Randgruppen für moderne westliche Muster des Verhaltens und Wirtschaftens in der Regel keine entwicklungstreibende Funktion für die ganze Gesellschaft haben kann, weil der daraus entspringende Wandel isoliert bleibt und nur die Kluft zwischen den Eliten und den Massen vergrößert, was einer verstärkten Ausbeutung und Unterdrückung der Massen oder fortwährenden Unruhen durch Segregationsbestrebungen gleichkommt. "Daraus ergibt sich, daß marginale Gruppen nur dann wirklich zur Dynamik im Kulturwandel beitragen, wenn sie gleichzeitig an ihrer Selbstauflösung arbeiten." (S. 22) Der Inhalt von Rothermunds Aufsatz ist wichtig gerade zur Beurteilung der entwicklungshemmenden Rolle nationaler Bourgeoisien oder technokratischer Eliten, die in vielen Ländern aus ethnisch oder religiös abgesonderten Randgruppen hervorgegangen sind (z.B. Parsen und Sikhs in Indien; Ibo in Nigeria; Bamileke in Kamerun). Leider ist der Aufsatz sprachlich zu abstrakt gehalten, um praktische Konsequenzen hervorzutreiben.



Trotz der schlechten Zahlungsmoral ihrer Leser

die Redaktion behält den Kopf oben –

weil ihr das Wasser bis zum Kinn reicht



Maria Mies befaßt sich mit "Kulturanomie als Folge der westlichen Bildung" und stellt fest, daß es wenig nützen wird, wenn "mehr Menschen in der Dritten Welt durch die aus dem Westen importierten Erziehungssysteme geschleust werden und so lernen, die Kultur der hochindustrialisierten Länder als die einzig mögliche Form der Kultur anzusehen." (S. 37) Die Anpassung bleibe äußerlich und habe zur Folge, daß weder

BESTELLSCHEIN

....Ex. Ruth First, Portugals Krieg in Afrika
Einführende Broschüre zum Portugiesischen Kolonialsystem und zur Unterstützung durch die NATO

DM 2,- (ab 1o Exemplaren DM 1,5o) .... DM

....Ex. Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika
(Übersetzung einer UNO-Dokumentation
125 S. DM 4,- .... DM

....Ex. Freiburger Studentenzeitung "basis"
Nr. 1/72
In Zusammenarbeit mit der Aktion Dritte Welt erstellte Nummer zu den Problemen der Dritten Welt
DM 1,5o .... DM

Lieferung nur gegen Vorausbezahlung auf folgende Konten:
Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg Nr. 1.022.623.3 (1)
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239 (2)
Schweiz: G. Stingl, Postscheckkonto Basel Nr. 4o-35899 (3)

....	....
Name	Vorname
....	....
PLZ Ort	Straße

Ich habe den Betrag von DM...... auf das Konto mit Nr. ....
(Nummern in Klammern hinter den Konten angegeben) überwiesen.

....	....
Datum	Unterschrift

Bitte einsenden an: Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg
Lorettostr. 2o a
Tel. (o761) 7 1o 28 App 29



eine Identifikation mit der eigenen, traditionalen, noch der modernen westlichen Kultur erfolgen könne. Die daraus resultierende Orientierungslosigkeit macht natürlich die westlich gebildeten Schichten in der Dritten Welt, deren Bewußtsein kolonisiert wurde, zum idealen Transmissionsriemen von Kapitalismus und Ausbeutung durch die Industrieländer. Die Chance zur Befreiung davon sieht Maria Mies, deren Beitrag zu den besten des Heftes gehört, in einer Bildung, die unmittelbar an die authentischen Bedürfnisse der Menschen knüpft und ihnen die Fähigkeit vermittelt, ihre Umwelt im Dienste dieser Bedürfnisse schöpferisch zu verändern und gestalten. Als Beispiel für solche Bildungsansätze in der Dritten Welt nennt sie Paolo Freires Alphabetisierungskampagnen in Brasilien und Chile und die chinesische Kulturrevolution.

Mit einer angrenzenden Frage beschäftigt sich Uwe Simson unter dem Titel "Kulturelle Determination und Modernisierung des Lehrstils". Er leitet ab, daß das Zusammentreffen eines traditionalistisch-autoritären Lehrstils mit westlichen Lehrinhalten in den Bildungsstätten der arabischen Welt dahin führen muß, daß diese neuen Inhalte ebenso dogmatisch fixiert werden wie die alten. Das behindert Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit von Denken und Handeln, die eine entwickelte oder sich entwickelnde Gesellschaft vor allem braucht. Gefordert wird die Ersetzung inhaltlich fixierter Normen durch formale, absoluter Wahrheiten durch "asymptotische", denen sich auch der Lehrstil in den Industriegesellschaften erst in jüngerer Zeit angepaßt habe. Durch die scharfe Trennung formaler und inhaltlicher Gesichtspunkte steckt in Simsons Arbeit sowohl ein Stück Mythologisierung des modernen westlichen Erziehungswesens, soweit nämlich dessen "dynamischer Lehrstil" behandelt wird, als auch - was die Lehrinhalte angeht - ein Stück Kritik daran, wie sie besonders Maria Mies äußert.

Hédi Eckert vergleicht in "La Ville Seconde - un modèle spontané d'urbanisation?" die geplante und die tatsächliche Entwicklung der Stadt Tunis und räumt der Wirklichkeit, dem "spontanen Modell" trotz der Belastung durch die Bevölkerungsexplosion einige Überlebenschancen ein, obschon es nicht mit den Vorstellungen ausländischer Urbanisationsexperten in Einklang steht. Dabei wird indirekte Ideologiekritik an diesen Planern und den tunesischen "upper classes" geübt.

Axel Schmalfuss untersucht in einer kunstsoziologischen Studie "Africa's Magnetism and the Negro Artist in the USA" die Kraft und Faszination, die die traditionale afrikanische Kultur auf schwarze Maler und Bildhauer in den Vereinigten Staaten ausübt. Diese Identifikationsversuche der Nachkommen jener vorsichtig geschätzt 15 Millionen Sklaven, die im Laufe von vier Jahrhunderten durch Europäer nach Amerika verschleppt wurden, mit der Kunst ihrer Vorfahren ist typischer Ausdruck von Kulturanomie und Element des Versuches, wenigstens das Bewußtsein der Schwarzen von Zwängen zu befreien, welche ihm die amerikanische Gesellschaft auferlegt. Diesem Versuch haftet freilich etwas Anachronistisches an. Schmalfuss' Aufsatz krankt ebenfalls daran, zu sehr auf kulturgeschichtliche und kunstsoziologische Aspekte beschränkt zu bleiben, ohne handfestere materielle Abhängigkeiten gebührend zu beachten. Maria Mies hat daran implizite Kritik geübt. "... als der Slogan aufkam: 'Black is beautiful', begann die Emanzipation von der herrschenden weißen Kultur und der langsame Aufbau eines neuen kulturellen Identitätsgefühls, das freilich so lange ein Selbstbetrug bleibt, so lange die wirtschaftliche und soziale Abhängigkeit weiter fortbesteht." (S. 37; Hervorhebung: hpö)

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß dieses erste Heft der neuen Zeitschrift "DIE DRITTE WELT" den Schwerpunkt auf einen Bereich legt, der durch die Begriffe "Kultur", "Bildung", "Bewußtsein", "Ideologie", "Mentalität" zu umreißen ist. Analysen sozioökonomischer Ausbeutung und Unterdrückung treten demgegenüber zurück. Eingehend und ausdrücklich leistet eigentlich nur die Arbeit von Leggewie etwas in dieser Richtung. Hinzu kommt die unheilvolle Neigung, ideologiekritische Angriffe nicht gegen die eigenen Kulturinstitutionen der Industrieländer zu richten, welche allemal verschleiern helfen, daß die Ressourcen der Dritten Welt durch die großen Kapitale schonungslos ausgebeutet werden, sondern nur in der traditionalen Kultur der farbigen Völker selbst nach Hemmnissen für eine der europäischen Wirtschaftsgeschichte nachempfundene "Entwicklung" zu suchen. Davon macht der Aufsatz von Maria Mies eine rühmliche Ausnahme.

Beide Tendenzen lassen befürchten, daß "DIE DRITTE WELT" die offizielle Absicht des Herausgebers, theoretische Triebkräfte für eine befreiende Praxis der radikalen Veränderung in der Dritten Welt freizusetzen, gar nicht oder nur vereinzelt einlösen wird. Unter dem offenbar pluralistischen Editionskonzept sind aber immerhin die Ansätze dazu vorhanden, von denen man nur hoffen kann, daß sie in den nächsten Nummern konsequent weitergeführt und ausgebaut werden.

hpö

BUCHBERICHT

Jan R. Hermanns: Revolution zur Befreiung des Menschen. Ein Plädoyer. Lahn-Verlag, Limburg 1971

Das Buch von Jan Hermanns, dessen Inhalt im Folgenden kurz wiedergegeben wird, dokumentiert die Diskussion, die besonders in kirchlichen Jugendgruppen (der Verfasser ist Mitarbeiter der Kath. Landjugend-Bewegung) geführt wird: Diese Diskussion setzte an an vordergründig in Erscheinung tretenden Mißständen und ist unter anderem mit dem im Folgenden referierten Buch zur Durchdringung der polit-ökonomischen Hintergründe vorgestoßen.

Kritisch anzumerken ist, daß die aus der Analyse abgeleiteten Forderungen zur Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht in genügendem Maße die Widerstände reflektiert, die einer solchen Veränderung entgegenstehen. Red.

Der Verfasser: 1943 geb., achtjährige journalistische Tätigkeit; seit 1971 Referent für Information und Öffentlichkeitsarbeit in der Bundesstelle der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands; Interessenschwerpunkte innerhalb der KLJB: Arbeitnehmerfragen, Teilnahme an internationalen Tagungen mit gesellschaftspolitischer Thematik.

"Nicht Sozialismus und Christentum, sondern Christentum und Kapitalismus verhalten sich wie Feuer und Wasser."

Dieses Zitat von W. Hohoff (1849-1923) ist das einleitende Motto des Buches. In einem ersten Teil wird unter der Überschrift "die Diktatur des Geldes" das kapitalistische System analysiert. Ein zweiter Teil "Plädoyer für eine christliche Revolution" zeigt auf der Grundlage einer christlichen Kulturrevolution Möglichkeiten zur Veränderung dieses Systems.

Die Diktatur des Geldes hat ihre subjektive Basis im Egoismus und der Gewinnsucht. Die Einsicht in die Notwendigkeit des Gewinnstrebens ist die erste der kapitalistischen "Tugenden". Das anarchische Profitstreben wird geordnet durch das Recht des Stärkeren. Dieses Recht herrscht in allen Machtbereichen des Kapitals. Es entlarvt durch seine praktische Anwendung die Theorie vom freien Wettbewerb als Ideologie. "Die wirtschaftlich Starken setzen die Grundprinzipien des freien Marktes außer Kraft, sobald ihre Interessen bedroht sind." (17) Dieses gilt in den Industrieländern selbst - wo der Wettbewerb hauptsächlich von den Konzernen gegen die Klein- und Mittelbetriebe ausgetragen wird, während die Monopolisten unter sich den Markt durch Preisbindungen ordnen und miteinander kooperieren -, es gilt auch für die internationale Handelspolitik. Das internat. Geld- und Handelssystem ist nach den Bedürfnissen der Reichen eingerichtet. Einfuhrbeschränkungen und Zölle sind die Mittel, den freien Warenaustausch mit den unterentwickelt gehaltenen Ländern sofort zu unterbinden, wenn Konzerne der Industrieländer ausnahmsweise nicht konkurrenzfähig sind (Beispiel: brasilianischer Pulverkaffee).

Neben diesen und anderen Mitteln wirtschaftlicher Unterdrückung (z.B. einseitige Abkommen, Verschlechterung der terms of trade, Benachteiligung bei währungspolitischen Entscheidungen)- Hermanns: "Der ökonomische Imperialismus ist Realität" (28) - steht dem Kapital die Möglichkeit militärischer Unterdrückung offen. Dieses belegen die amerikanischen Interventionen in Guatemala 1954, in der Dominikanischen Republik 1965 und in Vietnam. L.B. Johnson 1967: "Die Eskalation des Krieges in Vietnam garantiert den amerikanischen Geschäftsleuten faktisch, daß es in naher Zukunft keine rückläufigen wirtschaftlichen Veränderungen geben würde." (43)

Unter diesen Voraussetzungen der vielfältigen wirtschaftlichen und militärischen Machtausübung der Industrieländer gegenüber der Dritten Welt, muß auch die "Entwicklungshilfe" kritisch untersucht werden. Ist sie "... Instrument zur Ausbeutung?" Diese Frage wird von Hermanns für den Bereich des Kapitaltransfers und der Privatinvestitionen mit ja beantwortet. Die "Hilfe" ist meistens mit konkreten wirtschaftlichen Bedingungen verknüpft (z.B. 1969: 32 % liefergebundene Kredite der BRD). Resultat dieser "Hilfe" sind hohe Gewinne, die aus den unterentwickelt gehaltenen Ländern ausgeführt werden. Sie veranlaßten Helder Camara von einer "Bluttransfusion in umgekehrter Richtung" zu sprechen, indem nämlich der

Gesunde dem Kranken Blut abzapft. Zum anderen bringt "Entwicklungshilfe" politische Abhängigkeit von den Industrieländern. Besonders deutlich bewies dies die inzwischen aufgegebene Hallstein-Doktrin. Auch wenn das BMZ nun verbal das Selbstbestimmungsrecht der Völker der Dritten Welt anerkennt, müssen sozialistische revolutionäre Bewegungen mit Repressionen von seiten der BRD rechnen. Enteignete Konzerne werden durch ihre politische Lobby die Regierung unter Druck setzen. Da bei Enteignungen die Verluste der Wirtschaft über staatliche Bürgschaften sozialisiert werden, "läßt sich möglicherweise sogar die Bevölkerung gegen eine repressionsfreie Politik gegen-



„Mir hat man übler mitgespielt, lieber Marx – wie viele haben mich längst vergessen und nennen sich doch bei jedem ihrer bösen Geschäfte christlich." (Aus „Simplizissimus")

über den Entwicklungsländern aufbringen, da sie glaubt, durch die Enteignung geschädigt zu werden. Die Situation kann sich so zuspitzen, daß die Arbeiter in Deutschland die Befreiung der Arbeiter in Brasilien oder in Guatemala verhindern wollen." (40)

Die Macht des Kapitals in den Industrieländern selbst zeigt sich darin, daß die Demokratisierung der Betriebe noch nicht durchgesetzt werden konnte, daß die wirtschaftlichen Interessen, den Interessen der Menschen (z.B. bei Standortwahl oder Umsiedlung der Firmen) vorgeordnet werden, daß außerdem Zuliefererbetriebe völlig abhängig sind. Die Presse verhält sich überwiegend marktkonform, sie unterschlägt unangenehme Tatsachen, da sie auf das Anzeigengeschäft angewiesen und selbst profitorientiert ist. "Daß Ereignissen, die die Widersprüche des kapitalistischen Systems aufdecken, nicht die gebührende Bedeutung zukommt, dafür sorgt die kapitalistische Struktur der Presse." (55) Die Freiheit des Journalisten der westlichen Welt endet, wie Helder Camara feststellt, "dort, wo das Interesse des Unternehmers beginnt" (59). Die Angst, den Beruf zu verlieren, treibt viele Journalisten zur Selbstzensur.

Während Jan Hermanns im ersten Teil den inneren Zusammenhang aufdeckt zwischen den beiden Formen der Unterdrückung, die dem Kapitalismus systemimmanent sind, nämlich der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Unterdrückung der unterentwickelt gehaltenen Länder einerseits und den sozialen Ungerechtigkeiten, Repressionen und Abhängigkeiten (z.B. der Arbeiter und der Presse) in den Industrieländern andererseits, plädiert er im zweiten Teil des Buches für eine christliche Revolution, die das kapitalistische System grundlegend verändern soll. Nicht in der Praxis, wohl aber in der Theorie, haben sich die christlichen Kirchen schon länger gegen den Kapitalismus ausgesprochen. Gegenüber dem Gedanken der Revolution aber haben sie bisher strenge Abstinenz gehalten und befohlen, weil sie lange Zeit "bewußt oder unbewußt den Status quo mit dem Willen Gottes gleichgesetzt" (135) haben. Nicht die offiziellen Institutionen, aber immer mehr Repräsentanten der heutigen Christenheit (z.B. Ivan Illich, Helder Camara) fordern strukturverändernde und kulturelle Revolutionen.

Merkmale einer christlichen Revolution sind: Aufgabe des Egoismus, Realisierung der Nächsten- und Feindesliebe, Zitat: lateinamerikanischer Arbeiter: "Der Haß ist konterrevolutionär" (172), Übereinstimmung von Ziel (neue Gesellschaft, neuer Mensch) und Mittel, Gelassenheit in der radikalen revolutionären Aktion (wegen der christlich-eschatologischen Hoffnung, die über das erreichbare revolutionäre Ziel hinausgeht), Bereitschaft einen Anfang zu setzen und auf ausschließliches Theoretisieren (das Kennzeichen der Salonrevolutionäre) zu verzichten, Bereitschaft den eigenen Weg in Frage stellen zu lassen, den Revolutionsprozeß offen zu halten und Entscheidungen nicht zu dogmatisieren.

Jesus selbst war in seiner Zeit subversiv, mißachtete die Konventionen und rief zu einer Kulturrevolution auf. Er entlarvte den Reichtum als Pseudoerfüllung des Lebens, die den Menschen im Ich abschließt und so zur Entfremdung führt. Jesus hat nicht direkt in die Politik eingegriffen, seine Worte aber hatten politische Auswirkung. Nach seiner Liquidation durch die römische Besatzungsmacht stellten in den ersten Jahrhunderten die Christen, die an ihn

glaubten, permanent die Herrschenden in Frage.

Dieser Weg, den Glauben zu praktizieren und die Worte Jesu neu mit Inhalt zu füllen, wird auch den heutigen Christen vorgeschlagen.

Das Problem der Gewalt ist heute für viele Christen, besonders für die offizielle Kirche, ein Grund, die Beteiligung an der Revolution abzulehnen. Jan Hermanns vertritt zur Frage der Gewalt folgende Meinung:

1. Die Bedenken gegen revolutionäre Gewaltanwendung sind Heuchelei, solange von denselben Christen keine Einwände gegen den Soldatenberuf erhoben werden.

2. Es gibt (nach Helder Camara) drei Arten von Gewalt: a) die institutionalisierte Gewalt, die Menschen ausbeutet oder verhungern läßt; b) die Gegengewalt der Unterdrückten, die die strukturelle Gewalt aufheben wollen; c) die offene Repression, die die (Friedhofs-) Ruhe wiederherstellen soll.

3. Gewaltsamer Widerstand in extremen Situationen ist erlaubt. Sowohl die protestantische wie die katholische Theologie läßt diese Möglichkeit zu.

4. Die Gewaltanwendung ist problematisch. Sie enthält die Gefahr der Entartung, die Ansätze zu neuen, diesmal linken Diktaturen, die Möglichkeit der Auslösung von Kriegen, den Widerspruch zum Ziel einer humaneren Welt.

5. Eine Alternative zur revolutionären Gewalt sind Theorie und Praxis der gewaltfreien Aktion. Gewaltfreie Kämpfer dürfen nicht verdächtigt werden, passiv, schwach und feige zu sein. Gandhi hat gesagt, daß Gewaltfreie zu sterben wissen und daß er einem Feigling keinen Gewaltverzicht predigen könne. "Gewaltverzicht bedeutet den Gipfel des Hutes" (152). Die Methode der Gewaltfreiheit ist von ihrer ethischen Basis her der Methode der Gewalt überlegen: durch Verzicht auf Rache; durch Bereitschaft zu leiden, ohne anderen Leid zuzufügen; durch den Aufbau der dem Gegner bei Gewaltanwendung verloren gehenden Tötungshemmungen; durch die praktische Vorwegnahme der neuen humanen Gesellschaft; durch die demokratische Struktur gewaltfreier Aktionen. Formen gewaltfreier Aktionen sind[1]: Bußgottesdienste zur Bewußtseinsbildung, Demonstrationen, Straßentheater, Wahlboykott, Nicht-Zusammenarbeit mit den Herrschenden, Streik und Wirtschaftsboykott, Verbrennen von Wehrausweisen, Im-Gefängnis-Bleiben trotz Möglichkeit der Kaution, Bürgerlicher Ungehorsam (Sitzstreiks, bewußte Verletzung der Gesetze), Sabotage und gewaltlose Obstruktion, Hungerstreik und Fasten bis zum Tod, demonstrativer Freitod.

Die Ziele der revolutionären Aktion sind: Demokratisierung der Gesellschaft, gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Beseitigung der Herrschaft des Profits, die neue Gesellschaft, in der der Mensch im Mittelpunkt steht. Voraussetzung ist dabei der neue Mensch, der die Konzeption des Kapitalismus nicht mehr verinnerlicht. Dazu sind notwendig Bewußtseinsbildung, verbunden mit Aktionen. Hermanns warnt vor einem blinden Aktionismus, der alles auf einmal erreichen möchte und es dabei vernachlässigt, konkrete Einzelziele anzuvisieren und zu verfolgen. Wichtig ist die Solidarisierung der Basisgruppen untereinander und mit den verschiedenen Ebenen der gesellschaftskritischen Verbände. Das Verhältnis "unten" und "oben" kann dadurch schließlich aufgelöst werden. Koordinierte Aktionen haben eher Aussicht auf Erfolg und befreien vom Gefühl der Hilflosigkeit. Die erreichbaren Schritte müssen in ihrer Reihenfolge festgelegt werden. Die Verwirklichung der Teilziele ist ständig zu kontrollieren. Diese Erfolgskontrolle muß permanent geleistet werden, um den Weg des revolutionären Prozesses bewußt steuern zu können.

Jan Hermanns fordert die Realisierung folgender Möglichkeiten zur Veränderung des kapitalistischen Systems:

1. Für die unterentwickelt gehaltenen Länder: Bodenreformen; Produktion für die Bedürfnisse der Armen (Illich: Autobusse statt Privatwagen, sauberes Wasser statt kostspielige Chirurgie); Organisierung von Selbsthilfebewegungen; Devisenschutz; entschädigungslose Enteignung; übernationale Zusammenschlüsse.

2. In der Ersten für die Dritte Welt: die Durchführung nur solcher Entwicklungsprojekte, die Katalysator und Motor für Veränderung sind; Aufhebung der Liefergebundenheit von Krediten; Abbau von Handelshemmnissen (z.B. Zölle), koordinierte Weltentwicklungspolitik statt der bisherigen bilateralen Entwicklungs-"Hilfe"; Investition der Gelder, die jetzt noch in die Rüstung gesteckt werden, in die entwicklungsgestörten Länder; vorrangige Verwendung von Kirchensteuergeldern für die Notleidenden der Dritten Welt.

3. In der BRD: Kontrolle und Entmachtung des Kapitals durch Anwendung des Kartellgesetzes; durch paritätische Mitbestimmung im Aufsichtsrat und bei der Übertragung von Leitungsfunktionen im Betrieb; durch Sicherung der inneren Pressefreiheit; durch Demokratisierung von Parteien und Verbänden.

Die Kirchen fordert Jan Hermanns auf, sich aus ihrer Abhängigkeit vom Staat zu befreien zum sozialen, neutestamentlich begründeten Engagement. Konkret muß sie die Überführung von Konzerneigentum in Arbeitnehmerhände fordern, oder im Kriegsfall, der sinnloses Blutvergießen bedeutet, alle christlichen

Soldaten zur Kriegsdienstverweigerung aufrufen.

Würden die Kirchen so handeln, würden sie sofort ihre heutige privilegierte Stellung verlieren. Sie würden von einem systemstabilisierenden Faktor zu einer revolutionären Macht werden, und die Konsequenzen - staatliche Repression - würden nicht lange auf sich warten lassen. Diese Situation der Verfolgung ist für christliche Gruppen heute schon in vielen, besonders lateinamerikanischen Ländern Realität. Das Tragische ist hier dies, daß dort Christen von "Christen" verfolgt und gefoltert werden.

"Christentum verwirklicht sich überall dort, wo Menschen ihr Leben überprüfen und sich weigern, die Zerschindung des Angesichts Gottes im anderen Menschen weiter hinzunehmen. Christlicher Glaube wird lebendig, wo Menschen sich im sozialen Einsatz um die Beseitigung der Defizite der Gesellschaft bemühen. Er wird aber auch wirksam, wo Menschen die Erniedrigung ihrer Brüder in den Abhängigkeitsstrukturen dieser Gesellschaft nicht mehr hinnehmen und wo die Schmach, die Mitmenschen zugefügt wird, sie zur Aufgabe eigener Sicherheit veranlaßt. Das ist Befreiung" (247).

In einem Nachwort bittet Jan Hermanns die Leser, ihm ihre eigene Situation zu schildern, falls sie von der "Gewalt der Strukturen unterdrückt" werden. "Der Aufschrei der Unterdrückten erfolgt nicht, weil dieser Aufschrei gefährlich ist - auch in der BRD" (249). In einem zweiten Buch will er eine Dokumentation vorlegen über die "Opfer dieses Systems" (251).

Das Buch von Jan Hermanns ist in erster Linie für Christen geschrieben. Es ist allen zu empfehlen, die an einer christlich motivierten, gesellschaftskritischen Arbeit interessiert sind. Das Buch ist geeignet, die Diskussion über unsere kapitalistische Gesellschaft und über Strategien zu ihrer Veränderung vor allem bei denen anzuregen, die im kirchlichen Bereich arbeiten (z.B. christliche Aktionsgruppen). Viele Beispiele und Zitate liefern Argumentationshilfen. Jan Hermanns bezieht engagiert Stellung gegen das System des Kapitalismus und gegen die Kollaboration der Kirchen mit diesem System durch ihr direktes Ja oder durch ihr Schweigen. Er bleibt nicht bei formalen Klagen und Appellen stehen, sondern wird konkret, nennt Namen, zeigt Schuld, besonders von sog. Christen auf, stellt direkte Forderungen.

Der Schwerpunkt der Beispiele für das Unterdrückungsverhältnis der Industrieländer zu den unterentwickelt gehaltenen Ländern liegt aber noch zu sehr beim amerikanischen militärischen (Guatemala, Dominikanische Republik, Vietnam) und ökonomischen Imperialismus.

Um konkrete Möglichkeiten für Veränderungen hier in der BRD aufzuzeigen, müßte die Kritik noch direkter bei den negativen Auswirkungen der Privatinvestitionen deutscher Firmen und der engen Beziehungen der BRD zu faschistischen Staaten in Lateinamerika und im südlichen Afrika ansetzen. Dies geschieht nur in Ausnahme (z.B. 40 und 123 f). Über die Verflechtung deutscher Wirtschaftsinteressen speziell mit den weißen Minderheitsregimes im südlichen Afrika - auch dort sind "Christen" Verfolger, Folterer, Unterdrücker - fehlt jeder Hinweis. Die militärische, politische und wirtschaftliche Unterstützung Portugals durch die BRD scheint noch nicht im Blickfeld des Autors zu liegen.

Die entwicklungspolitischen Vorstellungen von Jan Hermanns sind zum Teil nicht genügend durchdacht. Viele Forderungen sind kritikwürdig. Z.B. ist es illusionär, den Abbau der Rüstungsausgaben zugunsten vermehrter "Entwicklungshilfe" zu verlangen. Es wird dabei übersehen, daß der militärisch industrielle Komplex eine ganz wesentliche Funktion für die Stabilisierung des kapitalistischen Systems spielt. Eine gründlichere Analyse der politischen Ökonomie des Kapitalismus würde dazu beitragen, die Strategie zu systematisieren und ein konkretes, gestuftes Handlungskonzept zu entwickeln, das hier zugunsten bisweilen utopischer, allgemeiner Forderungen zu kurz kommt.

Kritisch anzumerken ist außerdem, daß die Frage der Gewalt theologisch noch nicht genügend reflektiert worden ist. Die Formulierung "Gewaltanwendung als Gestalt der Liebe", die von Helmut Gollwitzer übernommen wird, läßt sich neutestamentlich nicht halten. Aber diese Frage bedarf noch ganz allgemein einer eingehenden historisch-kritischen exegetischen Untersuchung, die noch aussteht.

jge

---

1) vgl. dazu die systematischere und umfassendere Darstellung subversiver und konstruktiver gewaltfreier Aktionen von Theodor Ebert, Gewaltfreier Aufstand - Alternative zum Bürgerkrieg, Fischer-Taschenbücher Nr. 1123, Frankfurt 1970

Lateinamerika

ITT - Der geplante Sturz Allendes

INTERNATIONAL TELEPHONE AND TELEGRAPH COMPANY (ITT) -

WELTWEIT IM DIENSTE DER MENSCHEN UND NATIONEN (1)

Die im März dieses Jahres veröffentlichten Enthüllungen des amerikanischen Journalisten Jack Anderson über die Verschwörung von CIA, Big Business und der Nixon-Regierung zur Verhinderung der Wahl Salvador Allendes im Oktober 1970 reduzieren den hochstapelnden Werbespruch auf ein ganz konkretes politisches Faktum:

Im Dienste US-amerikanischer Monopolinteressen wurde hier ein Bündnis zustandegebracht zum Sturz einer antikapitalistischen, antiimperialistischen Regierung, die sich zum Ziel gesetzt hatte, echt im Dienste aller ihrem Volk angehörenden Menschen zu arbeiten.

"Im Dienste der Menschen und Nationen" hat die ITT in Chile folgende Leistungen vorzuweisen:

Investitionen in die Telefongesellschaft:	28 Mill $
an Gewinnen aus Chile transferiert:	350 Mill $
zurückgelassene Schulden:	35 Mill $ (2)

Für 9 Millionen Chilenen bestehen 37 000 Telefonanschlüsse.

16 von 1000 Verbindungen kommen nicht zustande (Weltdurchschnitt: 2 von 1000).

Die Kosten für einen Anschluß in Chile: 1100 $ (Weltdurchschnitt: 400-500) (3)

Chile ist eins von 12 lateinamerikanischen Ländern, in denen die ITT operiert.

"Weil die Situation so eng mit unserer Position in ganz Lateinamerika zusammenhängt und daher für unsere Aktionäre so wichtig ist (!), glaube ich, Sie sollten versuchen, in Washington mit den höchsten Beamten zusammenzutreffen, um persönlich unsere tiefe Betroffenheit über Entwicklungen auszudrücken, die so ernste Auswirkungen haben." So Vize-Präsident Gerrity am 20.10. an seinen Chef Geneen.

Was für Entwicklungen das sind, ist klar: Fortschreitende Siege sozialistischer Bewegungen in der Dritten Welt. Die "ernsten Auswirkungen" benennt Gerrity in einem Satz: "Freedom is dying."

Gewiß werden die Freiheiten sterben, die sich skrupellose Manager wie zum Beispiel die der ITT nehmen: Hemmungslos die Schätze eines fremden Volkes auszubeuten, noch zusätzlich seine Arbeitskräfte, in die eigenen Kassen immer größere Gewinne zu transferieren, Bestrebungen um sozialen Fortschritt und Selbstbestimmung der Völker fortwährend mit allen Mitteln zu unterdrücken.

Militärische Intervention ist nur eins dieser Mittel. Die Anzettelung eines Putsches direkt nach der Wahl ist zwar gescheitert, ebenso ist das wirtschaftliche Chaos ausgeblieben. Weil hier aber grundlegende existentielle Interessen ausländischen Kapitals berührt werden, hat die ITT mit der endgültigen Übernahme der Macht durch Allende ihre kriminellen Zielsetzungen nicht aufgegeben: Wir wissen, daß in den 1 1/2 Jahren, in denen die Volksfront jetzt regiert, konterrevolutionäre Aktivitäten vielfältiger Art gegen Allende gerichtet wurden.

Daß es hier keine Trennung von Geschäft und Politik geben kann, ist klar (4):

Solange in den entwickelten Industrienationen diejenigen die Politik bestimmen, die das größte Kapital hinter sich stehen haben, muß für diese Mächte eine Bedrohung ihrer wirtschaftlichen Interessen gleichzeitig einen Angriff auf ihre politische Machtstellung bedeuten, bzw. auf diejenigen, die ihre Politik nur mit Unterstützung kapitalkräftiger Unternehmer durchführen können - weltweit im Dienste der Manager und Mono-

in den USA und 126 anderen Ländern bietet ITT Produkte und Dienstleistungen an
-vom Heimfernseher bis zum computergesteuerten elektronischen Telefonsystem
Die wichtigsten ITT - Gesellschaften der Nachrichtentechnik und Elektronik in Deutschland
sind: SEL (Standard Elektrik Lorenz AG) mit der Marke ITT Schaub-Lorenz,
ITT Datenservice und ITT INTERMETALL.

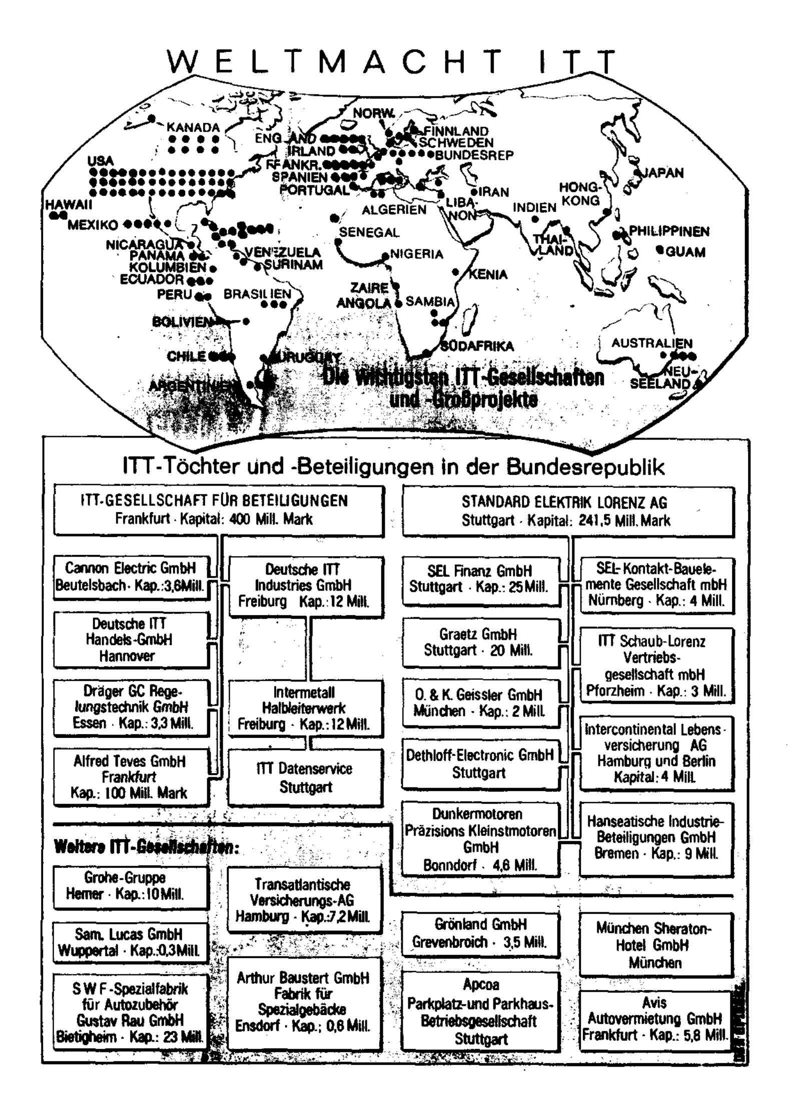
International Telephone and Telegraph Corporation. Sitz der europäischen Organisation:
ITT Europe Inc., Boulevard de l'Empereur 11, B-1000 Brüssel, Belgien.

WELTWEIT IM DIENSTE DER MENSCHEN UND NATIONEN



pole.

Wie diese Zusammenarbeit am konkreten Beispiel Chile aussieht, zeigt die folgende Zusammenfassung der Dokumente Andersons.



I. <u>Verhinderung von Allendes Machtübernahme</u>

Die ersten Kontakte zwischen ITT und dem Weißen Haus werden am 11. September aufgenommen: Telefonisch berichtet ITT-Funktionär Neal dem Lateinamerika-Berater Kissingers, Pete Vaky, über die Besorgnis der Gesellschaft um die Investitionen in Chile und die damit verbundenen Befürchtungen um das Geld der Steuerzahler (2/3 der chilenischen ITT-Investitionen sind bei der staatlichen Versicherungsgesellschaft OPIC versichert - FR 26.4.72 - Anm. d.Verf.). Er teilt die Bereitschaft von ITT-Chef Geneen mit, nach Washington zu kommen und für etwaige Aktionen finanzielle Unterstützung in Höhe einer bis zu 7-stelligen Summe zu geben.

Am 15.9. erhält der US-Botschafter in Santiago, Korry, die Vollmacht, alles zu tun zur Verhinderung der Machtübernahme durch Allende, ausgenommen ein Vorgehen wie in der Dominikanischen Republik. Der chilenischen Armee wird volle materielle und finanzielle Hilfe seitens der US-Militärbehörde zugesichert. Es wird erwogen, daß man eine bewaffnete Intervention durch innere Unruhen und Streiks moralisch rechtfertigen könnte. Aber darauf besteht wenig Hoffnung: "Die Marxisten lassen sich nicht provozieren."

Zur Vorbereitung des weiteren Vorgehens werden folgende Empfehlungen gegeben:

1) Finanzielle Hilfe an die anti-kommunistische Zeitungsgruppe des "Mercurio" durch Anzeigen
2) Einschleusen von Propagandisten in Rundfunk- und Fernsehanstalten
3) Unterstützung von Evakuierungsprogrammen für wohlhabende Familien nach Mendoza und Buenos Aires
4) Verbreitung von "Mercurio"-Leitartikeln außerhalb Chiles
5) Manipulation europäischer Presseorgane durch dortige Kontakte

An diese Maßnahmen anschließen soll sich:

II. <u>Die Provokation des wirtschaftlichen und politischen Chaos</u>

Am 29. September sendet E.J. Gerrity (ITT-Vizepräsident, für Public Relations zuständig) an seinen Chef in Brüssel folgendes Telegramm:

"An: Mr. H.S. Geneen, Brüssel
Abs.: E.J. Gerrity
29.9.70

<u>persönlich und vertraulich</u>

Auf Ihren gestrigen Anruf hin erhielt ich Nachricht aus Washington, ein Abgeordneter rief mich heute morgen an. Es war derselbe Mann, den Sie vor einigen Wochen mit Merriam (Vizepräsident der ITT in Washington, Anm. d.Übers.) getroffen haben. Wir diskutierten die Lage im einzelnen, und er machte einige Vorschläge, die auf Empfehlungen unseres Washingtoner Repräsentanten basierten. Die unterbreitete Idee, mit der ich nicht unbedingt übereinstimme, beinhaltet: Ausübung wirtschaftlichen Drucks. Vorgeschlagen ist folgendes:

1. Die Banken sollten keine Kredite erneuern, zumindest solche aufschieben.
2. Firmen sollen nur schleppend Geld schicken, Auslieferungen vornehmen, Ersatzteile liefern, usw.
3. Spar- und Kreditkassen sind in

Schwierigkeiten. Falls Druck angewendet wird, müssen sie ihre Tore schließen, dadurch würde der Druck noch stärker.

4. Wir sollten alle technische Hilfe zurückziehen und keinerlei technischen Beistand für die Zukunft versprechen. Gesellschaften, die sich nicht daran halten, müssen zumachen.
5. Man hat eine Liste von Gesellschaften aufgestellt, die wir als indiziert betrachten können. Mir wurde gesagt, daß von allen betroffenen Firmen allein unsere sich verständnisvoll gezeigt und das Problem erkannt hat. Der Besucher fügte hinzu, daß Geld kein Problem darstellt.

Er deutete an, daß gewisse Schritte bereits unternommen wurden, er aber nach weiterer Hilfe ausschaut, die darauf zielt, einen wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeizuführen. Ich habe die Vorschläge mit Gulfoyl (ITT-Vizepräsident in Washington, Anm. d.Übers.) diskutiert. Er kontaktierte einige Gesellschaften, die sagten, sie hätten einen Rat erhalten, der den Vorschlägen, die ich bekam, direkt entgegensteht. (...) Gulfoyle bekam heute nachmittag einen Anruf von einem Abgeordneten des Hauptkandidaten; er bittet darum, nichts zu unternehmen, um das Schiff auf Grund zu setzen, es seien Kräfte am Werk, die das Problem lösen werden. (...)"

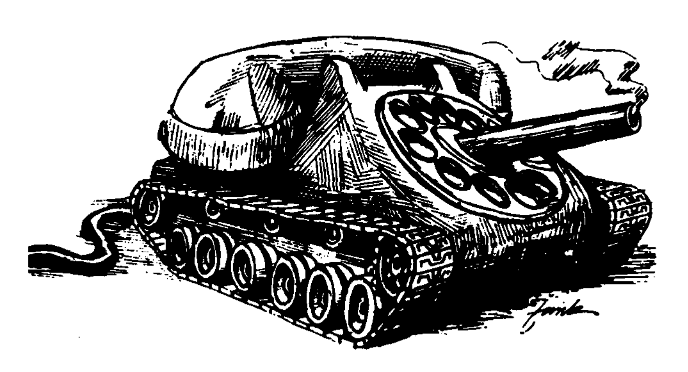
Die Einschätzung der Lage, wie sie Hal Hendrix, Public-Relations-Direktor der ITT für Lateinamerika, am gleichen Tag telefonisch nach New York übermittelt, sieht folgendermaßen aus: Allendes Wahl scheint fast sicher, da er auf einen großen Teil der Stimmen der Christdemokraten rechnen kann. Präsident Frei ist willens, Allende aufzuhalten, aber nur im Rahmen der Legalität, das bedeutet: Man muß weiter auf einen wirtschaftlichen Zusammenbruch hinarbeiten, dieser müßte innere Unruhen auslösen, und dadurch könnte ein militärisches Eingreifen seitens der noch amtierenden Regierung gerechtfertigt werden. (Der Plan ging dahin, Neuwahlen notwendig zu machen; in einem solchen Fall hätte Frei selbst wieder kandidieren können und mit einiger Sicherheit gewonnen.)

Wegen der geringen Erfolgschancen eines von ITT allein ausgeübten Drucks beginnt man erneut, die Rolle der US-Regierung zu erwägen: "Chile – a questionable US-Policy" ist das Thema eines innerbetrieblichen Memorandums vom 30.9., wo es heißt: Das State Department und die US-Botschaft in Santiago seien sich bewußt, daß die so gut wie sichere Amtsübernahme Allendes sofortige und systematische Übergriffe auf ausländische Privatinvestitionen bedeuten würde. "Wir sollten daher hoffen, daß die Nixon-Regierung – derart vorgewarnt – darauf vorbereitet ist, sofort Druck auf Allende auszuüben." Zunächst soll dies auf kaltem Weg über Stopp der Auslandshilfe, Rückzug der Berater, Verweigerung von Zahlungen durch Banken erfolgen. In diesem Zusammenhang wird der Vorwurf erhoben, die USA hätten nicht intensiv genug <u>vor</u> den Wahlen gegen kommunistische Strömungen gearbeitet und zögerten noch jetzt, wo der Feind doch viel besser zu identifizieren sei, den offenen Kampf aufzunehmen.

III. <u>Der Putsch</u>

Anfang Oktober nehmen die Mitteilungen immer pessimistischere Züge an. Wiederholte Bemühungen um Unterstützung des wirtschaftlichen Drucks durch General Motors, Ford, Banken in Kalifornien und New York sind mangels Interesses der Beteiligten gescheitert. Versuche, Teile der Armee für ITT zu engagieren, verliefen ebenfalls ohne Erfolg. Zum erstenmal hat Nixon sich aufmerksam gezeigt: Sobald Allende gewählt sei und die Enteignungen einsetzten, werde er jegliche finanzielle Unterstützung abbrechen.

Das Konzept, über einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Erfolg zu haben, wird noch beibehalten, in der Hoffnung, einige Christdemokraten könnten ihre Einstellung zu Allende überdenken, und Arbeitslosigkeit und darauf folgend Unruhen könnten ein Eingreifen des Militärs notwendig machen. Aber die innerchilenische Opposition ist schwach, wichtige Geschäftsleute sind ins Ausland gegangen, andere haben Kontakte mit Allende aufgenommen, Frei ist nicht zu einem harten Durchgreifen zu bewegen, die Linke läßt sich nicht einmal durch Bombenanschläge der extremen Rechten provozieren. Die so gekennzeichnete Lage macht es äußerst schwer, von außen (USA, Argentinien) einzugreifen.



Am 15.10. findet eine Unterredung zwischen ITT und Botschafter Korry statt. Korry ist überzeugt, Allende werde sein Nationalisierungsprogramm bald-

möglichst verwirklichen. "Diese Maßnahmen gegen private Konzerne werden Allende schnell in direkte Konfrontation zur US-Politik bringen." Es sind sofortige wirtschaftliche Sanktionen geplant; jedoch fürchtet Korry um das Image der USA, er nimmt an, Allende werde sich auf interne demokratische Prozeduren beschränken, statt zum Werkzeug Kubas und der UdSSR zu werden. Durch Provokation Allendes einen völligen Bruch in den Beziehungen eintreten zu lassen, hält Korry nicht für angeraten, eher die andere Möglichkeit, "mit Allende leben - nicht in Eintracht", sondern unter Beibehaltung einer harten Linie bei allen Verhandlungen. Korry schließt das Gespräch in der Hoffnung, Geneen werde jedwede Vorstellungen, die ITT oder andere betroffenen Firmen bezüglich der US-Politik in Chile haben, dem Weißen Haus bekanntgeben.

Am 16.10. haben diese Vorstellungen schon sehr konkrete Form angenommen:

"An: Mr. E.J. Gerrity
Abs.: H. Hendrix (per Telefon von San Juan diktiert)
Betr.: Chile

persönlich und vertraulich

16.10.1970

In Santiago herrscht die übereinstimmende Meinung, daß Allende leicht das entscheidende Rennen im Kongreß am 24. gewinnen und am 4. November als Präsident eingesetzt wird, wenn nicht bis Mitte nächster Woche eine Bewegung verräterischer Elemente im chilenischen Militär stattfindet.

Die Chancen für einen militärischen Coup sind minimal, aber sie bestehen weiterhin - wenigstens bis zu diesem Zeitpunkt.

Eine Schlüsselfigur dabei ist der frühere Brigadegeneral Roberto Viaux; er leitete letzten Oktober einen Aufstand von Angehörigen des ersten Infanterieregiments, die höhere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen forderten. Diese Revolte fiel schnell zusammen. Viaux wurde aus der Armee entlassen, stand aber für eine große Zahl aktiver und pensionierter Offiziere und einfacher Soldaten über Nacht als Held da.

Offensichtlich war Viaux in der letzten Woche dabei, eine Bewegung zu initiieren. In Chile liefen Gerüchte um - und sprangen bis nach Buenos Aires in Argentinien über -, er wolle am 9. oder 10. Oktober einen Staatsstreich unternehmen. Tatsache ist, daß letzte Woche aus Washington an Viaux die Weisung erteilt wurde, sich zurückzuhalten. Man hatte den Eindruck, er sei nicht genügend vorbereitet, er solle warten bis zu einem späteren, nicht festgesetzten Zeitpunkt. Botschaften an ihn betonten, daß, falls er vorschnell vorginge und verlöre, seine Niederlage einer 'Schweinebucht in Chile' gleichkäme.

Teil der Aufforderung zum Aufschub waren mündliche Zusicherungen an Viaux, er werde für ein späteres Unternehmen materielle Hilfe und Unterstützung von den Vereinigten Staaten und anderen erhalten. Es muß erwähnt werden, daß Freunde von Viaux danach berichteten, er sei zur Skepsis gegenüber nur mündlichen Versicherungen geneigt.

Inzwischen hat Viaux mit hochrangigen und jüngeren Offizieren über eine Aktion beraten, wie Allende an der Übernehme der Präsidentschaft zu hindern sei. Er hat Unterstützungszusagen von verschiedenen, aber unglücklicherweise von keinem der wichtigen Truppenkommandeure, jedenfalls soweit wir unterrichtet sind.

Allende muß offensichtlich auf eine Verschwörung dieser Art gefaßt sein, seine Unidad Popular durchdringt sozusagen alles in Chile. In einer improvisierten Rede Anfang dieser Woche bemerkte er, daß "Chile durchsetzt ist mit CIA-Agenten".

Ein bemerkenswerter zarter Hinweis wurde dieser Woche in Chile gegeben. Der Kommandeur der Marine, Admiral Fernando Porta, ist zeitweilig beurlaubt worden. Sein plötzliches Verschwinden von der Szene wurde offiziell mit einem Treffen vier anderer Admirale mit Allende in Verbindung gebracht. Das Treffen, von dem Admiral Porta wußte, wurde angeblich arrangiert, um die Unterstützung der Marine für Allende zu verbürgen.

Es ist auch bezeichnend, daß trotz allen Geredes und der Spekulationen um Viaux keine Aktionen gegen ihn unternommen wurden. Jedoch zeigt der Kommandeur der Armee, General Schneider, keine offene Neigung, Viaux zu unterstützen.

Unterdessen haben Allende und seine Abgeordneten die bewaffneten Streitkräfte eifrig umgarnt und sich bemüht, die unteren Ränge zu infiltrieren. Viele haben zugestimmt, Allende zu unterstützen, nachdem sie seine Versprechungen gehört hatten, der Armee eine wichtigere Rolle bei der Entwicklung der Infrastruktur des Landes zu geben (ähnlich der Arbeit eines US-Ingenieurkorps). Allende hat auch verschiedenen Offizieren zugesagt, er werde die militärische Organisationsstruktur nicht verändern. Er hat jedoch keine Versicherungen bezüglich personeller Veränderungen gegeben. Ein Offizier im Ruhestand wies darauf hin, Allende brauche als Präsident nur loyale Majore oder Oberste in den Generalsstand zu

befördern, alle Offiziere höheren Ranges würden damit automatisch ihrer Kommandopflichten enthoben; dies ist eine in Lateinamerika nicht ungewöhnliche Taktik."

(Es folgt eine Schilderung der Stimmung in Santiago, die auf dem Nullpunkt angelangt ist, seit die Entscheidung der Christlichen Demokraten bekannt wurde, Allende bei der Abstimmung im Kongreß zu unterstützen. "Jetzt besteht die nächste Aufgabe darin, zu überlegen, wie man unter einer marxistischen Regierung überleben kann." Allende führe fortwährend Gespräche mit Geschäftsleuten, um seine Vorhaben zu erläutern. Er sei sehr um den Zustand der chilenischen Wirtschaft besorgt - wegen der andauernden Kapitalflucht, der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der wachsenden Unruhe der Gewerkschaften. Der Bericht schließt mit der Schilderung von der Eröffnung eines neuen Sheraton-Hotels. - San Christobal)

Am 20.10. heißt es weiter dazu:

"20. Oktober

persönlich und vertraulich

Der gestrige Verzicht Jorge Allessandris auf die Wahl zum chilenischen Präsidenten im Kongreß bezeichnete den letzten Schritt beim Zusammenbruch des politischen Widerstands gegen die Wahl Salvador Allendes.

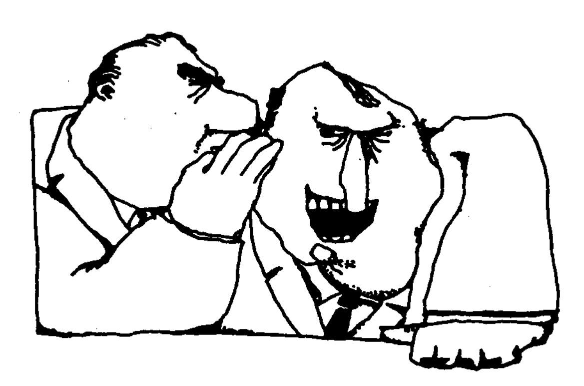
In einer Botschaft an seine Anhänger in der rechtsgerichteten nationalen Partei erklärte Allessandri, er wünsche nicht, daß sie bei der Abstimmung am Samstag für ihn stimmen. Die Botschaft enthielt auch eine persönliche Bestätigung Allendes; wir können daher sicher sein, daß in einem Akt nationaler Einigkeit die Anhänger Allessandris ihre Stimmen Allende geben werden. (...)

Außer bei Allendes Anhängern hat sich eine Wolke der Depression und des Kummers über Santiago gelegt, und es gibt keinerlei Zeichen irgendeiner organisierten Opposition. Seit die Christlichen Demokraten auf ihrem nationalen Parteitag am 5. Oktober zu Allende übergelaufen sind, ist jede Hoffnung, Allende samt seiner marxistisch-sozialistischen Partei zu stoppen, schnell verdampft, und Dunkelheit kehrte ein.

In dieser Atmosphäre beginnen nun viele Chilenen zu überlegen, was sie tun können, um unter einer marxistischen Regierung wirtschaftlich und politisch zu überleben. Nachrichten von Abmachungen und Arrangements mit Allende sollten daher künftig nicht überraschen.

Trotz des oben erwähnten bleibt ein winziger Hoffnungsschimmer - oder Wunschdenken -, daß noch ein militärischer Coup stattfinden wird, um die Übernahme der Präsidentschaft durch Allende zu verhindern.

Die Chance zu einem Staatsstreich verringert sich mit jedem Tag, der vergeht, aber einige Leute - Zivile und Militärs - setzen weiterhin ihre Hoffnung auf den früheren Brigadegeneral Roberto Viaux; er soll vor dem 4. November eine militärische Aktion gegen



die lahme Ente Frei unternehmen, auf die Weise die bewaffneten Streitkräfte an die Macht bringen und Allende an der Übernahme des Amtes hindern.

Viaux hat eine bedeutende Anhängerschaft in den unteren Rängen des Militärs und einige Unterstützung bei den Offizieren, aber bis heute hat er keine Solidaritätserklärungen von Offizieren erhalten, die Truppen kommandieren. (...)

Die Spaltung zwischen Botschafter Korry und seinem Vorgesetzten im State Department hat den Punkt erreicht, wo er nun in direktem Kontakt mit dem Weißen Haus steht und seine Ratschläge und Instruktionen nicht immer vom State Department bezieht. Korry war letzte Woche zu Konsultationen in Washington, und man nahm an, er werde am Wochenende nach Santiago zurückkehren. Er ist aber immer noch in Washington und New York. Unter Korrys Kollegen läuft das Gerücht um, Charles Meyer (Unterstaatssekretär für inneramerikanische Angelegenheiten, Anm. d.Übers.) und sein Vertreter, John Crimmons, hätten den Auftrag, Korry aus Chile hinauszubefördern, und wenn möglich aus dem State Department. (...)"

In einem Schreiben gleichen Datums - Thema: "Chile - die Folgen" - werden die nachstehenden Fragen aufgeworfen: Was, meint das State Department, wird mit den US-Investitionen in Chile geschehen? Was werden die USA im Falle von Enteignungen tun? Werden sie eine harte Linie verfolgen, oder eine 'soft route' wie in Peru oder jetzt in Boli-

vien? Wird Druck ausgeübt, daß die Entschädigung in Dollars erfolgt? Wird weiterhin Auslandshilfe gewährt? ("If the worst occurs I see no reason why aid in any form should be continued.") Was, meint man, wird in den anderen Staaten Lateinamerikas geschehen?

Diese Fragen sollten unbedingt diskutiert werden mit Kissinger, Rogers und Nixon. Danach sollten sich die US-Banken strikt weigern, noch irgendwelche Kredite an Länder zu geben, die Enteignungen vornehmen. Die Kongreßabgeordneten sollte man veranlassen, die Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß andernfalls die Steuerzahler nicht mehr bereit sein werden, bei den entsprechenden Banken Einlagen zu machen.

Ausführlich mit dem Fall Korry beschäftigt sich eine vertrauliche Botschaft vom 13. November, die Hal Hendrix an Robert Berrellez (langjähriger AP-Korrespondent in Lateinamerika) sendet. Es heißt dort u.a.:

"Diplomaten und US-Geschäftsleute hegen tiefe Zweifel, ob der Botschafter Ed Korry, ein von Nixon eingesetzter Politiker, unter der Regierung Salvador Allendes überleben wird. Korry entfremdete sich von chilenischen Freunden, machte sich chilenische Kritiker zum Gegner und brachte durch seine Ungeduld in den letzten Tagen der Regierung Frei viele Amerikaner in Verlegenheit.

Korry entfremdete sich wegen der chilenischen Streitfrage vom Außenministerium und verhandelte direkt mit Nixon über Politik und Strategie. Die Quelle dieser Information ist Korry selbst. Der Botschafter wurde eisern in seiner Politik (ökonomische Vergeltungen etc. gegen Chile), nachdem Allende in den Wahlen vom 4. September eine Mehrheit erhielt, während das Außenministerium vorzog, indifferent zu reagieren. Deswegen erscheint Korrys Karriere als Diplomat mit Sicherheit beendet. (...)

Ursprünglich von Kennedy beauftragt (er hatte sich als Korrespondent in Europa hervorgetan), beeindruckte er auch Nixon, der ihm auch einen Aufgabenbereich versprach, falls er je Präsident würde. Korry, der nach den letzten Präsidentschaftswahlen als entlassen galt, erinnerte Nixon an sein Versprechen und bekam den Posten in Santiago.

Es war fast unvermeidlich, daß Korry wegen der Zusammenarbeit mit Kennedy gut mit den Christdemokraten und Frei stehen würde. Aber, wie einer seiner Kollegen bemerkte, machte ihn Frei blind verliebt, und sein politischer Wert sank dementsprechend. Er durchschaute nicht Freis Doppelzüngigkeit, bis es eben zu spät war. (...)

Es ist kein Geheimnis, daß Korry sehr von dem Gedanken beseelt war, der Christdemokrat Radomiro Tomic könnte die Wahlen gewinnen. Wir können nicht verifizieren, ob er tatsächlich für ihn warb, aber mindestens zwei Monate vor der Wahl erklärte er erwiesenermaßen, daß Tomic die Wahlen gewinnen würde. Später änderte er diese Aussage, als offensichtlich wurde, daß der Wettstreit zwischen Allessandri und Allende stattfinden würde. (...)

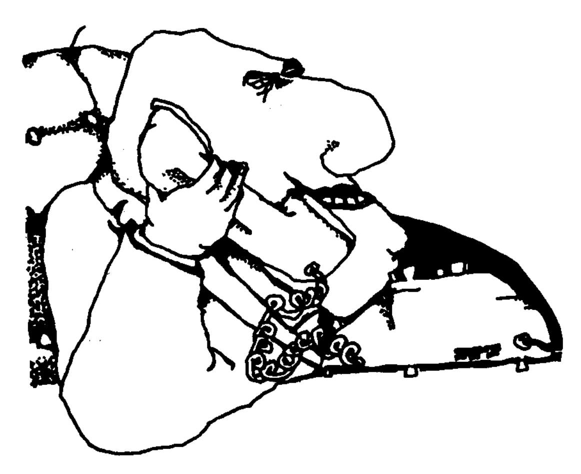
Deshalb ist Korry in Lateinamerika nicht mehr als Diplomat einsetzbar, und seine Verwendbarkeit im geschäftlichen Sektor scheint mir jetzt fraglich geworden zu sein."

Korry arbeitet heute für die Versicherungsgesellschaft Overseas Private Investment Corporation.

Der permanent wiederholte Hinweis auf die Interessen der amerikanischen Steuerzahler, die man auf keinen Fall unberücksichtigt lassen dürfe, taucht auch in dem Dokument wieder auf, das Gerrity am 21.10. an John McCone, ehemals CIA-Chef und jetzt einer der Direktoren von ITT, schickt. Zwei Tage später geht ein Papier mit demselben Wortlaut an Henry Kissinger. Titel: "Die USA am Scheideweg - eine notwendige Neueinschätzung unserer Lateinamerika-Politik."

"(...) Die Öffentlichkeit in den Vereinigten Staaten ist erschreckt über das Versagen der Länder, sich selbst zu helfen; unangenehm berührt über den Mangel an Verantwortung und schockiert über die Unvernunft, mit der US-Steuergelder von jenen angesehen werden, die es haben wollen, ohne daß die ernste Absicht dahinterstünde, es verantwortungsbewußt anzulegen.

Die ausländischen Privatunternehmen sind gleichermaßen enttäuscht über den zu verurteilenden politischen Mißbrauch von Entwicklungsprojekten, die während



der letzten 50 Jahre Lateinamerika zu einer der gesichertsten Gebiete der Welt hätten machen können. Mehr als 8 Milliarden Dollar flossen allein während der letzten 7 Jahre nach Latein-

amerika.

Der verantwortungsbewußte Teil der Bevölkerung in Lateinamerika schätzt die Zukunftsaussichten zunehmend schlechter ein. Radikale Regierungsschritte verzögern die Entwicklung; örtliche Unternehmer genießen kein Vertrauen; ausländische Kapitalanleger weigern sich, auf einem feindlichen Markt zu investieren; das Prestige der internationalen Banken befindet sich auf einem Tiefpunkt. (...)

Meiner Auffassung nach stehen wir am Scheideweg; denn wir müssen uns nicht nur entscheiden, ob wir zu den fundamentalen Prinzipien zurückkehren, auf denen dieses Land gegründet wurde, sondern auch, ob wir fest für Demokratie einstehen wollen, für jene unsere Freunde in Lateinamerika, deren Hoffnung und Sehnsucht auf unsere Stärke baut. (...)

Als Teil unserer Politik fasse ich nicht Vergeltung oder Rache ins Auge. Ich bin jedoch davon überzeugt, daß wir, um die Entwicklung Südamerikas zu unterstützen, den dortigen Führern deutlich machen müssen, daß der Steuerzahler in den Vereinigten Staaten nicht länger bereit ist, sein hart verdientes Geld in Projekte zu stecken, die, wie die Kongreß-Studie feststellte, "im Grunde genommen von den Südamerikanern selbst verwaltet werden müssen. Auch bei größter Anstrengung werden viele nicht mehr in dieser Dekade verwirklicht werden können."

Unser Prestige in Lateinamerika steht auf einem Tiefpunkt - darüber sind wir uns einig. Der Tiefpunkt wurde erreicht, weil unsere Politik schwächlich und unentschlossen war. Wir haben die gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen, wie das Hickenlooper Amendment, nicht angewandt zu unserem Nutzen oder zum Vorteil der Demokratien in Südamerika. Wir fahren fort, in überreichlichen Mengen Hilfe zu gewähren, sogar wenn man die Bürger unseres Staates diskriminiert; wir bewilligen Fonds, wo sie nicht in Anspruch genommen werden können; wir geben, wo die Gabe uns nicht honoriert wird.

Der Kongreß ist der Auffassung, daß diese Art der Hilfe ein Ende nehmen sollte; die Bevölkerung der Vereinigten Staaten stimmt sicher zu, und die privaten Unternehmungen wissen zu gut, daß es alles andere als produktiv war.

US-Aktionen gegenüber Chile

In Anbetracht der weitreichenden Drohungen, die Dr. Allende vor seiner Wahl zum Ausdruck brachte, sollten die Vereinigten Staaten nicht zögern, dem neuen Präsidenten die sich ergebenden Aktionen der US-Regierung zu verdeutlichen, denen er im Falle der Verwirklichung seiner Drohungen erliegt. Wir werden keine Vergeltung ausüben, sondern ihn nur über das ordnungsgemäße Verfahren informieren, das auf seine angedrohten Aktionen folgen wird.

Meiner Ansicht nach sollten die Vereinigten Staaten folgendes in Erwägung ziehen:

I. Der US-Botschafter sollte - instruiert vom Präsidenten - um eine möglichst frühzeitige Audienz bei Präsident Allende ersuchen, um ihn über die US-Politik zu informieren. Die Botschaft könnte folgendes enthalten:

a. Einen Rückblick unserer historischen Beziehungen zu Chile; die demokratischen Bestrebungen unserer beiden Länder; unsere Beiträge in Form von direkter Hilfe, langfristigen Darlehen, militärischer Unterstützung, Erdbeben- und Katastrophenhilfe; und man sollte ihn dabei auf die 1 Milliarde 500 Millionen Dollar aufmerksam machen, die während der letzten 10 Jahre nach Chile geflossen sind.

b. Einen Hinweis auf die enormen ökonomischen und sozialen Beiträge des freien US-Unternehmertums, die Chile erreichten.

c. Man könnte seine Aufmerksamkeit auf seine eigenen Androhungen gegenüber diesen Unternehmen lenken und ihn über die daraus resultierende tiefe Sorge informieren, ferner

d. auf die plötzlichen ökonomischen Sorgen verweisen, die sein Land nach der September-Wahl hatte und auf die Schwierigkeiten, denen er daher in internationalen Bankkreisen begegnet. (Die United Press International [UPI] berichtete, daß die Export-Import-Bank Chile zum Land mit dem höchsten Investitionsrisiko erklärte. Sie berichtet auch, daß die Overseas Investment Corporation, eine weitere Institution der US-Regierung, keine neuen Investitionen in Chile mehr versichert.)

e. Präsident Allende sollte davon informiert werden, daß, sollte seine Politik mit Enteignung amerikanischen Eigentums einhergehen, die Vereinigten Staaten schleunigste Entschädigung in US-Dollar oder anderer konvertibler Währung erwarten, wie es durch internationale Gesetze vorgesehen ist.

f. Er sollte wissen, daß im Fall schleppender Entschädigung mit sofortigen Reaktionen in offiziellen und privaten Kreisen zu rechnen sei. Das würde die Streichung sämtlicher Darlehen von internationalen und privaten US-Banken zur Folge haben.

g. Verstärken Sie die vorangehenden Andeutungen durch jeden möglichen Druck, die Dr. Allende zugehen könnten.

II. Als Bekräftigung unserer Linie in der Lateinamerikapolitik sollte jeder Botschafter der USA in Lateinamerika und in der OAS in das Außenministerium abberufen werden und persönlich über die Unterredungen mit Dr. Allende informiert werden.

III. Ohne Präsident Allende davon zu informieren, sollten alle US-Hilfsfonds, die Chile bereits zur Verfügung gestellt wurden, unter die Rubrik "In Prüfung" fallen, um die Ausfuhr von Geld nach Chile vorläufig zu stoppen; falls erforderlich, sollten die Gelder gänzlich gesperrt werden. Dies schließt ein "fließende Gelder", "Kreditbriefe" und ähnliches.

IV. In einigen lateinamerikanischen Hauptstädten sollte eine Verminderung unserer diplomatischen Vertretungen ins Auge gefaßt werden. Das Personal sollte verringert und der Botschafterposten von einem nicht im Botschafterrang tätigen Beamten übernommen werden."

In der Sendung an Kissinger ist noch folgender Zusatz angefügt:

"Auf höchster Ebene sollten ernsthafte und konzentrierte Bemühungen stattfinden, um die berufliche Qualität der diplomatischen Vertretungen der Vereinigten Staaten in ganz Lateinamerika zu heben. Die Sowjet-Union hat anscheinend jene ernsthafte Konzentrierung vorgenommen und ihre Botschaften mit exzellent spanisch und portugiesisch sprechenden Botschaftern und Diplomaten ausgerüstet. Leider kann man das von der Vertretung der Vereinigten Staaten in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern nicht sagen. In diesem Zusammenhang sollte man bemerken, daß vor einem Jahr die Ernennung eines Unterstaatssekretärs für Lateinamerika angekündigt wurde. Dieser Posten ist weiterhin unbesetzt."

Der Beibrief an Kissinger hat folgenden Text:

"An: Dr. Henry Kissinger
Sicherheitsbeauftragter des Präsidenten
Weißes Haus

23. Okt. 1970

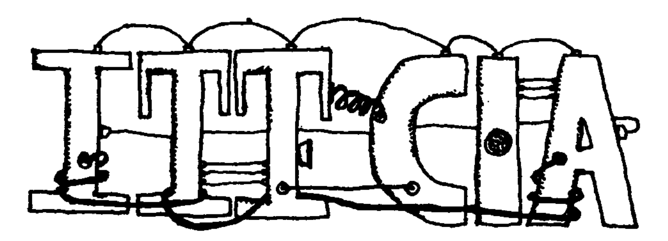
Sehr geehrter Herr Dr. Kissinger!

Ergebnis der neuesten Entwicklungen in Lateinamerika ist, daß sich ausländische Privatunternehmen in dieser Gegend in einer äußerst ernsten, ungeschützten Lage befinden.

Präsident Nixon sagte vor einem Jahr in seiner Rede vor der Interamerikanischen Presse-Vereinigung: 'Dort, wo es unerwünscht ist oder wo lokale politische Umstände das Risiko ungerechtfertigt erhöhen, werden wir private Investitionen nicht fördern.'

Die ITT geht nicht dorthin, wo sie nicht erwünscht ist, aber auch wir glauben mit Präsident Nixon, daß 'ehrlich motiviertes privates Unternehmertum eine lebendige Rolle in der sozialen wie auch der ökonomischen Entwicklung spielt'.

Unsere Firma weiß, daß die Völker Amerikas einen höheren Lebensstandard verdienen und wir glauben, daß wir ein grundlegendes Interesse daran haben, ihre Probleme zu verringern. Die Länder selbst sind nicht in der Lage, das notwendige Entwicklungskapital aufzubringen, die US-Steuerzahler können es nicht, und die US-Privatunternehmen können nur soviel aufbringen, wie ein gesundes Klima zuläßt. Alle sind sich



darüber einig, daß die Arbeit auf der Grundlage der Zusammenarbeit bewerkstelligt werden muß.

Die ITT hat sich ernsthaften Überlegungen betreffs der Zustände, die gegenwärtig die südamerikanische Entwicklung bestimmen, hingegeben. Wir sind der Überzeugung, daß es nun sehr ratsam und an der Zeit ist, die US-Politik in Lateinamerika neu zu überprüfen und zu stärken.

Ich füge ein Papier bei, welches unsere Einschätzung und genauere Hinweise zur Lage in Chile enthält. (...) Ihre Stellungnahme dazu würde ich hoch einschätzen.

William R. Merriam
Vize-Präsident der ITT"

(Ein kurzes Dankschreiben Kissingers - ohne weitere Stellungnahme - geht am 9. November aus dem Weißen Haus an Merriam ab.)

In einem innerbetrieblichen Memorandum an Gerrity stellt Merriam (22.10.) Überlegungen über die Folgen an, die eintreten könnten, wenn in Chile bekannt würde, daß die ITT Druck auf das State Department ausübt. Er kommt zu dem Ergebnis, daß man dadurch nichts zu verlieren habe, daher soll dieser Druck fortgesetzt und verstärkt werden. Die Erfolgsaussichten blieben jedoch solange gering, wie keiner der übrigen Staaten in Lateinamerika sich zu Pressionen entschließen könne. Man müsse deshalb auch untersuchen, ob größere europäische Firmen betroffen seien, und bei ihnen um Unterstützung nachsuchen.

Inzwischen ist das (tödlich verlaufene) Attentat auf General Schneider erfolgt. Man nimmt sofort an - aufgrund verschiedener Festnahmen in den vergangenen Tagen -, dieser Anschlag sei von extrem rechtsorientierten Kräften ausgeführt worden. Zwei mögliche Motivationen sprechen für diese Annahme:

1) der Anschlag war ein Racheakt für die Weigerung Schneiders, gegen Allende gerichtete Putsch-Pläne zu unterstützen;
2) es ist ein Versuch, militante Reaktionen der äußersten Linken zu provozieren.

Wegen der "rigid discipline" unter den Kommunisten sei nach Auffassung von Hendrix die Hoffnung auf solche Reaktionen aber nicht gerechtfertigt. Der Nachfolger Schneiders mache auch nicht den Eindruck, als werde er mit oppositionellen Kräften zusammenarbeiten wollen.

Am 21.10. ist ein ehemaliger Major verhaftet worden; nach Berichten der (kommunistischen) Zeitung El Sieglo hatte er ein Attentat auf Allende vorbereitet, wobei als Hauptverschwörer der CIA und General Lanusse, Argentinien, fungierten.

IV. Gleichgewicht - Kritik - Neubeginn

27. Oktober: Gerrity schickt zwei Berichte zur Lage an Geneen, die Berrellez für Hendrix zusammengestellt hat. Das erste Papier berichtet von der Aktion einer Gruppe von Arbeitern, die u.a. bei der (zu 70 % in ITT-Besitz befindlichen) Telefongesellschaft CHILTECO Versammlungen abhielten, auf denen sie die Verstaatlichungspolitik der neuen Regierung erläuterten. - Der zweite Bericht beschäftigt sich mit der angeblich sehr schwachen Position des neuen chilenischen Präsidenten. Allende wird darin dargestellt als "ein Tito der westlichen Welt", "Marxist und Bewunderer Castros", "der seine eigene utopische Version des Sozialismus schmieden will: gleichzeitig für Washington und Moskau schmackhaft". Wenn Washington ihm nicht konsequent entgegenarbeite, würden sich zahlreiche andere Staaten an ihm ein Beispiel nehmen. Allerdings fehle ihm eine breite Unterstützungsbasis im Volk, und er sehe sich wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber. Früher oder später werde er anfangen müssen, den Kongreß, Handelsgesellschaften und das Militär zu bestechen. Die Erfolgsaussichten seien jedoch gering, das Militär verhalte sich nach wie vor neutral.

Nach der Wahl im Kongreß (24. Oktober) widmet sich Gerrity in einem Schreiben an Merriam ("Subject: The Chilean Candidate") nochmals ausführlich der Person Allendes:

"Vor 3 Jahren sagte Allende: 'Die USA sind überall in Schwierigkeiten. Die Zukunft gehört dem Marxismus-Leninismus'. Wenn das so ist, dann ist die Freiheit in Gefahr, überall. (...) Er bewundert Rotchina und wendet sich an Castro um Rat. (...) Er hat keine robuste Gesundheit ... und ist als Trinker bekannt ... er kleidet sich elegant und modisch. Seine Propaganda stellt ihn als Mann des Volkes hin, aber sein Geschmack ist kultiviert-kapitalistisch ... Aus der oberen Mittelklasse stammend, ist er heute zu einem streitsüchtigen Kommunisten geworden ... In Chile wird es wohl niemals mehr freie Wahlen geben ... Seine Schwester Beatriz war im September in Kuba ... Von dort sandte sie ihm einige Ratschläge, (z.B.): Versuche, die qualifizierten Fachleute zum Bleiben zu bewegen ... Gib dich nicht zu revolutionär, andernfalls gibst du den Konterrevolutionären einen Vorwand, in der Wirtschaft das Chaos anzurichten ... Unterhalte gute Beziehungen zum Militär."

Im gleichen Memorandum gibt Gerrity einen Kommentar zur chilenischen Entwicklung, der seine ganze Enttäuschung darüber zum Ausdruck bringt, daß die Zusammenarbeit mit dem State Department letzten Endes so unbefriedigend verlaufen ist:

"Die Vereinigten Staaten haben seit 1964 Geld nach Chile gepumpt, als der relativ gemäßigte Eduardo Frei die Wahl gewann, trotz bedeutender finanzieller Unterstützung von seiten Havannas für Allende. Über die Auslandshilfe brachten wir in den Jahren 1964-1967 658,4 Millionen Dollar nach Chile. Wir waren uns der Notwendigkeit wohl bewußt, den Kandidaten der Christdemokraten zu unterstützen und einen von Havanna gesteuerten marxistischen Kandidaten auszuschalten. Dieses Mal haben wir unsere Nase, was Geld und auch andere Mittel angeht, aus der chilenischen Präsidentschaftswahl herausgehalten. Die Meinung des State Department schien zu sein: 'Es ist undenkbar, daß Chile kommunistisch wird.' Nun ist das Undenkbare auf uns herabgekommen, wir aber zucken die Schultern und stöhnen: 'Wir sind machtlos, denn das Volk von Chile hat Allende legal gewählt.'"

Quelle: Dokumentos Secretos de la ITT Santiago-Chile, 1972

(Zusammenstellung und Kommentar lt)



Kauft Brot, kauft Bomben
ITT in Vietnam

Der Vietnam-Konflikt ist ein weiterer wichtiger Faktor, der im Laufe des Jahres dringende Anforderungen an eine spezialisierte elektronische Ausrüstung ge stellt hat. Die weltweiten Fähigkeiten der ITT auf dem Gebiet der Elektronik und Fernkommunikation haben die ITT in die Lage versetzt, diesen Anforderungen durch Lieferungen von Kommunikationsmitteln, Luftnavigationsgeräten und weiterer taktischer Ausrüstung zum Gebrauch unserer Land-, See- und Luftstreitkräfte im Dschungelkrieg zu entsprechen.
ITT Jahresbericht 1965

1972 spielt die ITT wieterhin eine große Rolle im Vietnamkrieg. Die Gesellschaft ist aktiv beteiligt sowohl am Vietnamisierungs-Versuch als auch an der Versorgung mit Ausrüstung und Technikern für das unheimliche elektronische Schlachtfeld und den brutalen Luftkrieg.

197o erhielt die ITT den Auftrag von der US-Armee, südvietnamesischen Truppen ein großes integriertes Kommunikationssystem nahezubringen und sie darin zu trainieren. ITT-Techniker stellten eine Vielzahl von Radarsystemen für das Militär her. Eine dieser Systeme heißt TPS-25 - Bodenüberwachungsradarund dient zur Aufspürung beweglicher Ziele für die Artillerie. Wie es in der "Marine Corps Gazette" (März, 1970) heißt, kann das TPS-25 - System in Dong Ha Truppenbewegungen des Vietkong im gesamten Gebiet bis zur nordvietnamesischen Grenze entdecken. Bei Anwendung während einer Offensive gibt das Überwachungsradargerät dem Marineinfantrie-Kommandeur an, "wo er seine Truppen mit hoher Wahrscheinlichkeit auf Feinde zu stoßen, einzusetzen hat." TPS-25 "sorgt für Standort-Sicherheit".

Als einen ihrer Beiträge zum Luftkrieg hat die ITT die automatische LORAN (long range navigation) entwickelt. Eine ITT-Annonce in "Air Force Magazine" (Februar 1971) erklärt das folgendermaßen:
"Eine hochentwickelte taktische Luftwaffe erfordert kompakte genaue Waffenabwurfsysteme - wie etwa die automatische LORAN... Dieses Computer-Navigationssystem hält die Richtung und Position des Flugzeugs trotz abrupter Wechsel von Haltung, Höhe und Geschwindigkeit. Und führt das Luftfahrzeug direkt zur Zielscheibe, bei taktischen Geschwindigkeiten."

Die ITT steht an 23. Stelle unter den Gesellschaften. die vom Verteidungsministerium Aufträge erhalten haben. Im Finanzjahr 1971 stiegen die Aufträge auf 233 Millionen US-Dollar. Im folgenden eine Kostprobe aus den Kriegsaufträgen der ITT:

1. Taktische All-Wetter-Radargeräte für Armee-Hubschrauber, die sie bei Nachtflügen führen. (4 Mill. Dollar)
2. Die Handhabung und Erhaltung des Army Strategic Communication Command's Integrated Command System, Area 2,Thailand 66,3 Mill. Dollar)
3. Montagen für Allzweckbomben, die von Flugzeugen auf Flugzeugträgern benutzt werden.
4. Tests für Mörser-Anpeilgeräte zum Einsatz in Südost-Asien.
5. Infrarote, elektronische, am Helm montierbare Feldstecher für die Fahrer von Armeefahrzeugen, Teil der STANO (Surveillance, Target Acquisition, Night Observation)
6. Bildverstärker, die im Bereich des Sternenlichts benutzt werden (auf individuelle Waffen montierte Nacht-Fernrohre).
7. Gewehrfeuer-Kontrollradar

Zusätzlich zu diesen Kriegsprojekten für Indochina arbeitet die ITT daran, die gesamte Nettoarbeit der Kommunikation des US-Militärs zu integrieren, indem sie Kommunikationssysteme für die Atlas-Titan- und Minuteman-Raketen aufbaut,die elektronische Ausrüstung für die Polaris raketen-Unterseeboote liefert und für die Südkoreanische Regierung ein Funk-Kommunikationssystem konstruiert.

Die Informationen über die Aufträge wurden "DM Market Intelligende Reports" entnommen, die vom Defense Marketing Service vorbereitet und von Mc Graw-Hill,Inc. herausgegeben werden.

Übersetzt aus:
NACLA'S (North American Congress on Latin America) LatinAmerica and Empire report, Vol VI No 4 - April 72

"Die kubanische Katastrophe"

Das Komitee für die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba (KUWIZUKU) nimmt in der folgenden Presseerklärung zu einer Azeigenserie des Arbeitskreises Soziale Marktwirtschaft, eingerichtet von der Deutschen Großindustrie, Stellung, in der dieser die allgemeine Verwerflichkeit sozialistischer Versuche nachweist an der kubanischen Katastrophe, die eintrat, nachdem die gesunde Konsumwirtschaft unter Babtista unter der Führung Castros abgelöst wurde.

Komitee
für wissenschaftliche
Zusammenarbeit mit Kuba

Kiel, den 22.6.1972

Vorstand:

Prof. Dr. J. Scheer, Bremen
Prof. Dr. E. Brieskorn, Göttingen
G. Supplitt, Hamburg
Dr. M. Tomczak, Kiel
Dr. D. Hinrichsen, Bielefeld

P R E S S E M I T T E I L U N G

Der "Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft", der von der westdeutschen Großindustrie eingerichtet worden ist und mit Millionenbeträgen finanziert wird, hat im Rahmen einer Anzeigenaktion in mehreren Illustrierten die Ergebnisse der kubanischen Wirtschaftsplanung als "kubanische Katastrophe" bezeichnet. Zur Bekräftigung werden Tatsachen über die kubanische Wirtschaft in einer Weise dargestellt, die die Wirklichkeit nicht nur verfälscht, sondern in ihr Gegenteil umkehrt. Das "Komitee für wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Kuba", das seit 1969 in der Bundesrepublik besteht und durch die Förderung der kubanischen Forschung und Entwicklung aktiv an der Verbesserung der Lebensbedingungen der kubanischen Arbeiter und Landarbeiter mitarbeitet, kennt durch eigene Arbeit an vielen Stellen im Land die kubanische Wirklichkeit besser und kann deshalb die Behauptungen des "Arbeitskreises Soziale Marktwirtschaft" nicht unwidersprochen lassen.

Der "Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft" beweist die kubanische Mißwirtschaft mit der Rationierung der Grundnahrungsmittel in Kuba. Die Situation vor der kubanischen Revolution wird jedoch verschwiegen. Mit gutem Grund; denn ein Vergleich schon der einfachsten Zahlen widerlegt das Gerücht von der "kubanischen Katastrophe": Heute, so heißt es in der Anzeige, darf jeder Kubaner im Monat "nur" acht Steaks kaufen; vor 1959, das wird verschwiegen, konnten (nach Angaben der "Nationalen Katholiken-Vereinigung Kubas") 96 % der Bevölkerung sich überhaupt nie Fleisch als Nahrungsmittel kaufen. Ebenso wird gesagt, die monatliche Ration an Eiern betrage 15 Stück; "vergessen" wird, daß der Eiverbrauch vor der Einführung des kubanischen Sozialismus weniger als ein Drittel betrug, und daß es kapitalistische Länder in Europa gibt, wo er heute bereits niedriger ist als in Kuba. Die Monatsration von sechs Pfund Reis wird aufgezählt; "vergessen" wird, daß der gesamte kubanische Reisbedarf heute aus eigener Produktion gedeckt wird, während vor 1959 für den Reisimport allein jährlich über 40 Millionen US-Dollar ausgegeben werden mußten.

Die Behauptung, daß Zigaretten und Zigarren oder Rum rationiert sind, ist unwahr. Beides wird zu hohen Preisen abgegeben; die Begründung für die hohen Preise hat Fidel Castro bei der Feier zum "Tag der Arbeit" am 1. Mai dieses Jahres öffentlich mitgeteilt: Jeder kubanische Arbeiter hat heute ein Sparkonto, das mehrere Monatslöhne übersteigt, und hat daher auch Geld genug, für Genußwaren mehr zu bezahlen als für Grundnahrungsmittel. Während vor 1959 von insgesamt 6 Millionen Kubanern über 1 Million arbeitslos waren, herrscht heute bei einer Bevölkerung von über 8 Millionen Arbeitskräftemangel, und die kubanischen Arbeiter verdienten jahrelang mehr, als sie ausgeben konnten. Rationierung als vorübergehende Maßnahme ist deshalb in Kuba notwendig, damit jeder von dem Vorhandenen seinen gerechten Anteil erhält.

Inzwischen ist die Produktion an Gebrauchsgütern in Kuba - durch staatliche Planung! - so sehr gestiegen, daß seit Ende 1971 das Angebot groß genug ist, um jedem kubanischen Arbeiter den Umtausch seines Lohnes in Gegenstände seines persönlichen Bedarfs zu ermöglichen. Die vollständige Beseitigung des Analphabetentums innerhalb von 4 Jahren, die Steigerung (nach Statistiken der Weltgesundheitsorganisation) des Krankenhauspersonals von 3000 auf 13 000 innerhalb von 6 Jahren sind Beispiele für die Erfolge, die neben der Verbesserung des Konsumgüterangebots erzielt worden sind. Diese Fortschritte sind erreicht worden trotz der imperialistischen Politik der USA; sie sind möglich geworden, obwohl ein

neu errichtetes Kraftwerk zweimal durch Bombenabwurf aus Flugzeugen von Exilkubanern, die in Miami starten und landen, außer Betrieb gesetzt worden ist, obwohl die USA nach jahrelangem Bemühen die Aktienmehrheit des britischen Leyland-Werkes erwarben und die Ersatzteillieferungen für die Verkehrsbusse von La Habana einstellten, obwohl die USA nachweislich speziell für Kuba fehlerhafte Ersatzteile für Großindustrieanlagen herstellten, obwohl Hunderte ähnlicher Aktionen Kuba in die Katastrophe treiben sollten. Kuba hat den gegen das Land geführten und heute noch anhaltenden Wirtschaftskrieg überstanden. Die "kubanische Katastrophe" ist eine Erfindung des "Arbeitskreises Soziale Marktwirtschaft". Die Wirklichkeit zeigt von Tag zu Tag deutlicher, wo in Lateinamerika die Katastrophe stattfindet: "Soziale Marktwirtschaft kennt keine Rationierung" in Lateinamerika, stattdessen aber Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Unterernährung, Seuchen und Elendsquartiere, die ganze Städte zu ersticken drohen - Errungenschaften, die man im kubanischen Sozialismus vergebens sucht.

Die übrigen Anzeigen der von diesem Arbeitskreis durchgeführten Aktion beweisen, daß mit der Anzeige "Die kubanische Katastrophe" nicht nur die Erfolge des kubanischen Sozialismus angegriffen werden sollen, sondern daß hier eine von westdeutschen Unternehmern geförderte Aktion das Ziel hat, durch Verdrehung der Wahrheit und infame Erfindungen den deutschen Arbeitern einzureden, es gäbe keine bessere Wirtschaftsordnung als den westdeutschen Spätkapitalismus. Die Kubaner haben noch nie behauptet, bei der Lösung der Probleme der westdeutschen Arbeiter als Beispiel dienen zu können. Sie dürfen allerdings für sich in Anspruch nehmen, in Lateinamerika ein "Wirtschaftswunder" in Bewegung gebracht zu haben gerade in den Jahren, in denen der Lebensstandard in den übrigen lateinamerikanischen Ländern ständig sinkt. Alle diese beweisbaren Tatsachen verschweigt der "Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft"; denn er sieht, daß die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik zunehmend ins Stocken gerät und bietet als Lösung an, den westdeutschen Arbeitern ein Zerrbild des Sozialismus aus einem Land, über das in der Bundesrepublik wenig bekannt ist, per Anzeige zu verkaufen. In der kubanischen Planwirtschaft ist es unmöglich, daß freie Unternehmer 5-6 Millionen DM zu einer Anzeigenaktion mißbrauchen, in der Verdrehungen und Erfindungen verbreitet werden. Die kubanischen Arbeiter würden sich dafür entscheiden, mit dem Geld eine weitere Berufsschule oder einen Kindergarten auszubauen, und in dieser Entscheidung bestünde zwischen ihnen und den deutschen Arbeitern sicher Einigkeit.

Deutsche Drahtzieher in Bolivien

Elisabeth Boris:

Faschistische Traditionspflege

Im August letzten Jahres gelang es einer Gruppe bolivianischer Offiziere, die ins Haus stehende Volksherrschaft abzuwenden und das Land ins "freie westliche Lager" zurückzuführen. Die Regierung des linken Luftwaffengenerals Torres, der außer nationalistischen Militärs auch Vertreter der Gewerkschaften angehörten und die von der Mehrheit der Arbeiter und Studenten des Landes unterstützt wurde, hatte sich entschieden zu weit vorgesagt: US-Unternehmen waren enteignet, gewerkschaftliche Positionen abgesichert und eine Volksversammlung gewählt worden, in der die demokratischen und sozialistischen Kräfte immer mehr an Einfluß gewannen. Das amerikanische Peacecorps - seit langem als Spionageorganisation der USA entlarvt - wurde des Landes verwiesen. Der Mitkämpfer Che Guevaras, Regis Debray, wurde freigelassen, seine Ausreise nach Chile, zu dem sich die Beziehungen Boliviens verbesserten, gestattet. Natürlich verschlechterte sich so das "Investitionsklima" ganz erheblich. Das "Vertrauen" des internationalen Kapitals in die bolivianische "Stabilität" wurde schwer erschüttert. Eine weitere Bastion des US-Imperialismus in Lateinamerika schien der "kommunistischen Weltgefahr" zum Opfer zu fallen. In letzter Sekunde jedoch trat ein "Retter der Nation" auf den Plan: Oberst Hugo Banzer Suares, der sich schon mit seiner Rangereinheit mehrmals - bisher jedoch vergeblich - durch Putschversuche um die nationale Sicherheit verdient gemacht hatte, verließ das Andendorf, in das man ihn verbannt hatte, sammelte in- und vor allem ausländische "verantwortungsbewußte Kräfte" um sich und stürzte die Regierung. Ein maßloses Blutbad unter den sich verzweifelt wehrenden, viel zu spät und viel zu schlecht bewaffneten Arbeitern und Studenten der Hauptstadt

sowie eine gut organisierte Verhaftungswelle halfen den Putschisten, ihre Macht fürs erste abzusichern.

Daß damals der CIA seine Hand mit im Spiel hatte, war relativ schnell bekannt und nachweisbar. (Vgl. auch: AIB 9/71) Nun wurden kürzlich weitere Hintermänner der Öffentlichkeit vorgestellt. (Vgl. M. Stoffregen-Büller, Die Deutschen in Bolivien, Fernsehsendung des WDR vom 28.2.72) Anlaß für diese Entdeckung war der Fall Klaus Barbie. Der ehemalige Gestapo-Chef von Lyon, auf dessen Konto unzählige Verbrechen gehen, war in Abwesenheit in Frankreich nach dem Kriege zum Tode verurteilt worden. Beate Klarsfeld hatte nach seinem weiteren Verbleib recherchiert und festgestellt, daß er seit langem friedlich unter dem Namen Klaus Altmann als angesehener Bürger in Bolivien lebt. Die französische Regierung stellte sofort den Antrag auf Auslieferung des Schwerverbrechers, was jedoch von der Regierung Banzer mehrfach abgelehnt wurde. Der Verdacht, Barbie alias Altmann habe in der bolivianischen Regierung einflußreiche Freunde, ist seitdem nicht von der Hand zu weisen. Dies umsoweniger, als nun bekannt wurde, daß neben dem CIA die Hauptakteure im Hintergrund des Putsches vom vorigen Sommer deutschstämmige Großgrundbesitzer und Industrielle gewesen sind. Scheuten diese Dunkelmänner damals noch die Öffentlichkeit, so treten sie jetzt - nachdem die Banzer-Diktatur fürs erste abgesichert scheint - stolz als "Retter der Nation" auf und bekennen sich ohne die geringsten Skrupel zu ihren Taten. Die Journalisten des westdeutschen Fernsehens konnten in Interviews mit den einflußreichsten Mitgliedern der deutschen Kolonien in Erfahrung bringen, daß die deutsche Kolonie in Santa Cruz 20 000 Dollar, und die deutsche Kolonie in Cochabamba 10 000 Dollar in die Ausrüstung und Bestechung der am Putsch beteiligten Offiziere investierten. Nach einem Bericht von Peter Oliver (Anatomie eines Staatsstreichs, Hess. Rundfunk, 7.2.72) brachte der Besitzer der einzigen Papierfabrik Boliviens, der deutsche Industrielle von Bergen, sogar 80 000 Dollar zur Unterstützung der Putschisten auf. Die Höhe der "Spenden" der deutschen Kolonie in La Paz war nicht zu eruieren, allerdings beklagte sich ein Mitglied der Industriellenfamilie Gasser, die die Aktionen koordinierte: "Es war sehr zeitraubend und teuer, die vielen Offiziere zu bestechen!" (Stoffregen-Büller, Die Deutschen in Bolivien, a.a.O.) Die Deutschen (deren Gesamtzahl in Bolivien Stoffregen-Büller mit ungefähr 4 000 angibt) beschränkten sich aber nicht nur auf finanzielle und ideelle Hilfe: Ein deutscher Bierbrauer versteckte Banzer in der entscheidenden Vorbereitungsphase; viele Deutsch-Bolivianer, allen voran die Gebrüder Elsner, Besitzer einer großen bolivianischen Tuchfabrik, beteiligten sich aktiv an den Kämpfen. Man scheute auch nicht davor zurück, die deutsche Klinik in La Paz während der Kämpfe zu schließen, um Hunderte von Verletzten auf der Straße verbluten zu lassen. Gasser meinte: "Ich kann wohl behaupten, daß alle Deutschen mitgearbeitet haben, einige mehr, einige weniger, aber alle haben mitgearbeitet." Ein deutscher Lehrer, der während der Anfangsphase der Kämpfe dem Aufruf der Regierung Torres, für die Verletzten Blut zu spenden, folgte, galt fortan in der deutschen Kolonie als gefährlicher Kommunist. Wie sein historisches Vorbild Hitler - allerdings in etwas kleinerem Stil - richtete Banzer Konzentrationslager ein, in denen (nach Aussagen des persönlichen Freundes eines Lagerleiters) alle, die - durch welche Methoden auch immer - als Kommunisten entlarvt werden können (sofern sie die Foltern überleben), kurzerhand an die Wand gestellt werden. Das sind nach den Schätzungen des obengenannten Zeugen bisher mindestens 600 Personen gewesen. Weitere 100 bis 1000 Personen (genaue Zahlenangaben sind schwer zu ermitteln) wurden während der Kämpfe erschossen. Eine große Zahl von Sozialisten, Kommunisten und bürgerlichen Demokraten floh nach Chile oder Argentinien. Die für die Aufrechterhaltung der Imperialistenherrschaft so wichtige Ruhe und Ordnung ist im Lande vorerst wiederhergestellt, Enteignungsdrohungen wurden zurückgenommen, schon vollzogene Enteignungen wieder rückgängig gemacht. In seiner ersten Rede nach der Machtergreifung garantierte Banzer denn auch, er werde die freie Initiative der Unternehmer entschieden fördern und sei für Hilfe aus dem kapitalistischen Ausland jederzeit und in jeder Form dankbar. Die deutschen Kapitalisten und Landbesitzer können zufrieden sein: Ihre Investitionen haben sich gelohnt.

So kann es auch kaum erstaunen, daß Klaus Barbie, alias Altmann, der ähnliche Aufgaben ja schon früher vorbildlich erfüllte, nicht an Frankreich ausgeliefert werden kann. Diesen Zeugen einer blühenden Vergangenheit des Faschismus als Stück lebendige Tradition, ja vielleicht sogar als sachkundigen Berater sich zu erhalten, liegt allzu offensichtlich im Interesse der gegenwärtigen bolivianischen Regierung.

entnommen aus:
Antiimperialistisches
Informationsbulletin
Nr. 4, April 1972

Südliches Afrika
Das internationale Kapital in Namibia

TSUMEB UND CDM

oder

DAS INTERNATIONALE KAPITAL IN NAMIBIA

Vorbemerkung der iz3w-Redaktion:

Zur internationalen Namibia-Konferenz in Brüssel

Den nachstehenden Aufsatz über die Rolle des internationalen Kapitals in Namibia legte der in Heidelberg lebende portugiesische Ökonom Eduardo de Sousa Ferreira (1) auf der in Brüssel vom 26.-28. Mai diesen Jahres tagenden Internationalen Namibia-Konferenz vor.

Aus seiner Analyse läßt sich entnehmen, daß Namibia völlig von einigen wenigen multinationalen Konzernen beherrscht wird, und daß die weiße Minderheitsregierung Südafrikas hier praktisch nur eine - wenn auch für das internationale Kapital unentbehrliche - Statthalterfunktion ausübt.

Ein effektiver Kampf um die Unabhängigkeit Namibias kann daher nur antiimperialistisch sein, d.h. er muß sich direkt gegen das internationale Kapital wenden, er muß die kapitalistische Ausbeutung der Arbeiter Namibias bekämpfen und den Aufbau des Sozialismus in Namibia anstreben. In ihrem mehrmonatigen Streik vom Dezember letzten Jahres (2) an haben die namibischen Arbeiter bewiesen, daß diese Perspektive kein Hirngespinst fernab vom Ort des Geschehens lebender Schreibtischsozialisten ist.

Wie läßt sich auf diesem Hintergrund die Bedeutung der Internationalen Namibiakonferenz in Brüssel (3) einschätzen? Haben die Teilnehmer die sozioökonomische Situation Namibias analysiert oder zumindest die dort vorgelegten Analysen zur Kenntnis genommen? Wurden dort Strategien eines internationalen Kampfes gegen die multinationalen Konzerne diskutiert?

Wir müssen diese Fragen leider verneinen. Die Namibia-Konferenz hat unserer Meinung nach nichts als ein Paket von Resolutionen und Forderungen an westliche Regierungen und internationale Institutionen zustande gebracht, über die eine zunehmend von den Interessen multinational organisierter Konzerne gelenkte "Realpolitik" zur Tagesordnung, sprich Kapitalverwertung und deren Sicherung übergehen wird. Symptomatisch für die unreflektierte Diskussion auf jener Konferenz erscheint uns die - illusionäre - "Aufforderung an alle Staaten der Welt, Südafrika weder wirtschaftlich noch militärisch zu unterstützen". (4)

Von einer Konferenz, auf der sich englische Liberale, afrikanische Bürokraten (5) und Vertreter des Ostblocks ein Stelldichein gaben (6), konnte man allerdings auch kein derartiges strategisches Konzept erwarten, zumal der Hauptträger der Konferenz, die South West African People's Organisation (SWAPO) weder eine solche Strategie noch eine klare Konzeption ihrer gegenwärtigen Arbeit auf den Konferenztisch legte und so natürlich mit verbalradikalen Verbrüderungsgesten von seiten der obengenannten Gruppen abgespeist wurde.

So brachte die Namibia-Konferenz denn auch nur eine verbale - moralische - internationale Solidarität. Mag sein, daß auch diese ihren notwendigen Stellenwert hat, - uns erscheint sie eher die realen Verhältnisse, wie sie der folgende Aufsatz analysiert, zu verschleiern.

Der internationalen "Solidarität" der Großkonzerne muß dagegen eine organisierte internationale Solidarität der Sozialisten aller Länder entgegengestellt werden. (7) Internationale Konferenzen, die dazu keinen wesentlichen Beitrag leisten, sind unserer Meinung nach überflüssig.

---

1) Sein vom iz3w schon seit längerem angekündigtes Buch erscheint in einigen Wochen(Eduardo de Sousa Ferreira, Portugiesischer Kolonialismus zwischen Südafrika und Europa, Best. an das iz3w gegen Vorauszahlung von DM 6.-)
2) vgl. dazu "blätter des iz3w", Nr. 13/14, Jan./Febr. 1972, S. 48ff.
3) Das Antiimperialistische Informationsbulletin bringt als Nr. 7/72 ein Sonderheft NAMIBIA mit Dokumenten, Materialen und Ergebnissen der Brüsseler Namibia-Konferenz.
4) vgl. Frankfurter Rundschau vom 30. 5.72 sowie die Konferenzprotokolle (zu best. bei Mme. P. Pierson-Mathy, 773 Chaussee de Waterloo, 1180 Brüssel, Belgien)
5) so u.a. der Verkehrsminister von Liberia, der die Infrastruktur sei-

nes Landes gegenwärtig auf die Bedürfnisse der internationalen Monopole zurechtschneidert.
6) vgl. Teilnehmerliste (zu best. a.a.O.)
7) vgl. dazu Ernest Mandel im Neuen Forum, Wien, Juni 1972

I. Das internationale Kapital in Australafrika

Es besteht heute kein Zweifel daran, daß das gesamte Australafrika zu einer Beute des internationalen Kapitals geworden ist, wobei dieses die Minderheitsregierungen und ihre Bestrebungen, die weiße Herrschaft zu perpetuieren, unterstützt, um seinerseits die Türen für ertragreiche Investitionen geöffnet zu bekommen.

Erklärtes Ziel dieser Investitionen ist die Realisierung höherer Profite als dies im Herkunftsland des Kapitals möglich wäre. Reiche Bodenschätze und eine nahezu unbegrenzt mögliche Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft begründen das Interesse an Investitionen im südlichen Afrika. Das ausländische Kapital wird in diesen Ländern vornehmlich in die Industrie, d.h. vor allem in die Bergwerke, investiert, die Erzeugnisse dieser Industrie werden exportiert und stellen eine reiche Profitquelle dar. Die Gewinne aus der Ausbeutung der afrikanischen Arbeitskraft und dem Abbau der Bodenreichtümer werden dann in die Metropolen transferiert. Aber selbst wenn dies nicht der Fall wäre, würde der Ertrag aus den Investitionen weder der wirtschaftlichen Entwicklung der südafrikanischen Länder noch der Verbesserung des Lebensstandards der in ihnen lebenden Afrikaner dienen, sondern den weißen Minderheiten, die Wirtschaft und Politik dieser Länder kontrollieren. Hierfür bedarf es keinen Beweises, die Realität spricht für sich selbst: in Australafrika wurden von imperialistischen Ländern mehr als 5 Mrd. US-Dollar investiert - daß diese Summe die Situation der afrikanischen Bevölkerung nicht verbessert hat, ist allgemein bekannt, während auch bekannt ist, daß die Industrieländer sich an den dort getätigten Investitionen bereichern und die herrschenden weißen Minderheiten in Australafrika über Industrien, entwickelte Agrarwirtschaft und einen allgemein hohen Lebensstandard verfügen.

Die Vorherrschaft mächtiger Konsortien südafrikanischen, englischen und amerikanischen Kapitals ist ein Charakteristikum Australafrikas. Die wichtigsten Interessen gehören vier großen Gesellschaften, die in Zentral- und Australafrika operieren und deren Kapital insgesamt ca. 450 Mio. Pfund Sterling ausmacht. Es sind dies die Anglo-American Corporation of South Africa, Charter Consolidated (England), Selection Trust und Lonrho (England). Im Jahre 1965 beliefen sich die Nettogewinne, die diese vier Gesellschaften in der ganzen Welt machten, auf 26 Mio Pfund Sterling.(1) Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Charter Consolidated verdeutlicht die internationale Zusammenarbeit des Kapitals: H.F. Oppenheimer ist Präsident von zwei der Verwaltungsräte dieser Gesellschaften, der Anglo-American Corporation of South Africa und der Charter Consolidated. Chester Beatty, Präsident des Verwaltungsrates der Selection Trust, ist ebenfalls Mitglied des Verwaltungsrates der Charter Consolidated. Zugleich sind die Anglo-American Corporation und die Charter Consolidated beide große Aktionäre der Lonrho Ltd.(2)

---

1) Objectif: Justice, hrsg. Service de l'information des Nations Unies, vol. 2 no. 2, April 1970, S. 16
2) ebda., S. 17

II. Die Ausbeutung Namibias

Namibia kann zu den Ländern des südlichen Afrika gerechnet werden, die am stärksten von der Ausbeutung durch das internationale Kapital betroffen sind. Grund dafür sind die Anstrengungen Südafrikas, der ablehnenden Haltung einiger Länder und internationaler Organisationen gegenüber seiner Herrschaft über Namibia durch forcierte Investitionen entgegenzuwirken, mit dem Ziel, durch eine wirtschaftliche Integration Namibias eine Trennung dieses Landes von Südafrika unmöglich zu machen. Mit Bezug auf eines der größten Projekte, die gegenwärtig anlaufen, das von Portugal und Südafrika in Angola und Namibia durchgeführte Kunene-Staudammprojekt, schreibt die Financial Times: "The scheme will aid development there, and is a vital factor in South Africa's overall strategy in retaining her hold over the mandated territory." (1)

Das Interesse an Namibia veranlaßte Südafrika, die Reichtümer Namibias dem internationalen Kapital zu öffnen, in der Erwartung, daß die dort investierenden internationalen und mächtigen Firmen dann, um ihre dortigen Interessen zu schützen, Südafrika in seiner Namibia-Politik unterstützen werden. Das internationale Kapital seinerseits ist bestrebt, sowohl seine eigenen Investitionen in Namibia geschützt zu sehen, als auch die Position Südafrikas zu stärken, da Südafrika in seiner Funktion als Nebenmetropole als Wächter des Imperialismus im südlichen Afrika für Stabilität sorgt. (2)

Diese Interessenkongruenz führte zu

einem vermehrten Eindringen des internationalen Kapitals in Namibia. "Alle großen internationalen Firmen sitzen hier in Windhoek", erklärt der Bürgermeister dieser Stadt. (3)

Alle Regionen werden gründlich erforscht. Internationale Firmen führen zusammen mit der Verwaltung von Namibia das aus, was in den ersten zehn Jahren dieses Jahrhunderts von der deutschen Kolonialverwaltung an Dämmen, Elektrizitätsbauten, Bahnen und Fabriken geplant war. Allein für Forschungsarbeiten sind Ausgaben in Höhe von 25 Mio Dollar eingeplant. "Ein System, das sich rentiert. Denn seither sind viele neue Rohstoffvorkommnisse entdeckt worden, die Südwestafrika wahrscheinlich zum größten Rohstoffreservoir des afrikanischen Südens machen werden." (4)

Bodenschätze sind eine Voraussetzung für Investitionen, die jedoch nicht ausreichen würde, um das Interesse der internationalen Monopole zu wecken, wenn nicht die Übertragung des Apartheidsystems auf Namibis unverhältnismäßig billige Arbeitskraft zur Verfügung stellen würde. Die ausländischen Investitionen werden immer in arbeitsintensiven Industriezweigen getätigt, in denen die Arbeit (abgesehen von der Führungsarbeit) fast ausschließlich von Afrikanern bestritten wird. Ein afrikanischer Arbeiter bekommt einen Lohn – zwischen 24 und 63 Dollar im Monat –, der durchschnittlich unter dem Existenzminimum liegt, wenn man berücksichtigt, daß ein Afrikaner, der eine Familie von Durchschnittsgröße zu erhalten hat, mindestens 109 Dollar braucht, wenn seine Gesundheit nicht leiden soll. Ein weißer mine captain erhält einen Mindestlohn von 609 Dollar im Monat. (5)

Unter solchen Umständen fühlt sich eine Fachzeitschrift dazu veranlaßt zu schreiben: "Südwestafrika ist ein wahres Paradies für Mineraliensammler." (6)

Heute gibt es 44 ausländische Firmen in Namibia. Tabelle 1 gibt Aufschluß über die wichtigsten und ihre Verflechtung.

Seit 1965 veröffentlicht Südafrika keine amtlichen Zahlen mehr über Namibia, was eine Analyse der namibischen Wirtschaft erheblich erschwert. Es läßt sich jedoch dennoch feststellen, daß die Bergwerksindustrie den wichtigsten Wirtschaftssektor Namibias darstellt, und daß gerade hier sich das Hauptinvestitionsfeld des ausländischen Kapitals befindet. Von den 70 Mio Dollar in Fischerei, Bergwerken und Manufakturen investierten Überseekapitals gingen 60 % in den Minensektor, was auf die hohe Ertragsrate dieses Sektors zurückzuführen ist.

Der Wert der geförderten Mineralien betrug 1969 175 Mio Dollar, während die gesamten Investitionen der hier beteiligten Firmen wahrscheinlich unter 140 Mio Dollar liegen, was ein deutliches Zeugnis der Rentabilität dieses Industriezweiges ist. (7)

Der Durchschnitt der Überseeinvestitionen beträgt jährlich 75 Mio Dollar. Die Produktion ausländischer Gesellschaften macht 66 % des Bruttosozialprodukts Namibias aus, der Minensektor bestreitet allein 60 % des gesamten Exports. Die Gewinne und die an die ausländischen Angestellten der ausländischen Firmen ausgezahlten Gehälter führen dazu, daß 20 % des Bruttosozialprodukts das Land verlassen. (8)

Da die Investitionen besonders der Entwicklung dieser ertragreichen Industrien dienen und die Gewinne ins Ausland exportiert werden, ist nicht zu erwarten, daß die Investitionen der Verbesserung der Infrastruktur des Landes dienen können.

Zu berücksichtigen sind weiterhin noch

ÜBRIGENS..

wußten Sie schon,

daß diese Nummer beinahe nicht gedruckt werden konnte,

weil Sie so unregelmäßig Ihr Abonnement bezahlen?

Tabelle 1:

Verflechtung internationaler Konzerne in Namibia

A. Firmen, die gegenwärtig in Namibia Geschäfte tätigen

Charter Consolidated of the UK (30% of SWA Co. Ltd., 33% of Selection Trust Ltd.)

Consolidated Gold Fields Ltd. of the UK (2% of SWA Co. Ltd., 60% of Vogelstruisbult Metal Holdings Ltd., 37% of Kiln Products Ltd.)

Selection Trust Ltd. of the UK (14% of American Metal Climax, 14% of Tsumeb Corporation)

South West Africa Company of the UK (7.5% of Tsumeb Corporation, 25% of Tsumeb Exploration Co. Ltd. Controlled by Charter Consolidated 30%, Consolidated Gold Fields 2%, Vogelstruisbult Metal Holdings 29%, Anglo American 30%)

American Metal Climax Inc. of the US (29% of Tsumeb Corporation, 33% of O'okiep Copper Co.)

Navarro Exploration Company of the US (SWA subsidiary: Navarro Exploration Co. (Pty) Ltd.)

Newmont Mining Corporation of the US (29% of Tsumeb Corporation, 33% of O'okiep Copper Co.)

Falconbridge Nickel Mines of Canada. (SWA subsidiaries: Falconbridge of SWA (Pty) Ltd., Oamites Mining Co. Ltd.)

Anglo-American Corporation of S.A. (30% of SWA Co. Ltd., 100% of De Beers Consolidated Mines Ltd.)

De Beers Consolidated Mines Ltd. of S.A. (97% of Cons. Diamond Mines of SWA Ltd., 2.5% of Tsumeb Corporation)

Consolidated Diamond Mines of SWA Ltd. (83% of Marine Diamond Corporation, 91% of Orama Holdings, 53% of Sea Diamond Corporation, 66% of Tidal Diamonds of SWA, SWA Finance Corporation, Marmora Mines and Estates 100%)

Federale Volksbeleggings of S.A. (Controlling interest in Federale Mynbou/General Mining, Marine Products Ltd., and Suid Kumene Ltd. FM/GM and MP Ltd. control the Klein Aub Copper Co. Ltd. of SWA)

Iron and Steel Corporation of S.A. (Controlling interest in Uis Tin Mining Co. (SWA) Ltd. and Imcor Zinc (Pty) Ltd.)

B. Firmen, die gegenwärtig in Namibia prospektieren

British Petroleum Company of the UK (BP Development Co. of S.A. Ltd., joint exploration with Shell Exploration SWA (Pty) Ltd.)

Rio Tinto Zinc Corporation of the UK (Rio Tinto South Africa (Pty) Ltd., joint development with the S.A. Atomic Energy Authority and General Mining/Federale Mynbou)

Shell Company of the UK (Shell Exploration SWA (Pty) Ltd., joint exploration with BP Development Co.)

South West Africa Company of the UK (Joint minerals prospecting with the Tsumeb Corporation through the Tsumeb Exploration Company Ltd.)

Bethlehem Steel Corporation of the US (Exploration consortium in partnership with the Tsumeb Corporation. Bethlehem is a shareholder of the Newmont Mining Corp.)

Chevron Oil of the US (SWA subsidiary, Chevron Oil Co. of SWA has an off-shore lease plus a joint prospecting venture with Regent Petroleum SWA. Chevron is a subsidiary of Standard Oil of California)

Gulf Oil Company of the US (Gulf Oil Co. of S.A. has an off-shore lease)

H.M. Mining and Exploration Company of the US holds off-shore lease and prospecting rights in consortium with:

Syracuse Oils of the US. Woodford Oil and Gas Company of the US.

Nord Mining Corporation of the US (SWA subsidiary Nord Mining and Exploration (Pty) Ltd.)

Phelps Dodge of the US (Prospecting rights throughout N.)

Texaco of the US (Regent Petroleum SWA (Pty) Ltd. in consortium with the Chevron Oil Co. of SWA)

Tsumeb Corporation of SWA. (Newmont Mining/American Metal Climax controlling interest, prospecting in association with SWA Co. Ltd.)

United States Steel Corporation. (15% participation in the prospecting ventures of the Africa Triangle Mining, Prospecting and Development Co. (Pty) Ltd.)

Brilund Mines of Canada. (SWA subsidiaries, Etosha Minerals (Pty) Ltd., Etosha Petroleum Company)

Anglo-Transvaal Consolidated Investments of S.A. (Participates through the Africa Triangle, Mining Development Co. (Pty) Ltd. in exploration and prospecting)

Federale Volksbeleggings of S.A. (Controlling interest in FEDSWA, a minerals exploration consortium in SWA)

Johannesburg Consolidated Investment Company Ltd. of S.A. (Minerals exploration in consortium with Federale Mynbou/General Mining)

De Beers Consolidated Mines Ltd., of S.A. (Lease held through CDM of SWA, sub-leased to Chevron Oil and Texaco)

De Beers Oil S.A. Ltd. (SWA subsidiary De Beers Oil Holdings SWA (Pty) Ltd. has a joint prospecting venture with Societe Nationale de Petrole d'Aquitaine)

Societe Miniere et Metallurgique de Perranoya of Fr. (Wholly-owned subsidiary Vendrome S.A. (Pty) Ltd. carries out minerals exploration)

Societe Nationale de Petrole d'Aquitaine of Fr. (SWA subsidiary Aquitaine SWA prospecting venture with De Beers Oil)

Quelle: Peace News, London, Febr. 25, 1972

die hohen Beträge, die die ausländischen Firmen in Form von Steuern an den südafrikanischen Staat zahlen. Diese gehen seit 1969 direkt an die South Africa Treasury in Pretoria.

1970 nahm Südafrika von Namibia rund 145 Mio Dollar an Steuergeldern ein, von denen der weitaus größte Teil von den ausländischen Gesellschaften stammte. Der Bergwerkssektor allein trägt durchschnittlich mit 70 % zu den öffentlichen Einnahmen Namibias bei. Auf die Problematik der hohen Steuerabgaben ausländischer Firmen wird später noch einzugehen sein. Es sei hier bereits darauf hingewiesen, daß mit diesen Steuern das ausländische Kapital in hohem Maße dazu beiträgt, Südafrika in seiner Politik der Befestigung seiner Herrschaft über Namibia zu unterstützen.

Die intensive Ausbeutung des Landes läßt Experten schätzen, daß die Bodenvorkommen Namibias, sofern nicht neue entdeckt werden, in ungefähr 25 Jahren erschöpft sein werden. Dazu äußerte sich Herero-Chief Kapuuo: "Was wir fürchten, ist, daß wenn unser Land endlich die Freiheit erreicht hat, es seine ganzen Reichtümer an Mineralien verloren hat." (9)

Im folgenden werden die zwei größten ausländischen Gesellschaften analysiert, an deren Beispiel das oben Gesagte konkretisiert und verdeutlicht wird.

---

1) Financial Times, 23.7.69
2) Über die Rolle Südafrikas als Nebenmetropole siehe Eduardo Ferreira und Bernd Kalkum, "Der 'Dialog' oder Südafrika als Nebenmetropole", in: Neues Rotes Forum 4/71, Heidelberg 1971
3) Südafrika, Hrsg. Presse- und Informationsabteilung der Südafrikanischen Botschaft Köln, Nr. 2, Juli 1970, S. 19
4) ebda., S. 17
5) Objective: Justice, Quarterly Magazine Covering United Nations Activity Against Apartheid, Racial Discrimination and Colonialism, Vol. 4, No. 1, Jan./Febr./March 1972, S. 10
6) Blick durch die Wirtschaft, 4.9.1970
7) Rapport du Conseil des Nations Unies pour la Namibie, Dokument A/8024, New York 1970, S. 42
8) Rapport du Conseil des Nations Unies pour la Namibie, UNO-Dokument A/8424, New York 1971, S. 37
9) ebda.

II. Die "Consolidated Diamond Mines of SW Africa" (CDM)

Seit 1908 waren an der Südküste Namibias mehrere kleine Diamantengesellschaften entstanden, die sich in den Händen von Deutschen befanden. Diese verschiedenen Minen entlang der Küste wurden bald auf Betreiben von Ernst Oppenheimer und einem Direktor der Anglo-American Corporation, der südafrikanischer Finanzminister gewesen war, fusioniert und 1920 kauften sie den Deutschen für 3,5 Mio Pfund Sterling ihre "properties" ab. Die deutschen Gesellschaften des "Sperrgebietes" hatten angenommen, der Boden beginne Zeichen von Erschöpfung zu zeigen, nachdem 1912 durchgeführte Prospektionen zu keinem Ergebnis geführt hatten. Diese Vermutung sollte sich jedoch als falsch erweisen, denn nur einige Meter vom Prospektionsgebiet entfernt fanden sich später große Mengen Schmuckdiamanten von außergewöhnlichem Wert. Diese Konzessionsgebiete gehören heute der Consolidated Diamond Mines of South West Africa, Ltd. (CDM), die gegenwärtig mit Abstand die größte Gesellschaft Namibias und zugleich der größte Schmuckdiamantenproduzent der Welt ist. (1) Diamanten sind die wichtigste Ressource von Namibia und ihre Produktion ist fast vollständig von der CDM monopolisiert.

1. Struktur

Die CDM ist eine Filiale der De Beers Consolidated Mines of South Africa, ihrerseits Tochter der Anglo-American Corporation of South Africa. Nach eigenen Angaben verteilt sich das Grundkapital von De Beers folgendermaßen:

Südafrika	44 %
Kontinentaleuropa	27 %
England	25 %
andere Länder	4 %. (2)

Die De Beers und die Anglo-American Corporation haben beide denselben Präsidenten und die De Beers ist ebenfalls an den verschiedenen Gesellschaften der Anglo-American Gruppe beteiligt. Die De Beers, die südafrikanische Regierung und die Verwaltung von Südwestafrika haben jeder einen Vertreter in der Diamond Producers' Association, die das Weltmonopol für Diamanten kontrolliert.

Der zweitgrößte Diamantenproduzent Namibias ist die Marine Diamond Corporation, praktisch eine Tochtergesellschaft der CDM, da diese mit 83 % an ihr beteiligt ist. Allerdings verkündete die CDM im März 1971, sie wolle die Diamantenproduktion in den Gebieten der Marine Diamond Corporation, die zum Teil im Meer, zum Teil an der Küste liegen, einstellen. (3)

Außer an der Marine Diamond Corporation ist die CDM noch stark an anderen kleineren Diamantengesellschaften beteiligt, der Orama Holdings (91 %), Sea Diamond Corporation (53 %), Tidal Diamonds of South West Africa (66 %)

und Marmora Mines and Estates (100 %).

2. Arbeitskräfte

Die CDM beschäftigt ca. 4000 Afrikaner, vorwiegend aus dem Ovamboland. Die Bezahlung ist im Vergleich zu anderen Gesellschaften außergewöhnlich hoch. Der Mindestlohn beträgt ca. 38 Dollar im Monat, der Durchschnittslohn nach Aussage von De Beers rd. 60 Dollar. Dieser Faktor dürfte - ebenso wie die umfangreichen Sicherheitsvorkehrungen - zum Teil erklären, warum die CDM während der großen Streiks Ende 1971 relativ verschont blieb.

Das Leben der afrikanischen Arbeiter wird völlig von der Gesellschaft kontrolliert, nicht nur während der Arbeit - z.B. routinemäßige Röntgenkontrolle, Überwachung des Ein- und Ausganges aus der kontrollierten Zone - sondern auch außerhalb: elektrische Geräte wie Radios dürfen nur mit Genehmigung von Angestellten der Gesellschaft von einem Ort zu einem anderen transportiert werden, private Autos dürfen in der Stadt überhaupt nicht fahren, sie müssen außerhalb der Stadt in überwachten Garagen abgestellt werden, Familienausflüge am Wochenende dürfen nur unter Benutzung gesellschaftseigener Autobusse unternommen werden. (4) Unter diesen Umständen kann es nur zynisch gemeint sein, wenn ein Journalist, der dieses Gebiet besuchte, folgendes berichtet: "Im Bereich des romantischen Hafenstädtchens Lüderitzbucht trifft man auf viele geheimnisvolle Tafeln. Hinter ihnen beginnt das sagenumwobene Reich von Oppenheimers Diamanten (CDM), das der ostpreußische Landmesser August Strauch 1908 entdeckte. Es ist das Sperrgebiet, das die seltsamste und möglicherweise verschlossenste Stadt der Welt zum Mittelpunkt hat: Oranjemund. Wer den Süden von Südwestafrika überfliegt, sieht auf eine Mondlandschaft herab, die gelegentlich Erinnerungen an den Grand Canyon auslöst." (5)

3. Produktion

Die CDM hat bis zum Jahre 2010 gültige Förderungsrechte in einem Konzessionsgebiet von 220 Meilen Länge und 60 Meilen Breite im Süden Namibias und beherrscht aufgrund ihrer Beteiligung an der Marine Diamonds Corporation auch die Diamantenförderung vom Meeresgrund, die allerdings - wie eben erwähnt - 1971 eingestellt wurde. Zusammen mit der Tsumeb Corporation produziert die CDM 90 % der gesamten Metallproduktion von Namibia; die CDM allein bestreitet 95 % der Gesamtproduktion von Diamanten in Namibia und ca. 80 % von Südafrika. 1969 förderte die CDM 2.034.292 Karat; in dieser Zahl sind die 183.813 Karat der Tidal Diamonds of South West Africa enthalten. Hinzugerechnet werden müssen die 125.000 Karat der Tochtergesellschaft Marine Diamond Corporation.

Dem De Beers Bericht für 1970 zufolge förderte die CDM im Berichtsjahr 11 Mio t Gestein mit einem Ertrag von 1,7 Mio Karat Diamanten. Rund gerechnet liegt die durchschnittliche Karat-Ausbeute also bei 0,69 Karat pro t, obwohl, wie bekann wurde, De Beers 1971 Schritte unternahm, um die Förderung in Gebieten mit geringer Karatausbeute abzubrechen und somit den Gesamtdurchschnitt zu heben. Bestehen bleibt die Tatsache, daß aufgrund der absinkenden Karatausbeute bei CDM und der bevorstehenden Erschöpfung der Mwadin (Williamson) Mine in Tansania De Beers Bestand an Schmuckdiamanten einer bestimmten Größe im Abnehmen begriffen ist, und die dringende Notwendigkeit besteht, endweder den Markt mit Hilfe der Werbung an Schmuckdiamanten unter 1 Karat zu gewöhnen oder eine neue Diamantenquelle als Ersatz für CDM zu finden. Es läßt sich schwer sagen, welches der beiden Probleme leichter zu lösen sein wird. (6)

Aus diesem Grunde führte die CDM ein Entwicklungsprogramm zur Steigerung der Diamantenförderung durch, in das sie 25 Mio Dollar investierte. (7) Auch die Suche nach neuen Vorkommen wird intensiv betrieben. 1970 gab die CDM bekannt, neue vielversprechende Vorkommen seien entdeckt worden und Prospektionen großen Ausmaßes seien im Gange, um festzustellen, ob die Erschließung lohnend sei. Nach Meinung von Experten werden die Diamantenminen bei Beibehaltung des gegenwärtigen Ausbeutungsrhythmus in ca. 20 Jahren erschöpft sein.

4. Profite

Die Diamantenproduktion stellt in Namibia mehr als die Hälfte des Gesamtwertes der Mineralproduktion dar. Die Diamantenförderung ist die rentabelste der Industrien, die von ausländischem Kapital unterhalten werden. Die Förderung auf dem Festland ist dabei am lohnendsten - 1969 betrug die Relation zwischen Förderungskosten und Nettoprofiten 1 zu 4,6. (8)

Die Gewinne der CDM sind beachtlich; 1961 belief sich der Profit der Gesellschaft auf das Doppelte des gesamten namibischen Staatsbudgets. Obwohl die CDM mit einem Anfangskapital von nur rd. 15 Mio Dollar begonnen hatte, zählten die Einlagen ihrer Aktionäre 1962 knapp 170 Mio Dollar, während die Reserven bei 280 Mio Dollar lagen.

Die folgende Tabelle gibt Aufschluß über Profit und Dividenden für einige ausgewählte Jahre. 1969 betrugen bei einem Profit von 73,9 Mio Dollar die

Dividenden 33,5 Mio Dollar; diese gingen fast ausschließlich nach Südafrika. (9) In der Tabelle läßt sich außerdem das oben erwähnte Absinken der Produktivität im Jahre 1970 erkennen, das sich in einer Abschwächung des Gewinns niederschlägt.

Tabelle 2:
CDM-Profite und Dividenden

Jahr	Profite (in Mio Dollar)	Dividende (in %)
1946-49	-	40 plus 10 % Bonus jedes Jahr
1952-58	-	150
1959	46,5	200
1960	45,6	200
1965	55,6	-
1969	73,9	-
1970	47,3	-

Quellen:
First, a.a.O., S. 249
UNO-Dokument A/8398/Add. 1, a.a.O.,S.8
Objectif: Justice, a.a.O., S. 15

5. Steuerabgaben

In der nächsten Tabelle sind die Steuerbeträge aufgeführt, die die CDM bezahlt. Mitte der 60er Jahre machten die Steuerzahlungen der CDM die Hälfte des gesamten Steueraufkommens von Namibia aus. Dies zeigt, in welcher Machtposition sich die Gesellschaft gegenüber der Verwaltung des Landes befindet.

Tabelle 3:
Steuerzahlungen der CDM

Jahr	Steuerbetrag (in Mio Dollar)
1944-60	135
1959	14,1
1965	55,6
1969	47,2

Quellen:
First, a.a.O., S. 155 und 249
Objectif: Justice, a.a.O., S. 15
UNO-Dokument A/8024, a.a.O., S. 43

Wie weit die Macht der CDM geht, läßt sich an einem Zitat aus dem Jahresbericht der De Beers Consolidated Mines Ltd. für 1969 (10) ersehen. In seinem Bericht stellt der Präsident der De Beers fest, die Tochterfirma CDM seiner Gesellschaft habe dem Finanzminister von Südafrika gegenüber dagegen protestiert, daß die Gebühren, die sie für die Diamantenförderung zu zahlen habe, ohne vorherige Konsultation mit ihr erhöht worden seien. Weiter heißt es in dem Bericht: "Die Consolidated Diamond Mines hat - auf der Basis des Abkommens von 1913 zwischen dem Deutschen Reichsministerium für die Kolonien und der Deutschen Kolonialen Gesellschaft, deren direkter Nachfolger die South West Finance Corporation (100 % abhängige Tochter der CDM) ist - immer darauf bestanden, daß die Verwaltung die für die Diamantenförderung in Namibia zu zahlenden Steuern nicht ohne die Billigung dieser Gesellschaft erhöhen kann."

Es ist evident, daß die CDM als wichtigster Steuerzahler solchen Ausmaßes in Namibia als das Rückgrat der südafrikanischen Herrschaft über Namibia fungiert.

---

1) "Where the strikes have hurt most", in: African Development, a.a.O.
2) Objectif: Justice, April 1970, S.15
3) "Activités des interets étragers, economiques et autres ...", UNO-Dokument A/8398/Add. 1, 6. Dez. 1971, S. 8
4) First, Ruth, South West Africa, Penguin African Library, 1963, S. 155-166
5) Südafrika, a.a.O., S. 17
6) vgl. "Where the strikes have hurt most", a.a.O., S. 12
7) vgl. "Südafrika", no. 2, Juli 1970, S. 17
8) Rapport du Conseil des Nations Unies pour la Namibie, Dokument No. A/8024, S. 43
9) ebda.
10) zit. in: UNO-Dokument A/8398/Add. 1, a.a.O., S. 8-9

IV. Die Tsumeb Corporation, Ltd.

Im Jahre 1946 verkaufte die Custodian of Enemy Property für 1 Mio Pfund Sterling ihre Kupfermine bei Otavi, die 1908 mit deutschem Geld erschlossen worden war. Neuer Besitzer wurde die Tsumeb Corporation, ein gigantischer Komplex US-amerikanischer Minengesellschaften.

Heute ist die Tsumeb Corporation der sechstgrößte Kupferproduzent der Welt und kontrolliert die größte Bleimine in Afrika, gleichzeitig die zweitgrößte der südlichen Hemisphäre. Nach der Diamantenförderung ist die Tsumeb Corporation, gemessen am Produktionswert, heute der zweitwichtigste Faktor der Wirtschaft Namibias. Sie beherrscht den Sektor der Nicht-Edelmetalle der namibischen Bergwerksindustrie und liefert allein 80 % der Gesamtproduktion. Sie fördert Blei, Kupfer, Zink,

Vanadium, Zinn und andere Metalle. Ihre Produktion kommt aus der Hauptmine Tsumeb und den Bergwerken Matchless und Kombat, die 225 bzw. 68 Meilen von Tsumeb entfernt sind und die geförderten Erze zum Schmelzen dorthin bringen.

1. Struktur

Hauptaktionäre der Tsumeb Corporation sind ausschließlich nordamerikanische Bergwerksgesellschaften, darunter zwei, die gemeinsam die Aktienmehrheit besitzen (jeweils 29 %): die American Metal Climax, Inc. und die Newmont Mining Corporation. Andere wichtige Aktionäre sind: Selection Trust Co. (14 %), Union Corporation (9 %) und die O'Okiep Copper Company (9 %). Dieses Konsortium stellt die größten Investitionen der USA in Namibia. Der Vorsitzende des Direktoriums (chairman of the board of directors) der Tsumeb ist zugleich Chairman of the Board of Directors der American Metal Climax. Tsumebs geschäftsführender Direktor (managing director) ist Manager von O'Okiep und Vize-Präsident der Newmont Mining Corporation. "The directorships and presidencies of the companies go on doubling up on one another." (1)

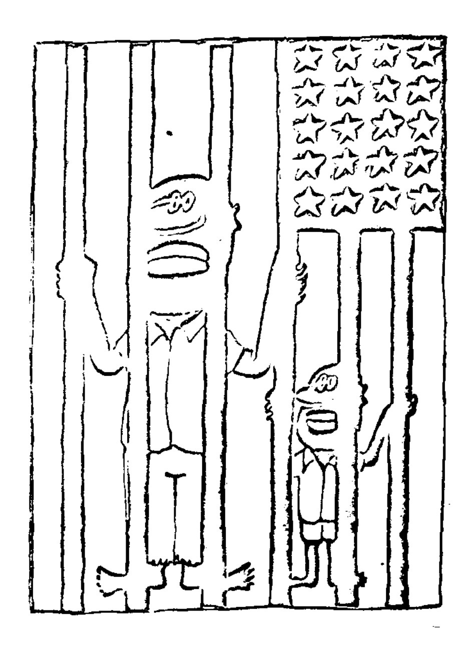
2. Arbeitskräfte

Von besonderer Bedeutung ist, daß die Tsumeb Corporation der größte Arbeitgeber Namibias ist. Sie beschäftigt in den drei Minen 5.000 Afrikaner (fast ausschließlich aus dem Ovamboland) und 1.200 Weiße. Der Durchschnittslohn für Afrikaner beträgt im Monat 28 Dollar, für die Weißen das Zehnfache. (2)

Es kann hier nicht auf die Arbeitsbedingungen in Namibia allgemein eingegangen werden, die einer internationalen Juristenkommission zufolge "Bedingungen nahe an der Sklaverei" sind. Es sei jedoch vermerkt, daß nach Ansicht des Rates der UNO für Namibia die Arbeitsbedingungen für Afrikaner bei der Tsumeb als besonders schlecht bezeichnet werden. (3) Die Arbeiter arbeiten auf engstem Raum zusammengedrängt, die Bedingungen sind ungesund. Der Minenkomplex ist von einer hohen Mauer umgeben. Auf Personen, die zu fliehen versuchen, wird geschossen. Hinter dem Komplex befindet sich ein Gefängnis für Befehlsverweigerer. Das gesamte Leben in der Stadt Tsumeb wird von der Tsumeb Corporation beherrscht: The corporation runs the town: water supplies, street lighting, road tarring, the hospital, the airfield, the meat and milk supply, the cemetery. (4)

Diese vollständige Beherrschung des Lebens der afrikanischen Bevölkerung wird von den amerikanischen Firmen als "Fürsorge" bezeichnet.

Die folgende Äußerung eines Spitzenmanagers ist charakteristisch für die Einstellung der Tsumeb Corporation gegenüber dem afrikanischen Arbeiter - und sie spricht für sich selbst: "Alle Modernisierung des Werkes hat nur dann einen Sinn, wenn auch unsere Arbeitskräfte, die vorwiegend aus dem benach-



barten Ovamboland kommen, geistig mitziehen. Deshalb wird hier vieles getan, um dem schwarzen Arbeiter das abstrakte Denken beizubringen." (5)

3. Produktion

Zusammen mit der Diamond Consolidated Mines of South West Africa fördert die Tsumeb Corporation 90 % aller ausgebeuteten Mineralien. Obwohl es sich dabei um hoch-komplexe Erze handelt (highly complex orebody), die entsprechend komplizierte Schmelzprozesse erfordern, hat sich die Förderung dieser Metalle (besonders die von Kupfer) in den letzten Jahren stark entwickelt. Die Nicht-Edelmetalle machen zwar nur 40 % des Wertes der Mineralienproduktion aus, doch nahmen dennoch Wert und Menge des produzierten Kupfers derart zu, daß dieses Metall nunmehr nach den Diamanten die zweite Stelle in der namibischen Wirtschaft einnimmt. Namibia ist heute einer der größten Kupferproduzenten der Welt. Sein Kupfervorkommen ist nach Meinung einiger Experten viel größer als das von Sambia, mit dem zusätzlichen Vorteil, daß es für den Export verkehrstechnisch günstiger liegt.

Zur Expansion der Kupferförderung investierte die Tsumeb Corporation 5,2 Mio Dollar in die Matchless-Grube bei Windhoek, die Mitte 1970 ihre Tätig-

keit aufnahm. Zu den wichtigsten Produkten dieser Grube gehören das Pyrit, ein schwefelhaltiges Eisenerz, das in Tsumebs Schmelzhütten verwendet wird. Dies ist für Südafrika von großer Wichtigkeit, denn bis dahin mußte dieses Metall importiert werden. Die Förderung dieses Metalls im eigenen Land trägt daher zur wirtschaftlichen Autarkie Südafrikas bei. (6)

Die folgende Tabelle zeigt die Produktion der verschiedenen Metalle durch die Tsumeb Corporation für die Jahre 1969 und 1970:

Tabelle 4:

Jahre	Blei (in t)	Kupfer (in t)	Zink (in t)	Gesamt (in t)	Gadmium (in pfd)	Silber (in Unzen)
1969	66.634	30.450	4.205	101.289	509.933	1.273.429
1970	72.060	29.406	8.700	110.166	693.845	1.229.160

Quelle: UNO-Dokument A/8398/Add. 1, a.a.O., S. 13

4. Profite

Anlagevermögen und Inventar der Tsumeb Corporation belief sich 1963 auf rd. 15 Mio Dollar. Seit der erneuten Inbetriebnahme 1946 wurde Grubengut im Wert von rd. 825 Mio Dollar gefördert. Die Nettogewinne beliefen sich 1958-1965 auf 103,6 Mio Dollar. Die Werte für Verkauf von Grubengut im jeweils ersten Halbjahr 1969 und 1970 sowie die erzielten Nettogewinne sind aus der folgenden Aufstellung ersichtlich:

Tabelle 5:

Jahr	Verkaufsertrag	Nettogewinn
	in Mio Dollar	
1969	58,9	15
1970	75,4	29

Quelle:
"Where the strikes hurt most", in: African Development, London, März 1972

5. Steuerabgaben

Im Durchschnitt zahlt die Tsumeb Corporation rd. 10 Mio Dollar im Jahr an Steuern. Bis Juli 1969 beliefen sich die von der Gesellschaft an die namibische Verwaltung gezahlten Steuergelder auf insgesamt rd. 125 Mio Dollar. Tsumeb-Direktor J.P. Ratledge weist darauf hin, daß sowohl die Durchführung der staatlichen "Entwicklungspläne als auch der Bau der strategisch wichtigen Hochstraße, die Kapstadt mit der Hauptstadt der portugiesischen Kolonie Angola, Luanda, verbindet, von den Steuergeldern der Gesellschaft finanziert wurden". (7)

Diese Angaben über Produktion, Gewinne und Steuerabgaben machen die Folgen der Präsenz des ausländischen Kapitals im heutigen Namibia deutlich. Die forcierte Förderung der Erzreichtümer führt zu einer Verarmung des Landes. Experten schätzen die Lebensdauer der Hauptgrube von Tsumeb auf nicht ganz 15 Jahre. Die Gewinne verursachen, weil sie ausländischen Firmen zufallen, eine entsprechende Kapitalflucht aus dem Lande und die Steuerabgaben tragen aufgrund ihrer beachtlichen Höhe maßgeblich zu der Finanzierung südafrikanischer Projekte bei, deren Ziel die Einverleibung Namibias ist.

---

1) First, a.a.D., S. 250
2) Hultman, Tami u. Kramer, Reed, Überblick über Ausmaß und Bedeutung nordamerikanischer Investitionen in dem unter weißer Herrschaft stehenden südlichen Afrika, Dokument Nr. 3 des Cunene Dam Symposium, Arnoldshain, Febr./März 1972, veranstaltet vom World Council of Churches
3) Rapport du Conseil des Nations Unies pour la Namibie, Dokument A/8424, S. 36
4) First, a.a.O., S. 154
5) vgl. "Südafrika", no. 2, Juli 1970, S. 18
6) Hultman/Kramer, a.a.O.
7) Reklame im Wall Street Journal, zitiert in Hultman/Kramer, a.a.O., vgl. ebda.

Eduardo de Sousa Ferreira, Heidelberg

Zu den Streiks in Namibia

Das Vorster-Abkommen ändert nicht an der Unterdrückung der Ovambos

Der Führer der South West African Peoples Organisation, Mr. Nathaniel Mahuiriri, sagte, daß beim dem Streik der 13.000 Ovambo Arbeiter in Namibia - trotz Einspruch der Vereinten Nationen immer noch Mandatsgebiet der südafrikanischen Regierung - keine politische Organisation nötig oder beteiligt war.

Die Gründe für den Ausstand waren elementar und instinkiv und,was seine Massenbasis beweist, echt und tief verwurzelt.

Unter der kollektieven Ungerechtigkeit und Erniedrigung in Form eines faschistisch-feudalistischen Kontraktarbeitersystem legten die Ovamboarbeiter, verstreut über die enorme Fläche eines der am wenigsten bevölkerten Länder der Welt ihre Arbeit nieder und gingen hunderte von Meilen nach Hause.

Der spontane Streil führte zu Minen- und Fabrikschließungen, traf Hotels, Krankenhäuser, Läden und Landwirte in den von Weißen kontrollierten Gebieten. Weiße Schuljungen wurden als Arbeiter herangezogen, um den Schienenverkehr aufrechtzuerhalten und Milch auszuliefern.

Bezeichnender Weise bekamen die Schüler 1o9 Rand im Monat - den Lohn festangestellter weißer Arbeiter-, während von dem festgesetzten Minimum für Ovamboarbeiter (6,5o Rand) kein Vater seiner Familie Nahrung, Kleidung und Schulbildung bezahlen kann.

Angesichts der verkrüppelten Wirtschaft in Namibia griff die südafrikanische Regierun g ein. Mit dem Ovambo Legislative Council, den die Regierung als ihr völlig untergeben betrachtet, wurde ein Abkommen beschlossen, daß die 42 Jahre alte Methode, Wanderarbeiter einzustellen, abändern sollte.

Das neue System sichert den Triumpf des großen Täuschungsmanövers nach dem Prinzip der Karotte, die dem Esel am Stock hängend vor das Maul gehalten wird, um ihn anzutreiben: die Ovambos werden ihre Arbeit"frei"wählen können und kleine Wohltaten wie bezahlten Urlaub bekommen. Natürlich ist die südafrikanische Regierung nicht an dem Los der Ovambos, sodern an ihrer Arbeit interessiert.

Die Arbeiter müssen jetzt eine schriftliche Einwilligung in Arbeitsbedingungen, Bezahlung und Vertragsdauer geben, und den Arbeitern, denen von ihren Unternehmen eine Abschrift mit Einzelheiten über Lohn, Stundenzahl, Überstunden und Zulagen gegeben wird,wird eine Kündigungsfrist gewährt. Dies aber ändert nichts am Unterdrückungscharakter des Systems.

Die Ovambos griffen das System an, weil er kein Mitspracherecht hatte, weder bei dem Vertrag in den er getrieben wurde, noch bei der Wahl seiner Arbeitsstelle. Das Ergebnis war statt eines Vertrags zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ein Vertrag zwischen der Rekrutierungsgesellschaft, der South West Africa Native Labour Association (SWANLA) und den Arbeitgebern.

Er haßte das System auch, weil es ihn für bis zu 18 Monaten von seiner Familie trennte und ihn von allen anderen Arbeitern in Namibia isolierte - den Hereros, Damaras und den anderen,die nicht dem Kontraktarbeitssystem unterlagen.

Und seine Würde wurde verletzt: In den SWANLA-Lagern mußte er auf Ziegelsteinen schlafen, vor der Einstellung hatte er sich der entwürdigenden Anal-Untersuchung zu unte werfen, deren medizinischer Zweck längst verloren war.

Auch jetzt haben die Ovambos nicht die volle Bewegungsfreiheit gewonnen, die sie suchten, und werden weiterhin über lange Zeit hin von ihren Familien getrennt sein. Ebenso haben sie nach wie vor nicht die Sicherheit, für ihre Arbeit nach Tarif bezahlt zu werden.

Alte Spannungen scheinen bei denen, die zu ihrer Arbeit zurückgekehrt sind und wieder in den selben Lagern leben, wiederaufzukommen, während in Ovamboland kürzlich mindestens acht Menschen bei Zusammenstößen mit der Polizei getötet worden sind.

Es kam zu Angriffen auf Stammeshäuptlinge und auf staatseigenes Gebiet. Der rassistische "Commissioner-General for the Indigenous People of South West Africa", Mr. J. de Wet hat zugegeben, daß die Brandtstifungs-, Panga- und Pfeil und Bogen-Aufstände darauf zielen, die Autorität im allgemeinen zu zerstören.

Das bedeutet, daß die Situation jetzt eine politische Tönung bekommen hat. Die Folgen sind weitreichend. Wenn der Konflikt nicht beseitigt ist, könnte die Wirtschaft Namibias, die von Südafrika ausgeplündert wird, zusammenbrechen; ohne die Arbeit der Ovambos kann sie nicht funktionieren.

In ähnlicher Weise wird die Wirtschaft von Ovamboland kollabieren; Wanderarbeit, sein Hauptexportgut, bringt im Monat etwa 5o.ooo Rand. Sollte das geschehen, würde alles möglich - mit internationalen Rückwirkungen.

Südafrika möchte wissen, ob die Rückwirkungen die Republik treffen werden, in der der bei weitem größte Arbeitgeber für

die Kontraktarbeiter der Bergbau ist. In ihm arbeitern mehr als 612.ooo ihrer Menschenwürde beraupte Schwarze, von denen wiederum fast zweidrittel in den Goldminen beschäftigt sind - dem wichtigsten Devisenbringer des Landes.

Ihr Durchschnittseinkommen beträgt 17 Rand pro Monat. Sie sind in Lagern untergebracht, schlecht ernährt und werden medizinisch nur dürftig versorgt.

Zum Vergleich: Das Monatseinkommen weißer Minenarbeiter beträgt 354 Rand ohne Vergütungen. Aber es gibt keine unmittelbare Bedrohung durch eine großangelegte Streikaktion.

Stammessolidarität - ein wichtiges Element im Ausstand der abgeschlossenen Ovambos - gibt es in den Minen nicht, weniger als einviertel der schwarzen Goldminenarbeiter sind Südafrikaner. Die anderen sind fremd, die meisten von ihnen wurden in entfernten Gegenden wie etwa Malawi angeworben.

Aber der Ovambo-Streik ist eine Warnung gewesen. Mit 7% im letzten Jahr war der Anstieg der Lebenshaltungskosten in Südafrika der höchste seit dem zweiten Weltkrieg. Gespeist durch Geldentwertung, Importbeschränkungen und eine auf 8oo Rand geschätzte Lohnerhöhung, die von weißen Arbeitern angestrebt wird, wird dieser Prozentsatz dieses Jahr mit Sicherheit noch übersteigen werden.

Den Schaden haben die schwarzen Arbeiter, denen die Möglichkeit, sich in Gewerkschaften zu organisieren, verwehrt ist.

Studentenproteste in Südafrika

In der Studentenzeitung der Johannesburg's Witwatersrand Universität erschien eine Karikatur, die einen in die Toilette pinkelnden kleinen Jungen zeigt, der fragt: "Pardon, sind Sie der Premierminister?"

Premierminister Vorster gab daraufhin dem englischen Herausgeber des Blattes 48 Stunden Zeit, das Land zu verlassen.

Dieser Vorfall ist ein Symptom für die wachsende Beunruhigung der faschistischen Regierung über den steigenden Widerstand der Südafrikaner. Nicht nur die schwarzen Afrikaner, die die Objekte skrupelloser Ausbeutung und Unterdrückung sind und deren Löhne weit unter dem Existenzminimum liegen, haben Grund, das Apartheidsystem zu bekämpfen; auch weiße Intellektuelle werden mehr und mehr von einem Unbehagen erfaßt. Dafür sind die Ereignisse der letzten Zeit ein deutliches Zeichen.

Kürzlich hatte der Präsident des Studentenrates der "schwarzen" Universität in Turfloop den Mut, öffentlich auf einer offiziellen Promotionsfeier das Apartheidsystem zu kritisieren; er wurde auf der Stelle relegiert. Die 1120 Studenten der Universität, die sich mit einem Sitz-Streik mit ihm solidarisierten, wurden gleich mitrelegiert.

Selbst die Stellenbosch-Universität, "Elite"-Schule der Nation, blieb von den Studentenunruhen nicht verschont. Dort sprachen Vertreter von Organisationen der Schwarzen vor vielen Studenten.

Die Universität Kapstadt veröffentlichte vor wenigen Tagen einen Forschungsbericht, der feststellt, daß weniger als ein Viertel der Afrikanischen Bevölkerung Kapstadts genug verdient, um das Existenzminimum zu erreichen. Diese Zahlen beweisen wieder einmal, warum die Südafrikanische Republik zu den Ländern mit der höchsten Profitrate der kapitalistischen Welt gehört. Der Verkauf der Arbeitskraft weit unter ihrem Wert, d.h. unter dem Lohn, der zur Reproduktion ihrer Arbeitskraft notwendig ist, ist die Voraussetzung dafür. Das Apartheidsystem ist lediglich der Überbau für diese ungeheure Ausbeutung, die es juristisch und militärisch absichert.

Folgerichtig versucht die herrschende Klasse, der wachsenden Unruhe durch eine Verstärkung des Unterdrückungsapparates Herr zu werden. Vor kurzem wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Bildung einer Polizeireserve vorschreibt, die vom Minister für Polizei im "Notfall" eingezogen werden kann.

(aus: Info des AStA der Uni Heidelberg, 14.6.1972)

Interview mit M. dos Santos (FRELIMO)

Interview des Aktionskreises Dritte Welt Dortmund mit Marcelino dos Santos, dem Vizepräsidenten der FRELIMO der Befreiungsbewegung von Mozambique

Frage:

Mr. Marcelinos dos Santos, Sie sind Vizepräsident der Frente de Libertacao de Mocambique, der Befreiungsbewegung von Mozambique. Ihre Organisation ist in unserem Land keine Unbekannte mehr. Die Entscheidungen des Ökumenischen Rates der Kirchen, Sie zweimal finanziell mit je 15 000 Dollar zu unterstützen und Ihr Kampf gegen Cabora Bassa haben viel Aufsehen erregt. Unser Interesse gilt daher der momentanen Situation in Mozambique. Haben Sie in der letzten Zeit große Fortschritte erzielt?

Antwort:

Die letzte Entwicklung des Befreiungskampfes in Mozambique ist ermutigend. Einerseits konnten wir die Guerilla ausdehnen, die neue Gebiete erobert hat. Der Kampf schreitet beständig voran. Die Ausdehnung des bewaffneten Kampfes ist für uns im Augenblick ein erster wichtiger Punkt. Darüber hinaus konnten wir die Stellung der Menschen in den befreiten Gebieten festigen.
Was will ich damit sagen?
Es handelt sich um den Kampf gegen die Militärposten, die die Portugiesen immer noch in den befreiten Gebieten haben, und die zerstört werden müssen, um die Portugiesen aus dem Land zu vertreiben. Dann müssen wir die Infiltrationsversuche der Portugiesen in die befreiten Gebiete total unterbinden, denn Portugal versucht immer noch, sie wieder zurückzugewinnen, und zwar mit großem Aufwand, der sich hauptsächlich in Bombenangriffen äußert.
Wie gehen sie vor?
Mehrere Tage bombardieren sie eine Gegend, um sie zu "reinigen", wie sie sagen. Danach bringen Hubschrauber Truppen, die in die Dörfer eindringen, die Bewohner massakrieren, die Felder verwüsten und sich in der Gegend festzusetzen versuchen. Es ist uns nun gelungen, all diese Versuche zunichte zu machen. Manchmal bleiben die Truppen ein paar Stunden, manchmal auch eine Woche. Wir konnten sie bisher jedoch immer wieder vertreiben.
Dieses sind die Hauptaspekte unserer militärischen Aktionen. Darüber hinaus ist es uns gelungen, die Verkehrswege fast vollständig zu blockieren, so die Straßenverbindungen zwischen Rhodesien und Malawi über Tete und die Eisenbahnlinie, auf der von Beira aus Material für Cabora Bassa nach Moatize transportiert wird. Der Fluß Sambesi wird ebenfalls von uns kontrolliert.

Wenn früher ein portugiesischer Güterzug für eine Strecke fünf oder zehn Stunden brauchte, so benötigt er heute zehn Tage. Den Zügen voraus fahren gepanzerte Waggons mit Soldaten. Die Züge sollen so vor Minen geschützt werden. Obwohl sie äußerst langsam fahren, explodieren sie doch.

Wie reagiert nun der Feind?
Stärker denn je nimmt der Feind die militärische Hilfe Südafrikas und Rhodesiens in Anspruch, die hauptsächlich in der Unterstützung durch Luftwaffe geschieht. Regelmäßig starten Düsenflugzeuge aus Rhodesien zu Luftangriffen nach Tete und kehren nach Rhodesien zurück, und rhodesische Hubschrauber kontrollieren am Sambesi. Eine weitere verschärfte Maßnahme stellt der Einsatz chemischer Waffen dar. Seit Ende März muß hauptsächlich die Provinz Cabo Delgado darunter leiden. Der größte Schaden wurde den Mais-, Süßkartoffeln- und Kürbiskulturen zugefügt. Portugal versucht, dieses kriminelle Vorgehen fortzuführen. Für die portugiesische Regierung bedeutet das ein Zugeständnis, nicht mehr in der Lage zu sein, die befreiten Gebiete zurückzuerobern. Sie zielen auf vollständige Zerstörung von Leben hin, indem sie die Ernährung unmöglich machen. Hieraus entsteht eine Aufgabe für unsere Freunde hauptsächlich in der westlichen Welt: Sie müssen diese kriminellen Akte öffentlich anprangern.

Auch im Gesundheits- und Schulwesen sind unsere Anstrengungen verstärkt worden. Wir haben mehr Schulen und mehr Grundschullehrer. Wir mußten der veränderten Lage durch die fortgesetzten Bombenangriffe Rechnung tragen. So haben wir viele Schulen als Internate gegründet, die die häufigen Ortswechsel erleichtern, da die gesamte Schule mit Schülern und Lehrern verlegt werden kann. Früher, wenn die Bevölkerung bei portugiesischen Angriffen flüchten mußte, lösten sich die Schulen oft auf, weil die Kinder ihren Eltern in andere Gegenden folgten. Die materielle Ausrüstung der Schulen hat sich ebenfalls verbessert. Schulen entwickeln sich nicht von heute auf morgen. Die Ausbildung der Lehrer wurde durch pädagogische Praktika und Tagungen verbessert.

Auf medizinischem Gebiet muß ebenfalls die verbesserte Ausbildung der Krankenpfleger und der medizinischen Hilfskräfte erwähnt werden. Auch in der Armee sind mehr Soldaten in Erster Hilfe ausgebildet. Die Krankenstationen konnten vermehrt werden. Die materielle Ausrüstung läßt jedoch noch zu wün-

schen übrig. Die Medikamente haben zwar an Menge zugenommen, da aber immer mehr Menschen die Krankenstationen in Anspruch nehmen und die Bevölkerung in den befreiten Gebieten zunimmt, ist das Vorhandene kaum ausreichend.

Fortschritte wurden auch in der gesamten Organisation unserer Bewegung erzielt. Die politischen und administrativen Strukturen haben sich gefestigt. Da die gesamte Aktivität gestiegen ist, vergrößert sich automatisch die Verwaltung. Unser Export hat sich erweitert: Die Ausfuhrprodukte sind die gleichen geblieben. Auf der anderen Seite importieren wir hauptsächlich landwirtschaftliche Geräte und Kleidung.

Frage:

In deutschen Zeitungen konnte man mehrfach lesen, daß FRELIMO Schwierigkeiten in den eigenen Reihen hat, und daß kleine Splittergruppen neben der FRELIMO bestehen. Stimmen diese Aussagen? Wenn ja, wirkt sich das negativ auf den Befreiungskampf aus?

Antwort:

Das ist falsch. Aber was geschieht? Oft gibt die portugiesische Regierung solche Informationen. Wiederholt wurde erklärt, FRELIMO habe sich aufgelöst, der Krieg sei beendet, die Freiheitskämpfer getötet oder auf der Flucht in Tanzania oder Sambia.
Tatsächlich aber breitet sich unser Krieg aus. Wenn von kleinen Gruppen gesprochen wird, so von solchen, die zwar aus Mozambiquanern bestehen, aber außerhalb des Landes agieren. Wir können diese Gruppen nicht bekämpfen. Aus Prinzip respektieren wir die Souveränität jedes Landes. Wir wissen aber, daß einige dieser Gruppen direkt von Portugal aus gelenkt werden. In jedem Kampf gibt es Verräter. Solange jedoch der Imperialismus und der portugiesische Kolonialismus bestehen, so lange wird es unmöglich sein, diese Gruppen zu eliminieren.

Frage:

Trotz des großen Engagements der FRELIMO, vieler kritischer Gruppen in Deutschland und den kritischen Berichten der liberalen Presse schreiten die Bauarbeiten am Cabora Bassa-Staudammprojekt voran. Offensichtlich haben die Anstrengungen zu keinem Erfolg geführt. Glauben Sie, daß es sich noch lohnt, die Anti-Cabora Bassa-Kampagne fortzusetzen? Und wie sollten Ihrer Meinung nach die FRELIMO-Solidaritätsgruppen fortfahren, Ihnen zu helfen?

Antwort:

Es stimmt, daß Portugal mit seinen Helfern den Bau fortführt. Ich würde aber dabei nicht von Erfolg sprechen. Die Aktion gegen Cabora Bassa ist heute schon viel weitgreifender, als man je erhofft hätte. Zuerst wird der Bau teurer, als er veranschlagt wurde. Einige an Cabora Bassa beteiligte Firmen haben auch schon Befürchtungen über die Zukunft des Staudammes geäußert und von ihren Regierungen gewisse Garantien gefordert. Unsere militärischen Handlungen werden fortgeführt, schon allein um die Entscheidung durchzuführen, die 1968 von uns gefällt wurde, daß nämlich Cabora Bassa nicht gebaut wird. Unsere Position bleibt die gleiche. Wir müssen nur die Bedingungen für ihre Durchführung schaffen.

Was sollten unsere Freunde also tun? Wenn wir die Hoffnung noch nicht verloren haben, so sollten auch sie durchhalten mit der gleichen Begeisterung.

Frage:

Herr dos Santos, Sie nehmen hier in Brüssel an einer Konferenz teil, die sich mit der Situation in Namibia befaßt. In Ihrer Rede unterstrichen Sie die Gemeinsamkeit Ihres Kampfes mit dem aller anderen Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika. Sie deuteten auch an, daß die einzelnen Befreiungsbewegungen untereinander von ihren Erfolgen abhängig seien. Was haben Sie mit Ihrer Aussage gemeint und wie beurteilen Sie unter diesem Aspekt die Situation im südlichen Afrika?

Antwort:

Wenn wir in Mozambique einen Sieg gegen den portugiesischen Kolonialismus erringen, so werden die kolonialen Mächte geschwächt. Das ist klar.
In Mozambique bekämpfen wir zwar die Truppen von Portugal, aber auch die von Südafrika und Rhodesien. Wer ist in Rhodesien? Smith natürlich, genauso wie in Tete. Vor ungefähr zehn Tagen noch hat Smith erklärt, der Kampf in Mozambique stelle eine Bedrohung für Rhodesien dar, und auch Vorster sagte, Südafrikas Grenzen befänden sich am Sambesi. Alle diese kolonialen und rassistischen Kräfte beeinflussen auch Mozambique.
In Namibia haben wir Südafrika und Rhodesien. Der gleiche Feind ist also überall. Also müssen wir uns solidarisieren. Wenn diese Feinde z.B. in Mozambique besiegt werden, so stellt das natürlich ebenso einen Sieg für Namibia oder Rhodesien dar.

Frage:

In diesem Monat wird die deutsche Bundesregierung aller Wahrscheinlichkeit nach einen weiteren Vertrag mit Portugal abschließen (Zitate vom Staatssekretär Haller, Okt. 71, Gespräch eines Mitarbeiters der Aktion Dritte Welt Dortmund mit Bundesminister Eppler am 25.4.72 in Köln, Bestätigung durch MdB

von Bothmer am 28.5.72 in Brüssel) über die Lieferung militärischer Ausrüstungsgegenstände an Portugal. Nach Aussagen von Bundesminister Eppler sollen diese Gegenstände, die im Rahmen der NATO-Verpflichtungen geliefert werden, auf keinen Fall in Afrika eingesetzt werden. Wie stehen Sie zu dieser Aussage und wie beurteilen Sie diese Entwicklung? Eine zweite Frage: Wie, glauben Sie, werden die schwarzafrikanischen Staaten auf eine solche Entscheidung der Bundesregierung reagieren?

Antwort:

Diese Tatsache war mir nicht bekannt. Ich kann nicht verhehlen, daß diese Maßnahme nur unsere Befürchtungen bestärkt, die wir immer schon gegen die BRD gehegt haben. Trotz einiger Erklärungen, die hier oder dort abgegeben wurden, stellt sich die BRD hinter die portugiesischen Kolonialisten. Jetzt muß es einmal deutlich gesagt werden:

Wenn die Nachricht wirklich stimmt, muß die Heuchelei öffentlich bloßgestellt werden. Als die Regierung Brandt gebildet wurde, erklärte man, die gegebene Wirklichkeit und gewisse Maßnahmen seien noch Auswirkungen der vorhergehenden Regierung, die man jetzt schwer ändern könne.
Aber jetzt ist es doch Brandt selbst, der diese Entscheidung trifft. Was müssen wir von einer Regierung denken, die heute eine Erklärung abgibt, der sie am nächsten Tag widerspricht. Wir müssen das einfach Heuchelei nennen, und zwar Heuchelei aus politischer Absicht, die den portugiesischen Kolonialismus unterstützt. Wir können nur sagen, daß im Falle einer Erneuerung des Vertrages mit Portugal Willy Brandt ein direkter Komplize der portugiesischen Verbrechen wird. Wir können noch hinzufügen, daß wir von Anfang an Recht gehabt haben. Es kann aber auch bedauerlich sein, Recht zu haben. Diese Information wird in Afrika mit großem Erstaunen aufgenommen werden. Die afrikanischen Länder und die OAU werden es nicht so einfach hinnehmen, getäuscht zu werden, selbst nicht von einer sozialdemokratischen Regierung. Wir können nur mit aller Kraft diese Absicht verurteilen, die, wie Sie sagten, in einem Vertrag wirksam werden soll.

Brüssel, den 28.5.1972

(Bericht: Baars, Sprinke)

Aktionskreis Dritte Welt
46 Dortmund-Hörde
Am richterbusch 6

Übersetzer gesucht

Für unsere Informationsarbeit ist es wichtig, Dokumente ausländischer Institutionen und Gruppen (Regierungsdokumente, UNO-Veröffentlichungen, Veröffentlichungen der Befreiungsbewegungen oder oppositioneller Gruppen) zu übersetzen. Dieser Aufgabe gerecht zu werden, übersteigt bei weitem die Möglichkeiten des Mitarbeiterstabs des iz3w. Hierbei bietet sich die Möglichkeit einer zeitlich ziemlich genau begrenzbaren Mitarbeit für Leute an, denen die Zeit zu einer aktiven Mitarbeit in einer Gruppe fehlt. Lesern, die zu einer solchen Unterstützung bereit sind, bitten wir, uns Adresse (wenn möglich mit Telefonnummer) und die Sprache mitzuteilen, in die oder aus der sie übersetzen möchten, vielleicht auch die ungefähre Zeit, die sie einmal oder regelmäßig dafür aufwenden können.

Solidaritätsadresse an die NUSAS

Die Aktion Dritte Welt schickte folgendes Solidaritätstelegramm an die südafrikanische Studentenorganisation NUSAS und an verschiedene südafrikanische Zeitungen:

"Liebe Freunde und Genossen, von eurem Protest gegen die Apartheid haben wir erfahren. Wir möchten euch unsere volle Solidarität mitteilen. Obwohl nur wenige Details in unserer Presse stehen, glauben wir, daß ihr und die progressiven Studenten in der Bundesrepublik Deutschland dieselben Ziele haben: Die Befreiung der Menschen aller Hautfarben von Unterdrückung und Ausbeutung. Unsere gemeinsamen Gegner sind die internationalen Großkonzerne, die von der Apartheid profitieren, besonders die westdeutschen Firmen wie Volkswagen, Siemens usw.

Wir bitten dringend um mehr Informationen über eure Streiks und Demonstrationen, damit wir hier eine breite Solidarität an den Universitäten, Schulen sowie in den Betrieben mit euch herstellen können.

Aktion Dritte Welt Freiburg"

Angola: Beschleuigter Ausverkauf

Während die Befreiungsbewegung Angolas, MPLA, allmählich ihre Positionen ausbauen kann (im Januar dieses Jahres wurde im Kunene-Gebiet an der Grenze zu Namibia eine sechste Front errichtet), geht der Ausverkauf der angolesischen Bodenschätze beschleunigt weiter. Einen Überblick darüber gibt der folgende Artikel, der der Zeitschrift der portugiesischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg "Portugal Report" Nr. 2/72 entnommen ist. Anzumerken ist noch, daß es sich bei der mehrmals in diesem Artikel erwähnten Companhia Mineira do Lobito um eine de-facto-Filiale des westdeutschen Krupp-Konzerns handelt, der dort mit Regierungsunterstützung (Entwicklungshilfesteuergesetz) an der Ausplünderung angolesischer Bodenschätze beteiligt ist. Weitere Informationen findet man dazu in der vom iz3w herausgegebenen Broschüre von Ruth First, Portugals Krieg in Afrika.

Erdölproduktion 1970 in Angola verdoppelt

Nach Angaben der Banco de Angola in ihrem „Jahresbericht 1970“ machte der Bergbau der Überseeprovinz Angola im Berichtsjahr wie schon in den Jahren zuvor bemerkenswerte Fortschritte: Der Produktionswert dieses Wirtschaftszweiges erhöhte sich um über 19% gegenüber dem Vorjahr auf umgerechnet 585 Mill. DM. Seitdem die Firmen Companhia Mineira do Lobito in Cassinga mit dem Abbau der Eisenerze und die Cabinda Gulf Oil 1969 mit der Erdölförderung begonnen hatten, erwartet der Bergbau Angolas eine rasche Expansion.

Allein die Erdölförderung stieg 1970 mengenmäßig bereits um 106 % gegenüber 1969 und wertmäßig um 93 % auf über 5 Mill. t bzw. umgerechnet 212 Mill. DM (vgl. Tabelle I). Die Produktionskapazität der Cabinda Gulf wurde dabei voll ausgelastet. Einen weiteren Anstieg der Erdölgewinnung verspricht sich das Unternehmen vor allem aufgrund einer stärkeren Erschließung der küstennahen Lagerstätten: Im Berichtszeitraum wurden dort zwei neue Bohrungen niedergebracht.

In Mittelangola meldete die Petrangol-Angol Association neun neue Bohrungen. Sie förderte im Norden von Benguela und Mulenvos ebenso wie im Vorjahr 640 919 t Rohöl.

Erfolgreiche Bohrversuche vor der Küste des Kongo gab die Petrangol-Angol Texaco Associated Companies bekannt. Dort wurde Ende 1971 mit neuen Untersuchungen begonnen, die zu großen Hoffnungen berechtigen. Im Kongo führte die Gesellschaft auf der Suche nach Erdöl außerdem mehrere seismische Testreihen auf einer Strecke von 872 km durch.

Tabelle I Erdölförderung in Tonnen		Tabelle II Diamanten- erzeugung in Karat	
1966	631.319	1966	1.268.140
1967	537.152	1967	1.288.501
1968	749.514	1968	1.667.133
1969	2.457.512	1969	2.021.532
1970	5.065.105	1970	2.395.552

Die Diamantenförderung stellte 1970 einen Rekord auf: Sie nahm mengenmäßig um fast 19 % auf 2,396 Mill. Karat zu. Aufgrund eines starken Preissturzes am Weltmarkt, der vor allem durch das Auftreten neuer Anbieter, zum Beispiel der Sowjetunion, hervorgerufen wurde, ist der Wert der Diamanten jedoch im Vergleich zum Vorjahr trotz der größeren Menge gesunken (vgl. Tabelle II) und zwar auf 207 Mill. DM (1969: 245 Mill. DM bei 2,02 Mill. Karat). Gleichzeitig ging der Prozentsatz der Diamanten, die geschliffen werden konnten, auf 65 (i. V. etwa 77) % zurück. Nach einem im Laufe des Berichtsjahres veröffentlichten Überblick hat die DIAMANG acht neue Diamantenvorkommen entdeckt, die auf insgesamt etwa 1,14 Mill. Karat geschätzt werden.

Auch die Eisenerzförderung ist 1970 beachtlich gestiegen: Sie erreichte bei einem mengenmäßigen Zuwachs von über 11 % und einem wertmäßigen von rund 22 % mehr als 6 Mill. t bzw. 161 Mill. DM (vgl. Tabelle III). Dieser Erfolg ist vor allem auf den Abbau der Erze im Cassinga-Gebiet, wo allein 1970 5,9 Mill. t gefördert wurden, zurückzuführen. 1970 unterzeichnete die Companhia Mineira do Lobito einen Fünfjahres-Vertrag mit zwei deutschen Firmen, die sich verpflichtet haben, in dieser Zeit insgesamt 1,5 Mill. t abzunehmen. Man beabsichtigt daher, die Förderung 1971 auf 6,5 Mill. t zu steigern. Auch die Prospektion in der Cassinga-Region erweist sich als vielversprechend: Bisher wurden neue Lagerstätten von etwa 19,5 Mill. t entdeckt, deren Erzgehalt einen hohen Konzentrationsgrad aufweist. Als besonders wichtig für die weitere Entwicklung des Unternehmens dürfte sich auch ein Vertrag erweisen, der die Energieversorgung durch das Werk in Matala (Südangola) sicherstellt. Die in einem langfristigen Investitionsplan vorgesehene Prospektion im Gebiet bei Cassala und Quitungo wurde bereits in Angriff genommen.

Tabelle III Abbau von Eisenerzen in Tonnen	
1966	790.548
1967	1.154.303
1968	3.218.212
1969	5.477.657
1970	6.090.888

Neben den oben erwähnten Bodenschätzen gibt es in Angola noch zahlreiche andere Vorkommen, die noch nicht oder erst in geringen Mengen abgebaut werden, für die aber bereits eine Konzession erteilt wurde, wie Manganerze, Kupfer, Phosphate, Kohle, Kalk, Pyrit, Columbit, Kieselerde, Kaolin, Feldspat, Quarz, bituminöse Substanzen und Guano. Zur Prospektion weiterer Lagerstätten gründeten die Empresa do Cobre de Angola mit der Société Anonyme du Chrome die Sociedade de Investigações Mineiras (Simeira). Die Sociedade Mineira do Cubango erhielt eine entsprechende Lizenz mit Sonderrechten; lediglich Diamanten, Erdöl, Kohle, radioaktive Erze und ähnliche Substanzen sind ausgeschlossen. Zum Abbau von phosphathaltigem Gestein wurden der Companhia de Fosfatos de Angola besondere Rechte eingeräumt.

Die Entwicklung einer neuen Kultur

Juli 1971 veranstaltete die UNESCO in Dar es Salaam ein Seminar über den "Einfluß des Kolonialismus auf den Künstler, seine Umwelt und sein Publikum in den Entwicklungsländern". Die FRELIMO war eingeladen, am Seminar teilzunehmen, und wurde durch die Genossen Armando Guebuza und Sergio Vieira vertreten. Im Folgenden drucken wir das von der FRELIMO im Seminar vorgelegte Papier.

Die Erfahrungen, die uns während der fünfhundert Jahre langen portugiesischen Kolonialherrschaft und während der schon sieben Jahre andauernden Befreiungskriegs und nationalen Wiederaufbaus zuteil wurden, haben uns in die Lage gesetzt, bestimmte Beobachtungen anzustellen und bestimmte Schlüsse zu ziehen. Obwohl wir uns auf den Fall Mozambique beschränken, sind wir der Auffassung, daß unsere Erfahrungen denjenigen anderer Länder, insbesondere Angola und Guinea-Bissau, ähneln.

Eine Kultur - und die Kunst ist eine der wesentlichen Ausdrucksformen der Kultur - ist zwangsläufig das Ergebnis der Werte und der Begriffe einer Gesellschaft. Genauer gesagt, sie ist Ausdruck der Begriffe und Werte der herrschenden Klassen, da sie ein Teil der existierenden Strukturen ist und diese zu rechtfertigen versucht.

Am Rande dieser "offiziellen" Kultur bemühen sich die Massen in unterdrückten Gesellschaften fast heimlich, eine andere, aus ihrer Revolte und ihrem Kampf entstehende Kultur zu bejahen. In den noch vom Feind kontrollierten Gebieten gibt es, wie in jedem Land vor einer Revolution, zwei Formen der kulturellen Unterdrükkung. Die traditionelle und feudale Kultur ist im wesentlichen auf einer metaphysischen Grundlage aufgebaut, wonach der Mensch der feindlichen Natur unterworfen ist, die ihm nur durch die Vermittlung der Geister Gottes Gnade erteilt. Sobald die Naturwissenschaft die Grundlagen dieser Lehre in Frage stellt, wird jene als Ketzerei abgelehnt. Es handelt sich hier um eine Stammeskultur, die sogenannte Fremdkulturen unterschätzt, leugnet, oder ihnen gar feindlich gegenübersteht. Die Frauen und die Jugend werden unterdrückt. Die Kunst, wie z. B. die Skulptur, ist das Monopol bestimmter Kasten oder eingeweihter Gruppen. Folglich zerstört diese Kultur die Initiative der Massen, und strebt danach, in einer in fortwährender Evolution begriffenen Welt wie eine isolierte, erstarrte, unveränderliche Insel zu bleiben.

Die traditionelle Kultur ist unserer rückständigen Agrargesellschaft angemessen, die keine Produktion für den Markt kennt. Sie ist ein Werkzeug zur ideologischen Rechtfertigung und zur Sicherung der veralteten Herrschaft der feudalen Schicht.

Andererseits hat die von einer technisch fortgeschrittenen Gesellschaft mittels moderner wirtschaftlicher Ausbeutung bewerkstelligte kolonialkapitalistische Kultur andere Fundamente und Ziele.

Ihr Hauptziel ist es, den kolonialisierten Menschen zu entpersonalisieren, ihn geistig zu kolonialisieren. An den wenigen Schulen wird den Kindern alles über die Erdkunde und die Geschichte Portugals beigebracht. Im Streben nach seiner intellektuellen Identität hat der Schüler keinen anderen Bezugspunkt als Portugal. Die Erdkunde Portugal ist seine räumliche Dimension, die portugiesische Geschichte seine zeitliche Dimension. Obwohl die Religion einen wichtigen Stellenwert bei der Unterjochung der Massen hat, spielen auch die Naturwissenschaften eine grundlegende Rolle, da sie die Methoden "verbessern", die zur Ausbeutung und Entfremdung der Massen dienen; die Kultur wird dabei zu einem zusätzlichen Apparat für die Unterhaltung und Freizeitgestaltung der ausbeutenden Schicht. Sie ist sogar eine Anti-Kultur, ein Mittel der Entmenschlichung. Zum Beispiel gibt uns der Kolonialismus, der uns einst den Missionspuritanismus brachte, nun den kommerziellen Sex. Diese Anti-Kultur will eindeutig eine unterworfene Gesellschaft schaffen, in der Egoismus und Korruption im äußersten Grade vertreten sind, um die kapitalistische und fremde Ausbeutung um so besser aufrechtzuerhalten.

Als das Problem und die Notwendigkeit einer Revolution, d.h. der Zerstörung einer Struktur, um eine andere zu etablieren, in unserem Lande einmal zutage traten, war es selbstverständlich, daß eine neue Kultur auch notwendig werden würde. Der Kampf zwischen Kulturen gehört zur Logik der Revolution.

Es handelt sich um eine dialektische Zerstörung, d.h. die alten kolonialen und traditionellen Gesellschaften werden verneint, indem sie transzendiert werden. Es ist selbstverständlich, daß all die positiven Werte der Vergangenheit - jene Kultur, welche fast heimlich im Volkskampf in unserem Lande und in der ganzen Welt geschmiedet wurde - in transzendierter Form übernommen und in die neue Wirklichkeit integriert werden.

Nationale Werte

Heute schaffen wir eine neue, nationale Kultur, die die Mikrokulturen der Stämme und die Anti-Kultur des Kolonialismus verneint und transzendiert, die die geographischen und historischen Dimensionen des ganzen Volkes einschließt, so daß die Massen von einer Region die Werte einer anderen Region als ihre eigenen annehmen. Die Gaza-Tänze sind in Cabo Delgado bekannt und werden dort getanzt; die Menschen von Niassa lernen die Rhytmen von Manica e Sofala und Tete kennen und entwickeln sie weiter; die Schnitzarbeiten der Makonde verlieren ihren exotischen, fremden Charakter und werden national. Alle haben Monomotapas historischen Widerstand zu eigen gemacht, und der Bauernaufstand von 1960 in Mueda ist zum Widerstand der ganzen Bauernschaft Mozambiques geworden.

Diese Kultur zieht eine klare Scheidelinie zwischen dem Alten und dem Neuen, sie kämpft, um neue Werte einzuführen, und sie lehnt die Werte des kolonialen Kapitalismus und der feudalen Tradition ab.

In diesem Sinne schafft unsere Kultur einen Sinn für Verantwortung und für kollektive Mitwirkung, erhöht den Stellenwert der manuellen Arbeit, löst die schöpferische Energie der Massen aus und beendet die Unterdrückung der Frauen und der Jugend.

In dieser Hinsicht meinen wir, daß der Funke der künstlerischen Kreativität aus dem Zusammenschmelzen der Intelligenz und des Empfindungsvermögens mit der Arbeit und dem Boden entspringt. Indem unsere neue Kultur die revolutionären Werte des Volkes zu eigen macht, ist sie gleichzeitig weltumfassend und national, weil sie ein Teil des Kampfes der gesamten Menschheit um soziale und kulturelle Freiheit ist.

Die Rolle des Künstlers muß in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Bei der 2. Konferenz unserer Abteilung für Erziehung und Kultur erteilte unser Präsident Genosse Samora Machel allen im Bereich der Erziehung und Kultur Arbeitenden folgende Losung:

ERZIEHT DEN MENSCHEN, DEN KRIEG ZU GEWINNEN, SCHAFFT EINE NEUE GESELLSCHAFT UND ENTWICKELT DAS LAND.

Unser Platz als Künstler ist nicht in Bibliotheken und Museen. Es ist nicht unsere Rolle, auf Monumenten in der Mitte öffentlicher Plätze zu stehen; wir dürfen dort nur stehen, wenn das Volk dort Freiheit geschaffen hat. Wie der Held, muß der Künstler den Werten und der Empfindung des kämpfenden Volkes konkrete Form verleihen. Wir arbeiten nicht für eine Luxuskultur: unsere Kunst, unsere Kultur erhebt sich aus unserem Engagement im alltäglichen Leben. Unsere Kunst wächst mit dem Mais, den wir in den Genossenschaften anbauen, mit den Erwachsenen und den Kindern, denen wir das Lesen und Schreiben beibringen, mit den feindlichen Stützpunkten, die wir zerstören. Da unsere Kunst revolutionär ist, lebt uns stirbt sie mit der Praxis. Unser Theater, unsere Musik, unsere Lieder, unsere Skulptur, unsere Malerei, unsere Literatur, alles wird mit der aktiven Teilnahme der Massen geschmiedet, ohne jene Verzerrung, die durch den Gegensatz zwischen der Öffentlichkeit als Objekt und dem Schöpfer als Subjekt entsteht.

Die Rolle der Partei

Der Gegensatz zwischen einer Öffentlichkeit als Objekt und einer schöpferischen Öffentlichkeit wird dann gelöst, wenn der Künstler sich der politischem Formation anschließt, die das Volk dahinführt, die Gesellschaft umzuwandeln, oder wenn er seine Tätigkeit mindestens als eine Aufgabe betrachtet, die mit dem revolutionären Prozeß der Umwandlung verbunden ist. Dies bedeutet nicht, daß die Partei den Künstler durch Verwaltungsmaßnahmen leitet. Im Gegenteil, die Partei setzt die grundlegende ideologische Definition, ohne die der Künstler sich in der Ästhetik isolierte und von den Problemen des Volkes und seinem konkreten Kampf entfernt bliebe. Die Echtheit des Künstlers ist also in der Übereinstimmung zwischen seiner schöpferischen Arbeit und seinem Leben in seiner Integration mit den Massen zu finden.

In diesem Zusammenhang nimmt die Ausdrucksform, da sie mit echtem Inhalt verbunden ist, ihre wahre Bedeutung als Mittel zur Mitteilung der Empfindung an. Die Form wird zu einer zarten, frischen Haut, die einen harmonischen Körper umschließt. Alle ästhetischen Versuche verwandeln diese Haut in einen schlaffen, leeren und abstoßenden Gegenstand.

Die Sprache bereitet ein besonderes Problem, weil die Kultur eine sprachliche Basis benötigt, um sich ausdrücken zu können.

Es gibt keine Mehrheitssprache in unserem Lande. Eine der Sprachen als nationale Sprache zu wählen wäre zum jetzigen Zeitpunkt willkürlich und könnte ernste Folgen nach sich ziehen. Darüber hinaus ermöglichen uns die verfügbaren technischen Mittel und das vorhandene Personal noch nicht,

(Fortsetzung auf Seite 52)

Basil Davidson
Rom

Afrika: vom Reformismus zur Revolution

Gibt es heute in Afrika eine „revolutionäre Situation": in der objektiv die Bedingungen herangereift sind für einen großen Sprung vorwärts in dem langen Prozeß des Übergangs von den präindustriellen oder kolonialen Strukturen zum Sozialismus? Stehen wir heute vor dem Ende der ideologischen Isolierung Afrikas?

Auch bei bürgerlichen Beobachtern herrscht die Ansicht, die afrikanische Gesellschaft befinde sich in einer Krise nie zuvor gekannten Wesens und Ausmaßes. In diesen postkolonialen Jahren der „politischen Unabhängigkeit" fällt eine Illusion nach der anderen, werden die gebildeten Eliten der neuen „nationalen Bourgeoisie" korrumpiert und diskreditiert, während Frustration und Leiden der bäuerlichen und auch städtischen Massen wachsen und führen zu gewaltsamen Verzweiflungsausbrüchen.

Zum erstenmal in seiner Geschichte erlebt Afrika eine starke, wachsende Spannung zwischen Produktionsweise und Bevölkerungswachstum. In den zwei Jahrtausenden Zivilisation der Eisenzeit fanden die Afrikaner für ihren riesigen, schwierigen Erdteil Produktionsweisen und entsprechende Gesellschaftsstrukturen, die imstande waren, die in ständigem Wachstum befindliche Bevölkerung — bis auf wenige Ausnahmen — ausreichend mit Lebensmitteln und anderen Gütern zu versorgen; eine Bevölkerung, die sich auf alle bewohnbaren Gebiete ausbreitete und schätzungsweise von drei oder vier Millionen zu Beginn der Eisenzeit auf 150 Millionen oder mehr am Vorabend der Kolonialzeit angewachsen war[1]).

Dieses Gleichgewicht bei stetiger Entwicklung existiert nicht mehr. Heute übertrifft die Rate des Bevölkerungswachstums bei weitem die Wachstumsrate der Produktion von Nahrungsmitteln und anderen notwendigen Gebrauchsgütern. Im Rahmen der bestehenden Strukturen scheint heute die Mehrheit der afrikanischen Völker von einer drastischen Senkung ihres ohnedies sehr niedrigen Lebensstandards und obendrein von chronischer Teuerung bedroht zu sein.

Die bürgerlichen Kritiker dieser Entwicklung setzten ihre Hoffnungen auf einheimische Eliten — natürlich unter kapitalistischer Hegemonie. Aber diese Eliten haben offenkundig versagt — wie es in Anbetracht der kapitalistischen Hegemonie unausbleiblich war; alles, was geblieben ist, sind autoritäre Militärregimes, die auch orthodoxen kapitalistischen Kritikern wenig zusagen. Einige suchen Trost in dem Argument, die Krise Afrikas sei letztlich keine der Institutionen, sondern Folge natürlicher Gegebenheiten: sie nehmen Zuflucht zum Rassismus.

Auch in der revolutionären Bewegung herrscht große Verwirrung. Sie entspringt einer zu begrenzten Sicht der afrikanischen Realität und ihrer Besonderheiten sowie der häufig anzutreffenden Tendenz, außerafrikanische Theorien mechanisch zu übertragen. In den Worten eines der sachkundigsten Sprecher Afrikas: „Die ideologische Defizienz, um nicht zu sagen der totale Mangel an Ideologie in den Befreiungsbewegungen, die Unkenntnis der historischen Realität, die diese Bewegungen verändern wollen — ist eine der Hauptschwächen unseres Kampfes gegen den Imperialismus, vielleicht die größte von allen"[2]).

Revolutionäre Umgestaltung kann nur schöpferische Modifizierung der Aktionen und Reaktionen der Vergangenheit sein; Afrika ist keine „tabula rasa", auf die man bloß die revolutionären Erfahrungen anderer Völker schreiben müsse, um eine wirksame Anleitung zum Handeln zu haben; das wäre revolutionärer Paternalismus. Die Afrikaner werden ihre Revolution entweder auf ihre Weise machen oder gar nicht.

Schon die vorkolonialen Staaten leisteten Widerstand. Die Aschanti-Könige z. B. führten sieben Feldzüge gegen die britischen Invasoren. Manche dieser Kriege der Selbstverteidigung waren große Unternehmungen, einheitlich und mit dem Mut der Verzweiflung durchgeführt. Hiezu zählen die Erhebungen der Ndebele und der Shona in Rhodesien, der Hereros und Namas in Südwestafrika, der Maji-Maji in Tanganjika und andere ähnlichen Ausmaßes und Charakters. Alle diese Revolten führten zu harten Kämpfen und forderten großen Einsatz europäischer Truppen.

Beim Aufstand der Shona entwickelten deren Häuptlinge, besonder die Orakelpriester der Mweri und Kagubi, gegen Ende 1896 ein Programm, das in Verbindung mit der Ablehnung der weißen Oberherrschaft auch die Forderung enthielt, „die Quellen des Reichtums und der Macht auf dem Boden Afrikas müßten von den Afrikanern kontrolliert werden"[3]).

Die Widerstandsbewegung gegen den Kolonialismus begann, wenngleich tastend und noch im Rahmen der traditionellen Ideologie, ihre eigene Form der Anpassung an die moderne Welt zu finden. Der Krieg in Südwestafrika enthüllte ein analoges Phänomen, diesmal auf militärischem Gebiet: die Führung eines Guerillakrieges unter Jacob Morenga, den Drechsler als „neuen Typus eines afrikanischen Führers", zum Unterschied von den traditionellen Häuptlingen, bezeichnet[4]).

Eine lange Reihe von Kämpfen, die man als Übergang zum modernen Befreiungskrieg bezeichnen kann, enthüllen mehr oder minder klare ideologische Positionen im Zusammenhang mit den traditionellen Grundlagen afrikanischen Denkens und Handelns, aber auch im Zusammenhang mit der ideologischen Umstellung von den traditionellen Religonen auf das **Christentum** (die entsprechende Umstellung auf den Islam ist nicht, oder nicht mehr, von großer Bedeutung). Besonders klar sieht man diese Umstellung in Südafrika nach Nichterfüllung der Prophezeiung Mhlkazas für 1859: daß die Vorfahren der Xosa zurückkehren und die europäischen Eindringlinge vertreiben würden, während die Xosa durch Magie in den Besitz der europäischen Güter gelangen sollten. Nach dieser Katastrophe — eine solche war es, da die Xosa 150.000 bis 200.000 Stück Vieh als Opfer für die Ahnen geschlachtet hatten — kam der Aufstieg der christlichen Kirchen und die Herausbildung eines afrikanischen Klerus.

Es folgte die Entwicklung des **Äthiopismus,** dieser „verderblichen Revolte gegen die europäische Führung", **wie der weiße südafrikanische Historiker Theal ihn nennt. Der Äthiopismus hat dem afrikanischen Christentum einen Großteil seiner besonderen Färbung und seiner politischen Ziele gegeben. Er verbreitete sich in der einen oder anderen Form in vielen Kolonien; man kann von einer „formlosen äthiopistischen Internationale" sprechen, wie Shepperson sagt[5]). Berühmte religiöse Führer neuen Types betreten die Bühne: Nehemia Tile in Südafrika, John Chilembwe in Nyasaland**

(Malawi), Simon Kimbangu im westlichen Kongo, Simao Toco in Angola. Es sind Männer, die eine von Gott gegebene Unabhängigkeit suchen, eine religiöse Lösung, die der Form nach neu ist, aber auf der Linie der traditionellen Postulate afrikanischer Religion liegt.

Aus dieser dissidenten Religion entwickelt sich nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs und dem fernen Widerhall der Oktoberrevolution eine dissidente Politik, wenngleich Religion und Politik noch eine Zeitlang eng miteinander verbunden bleiben. „Nachdem die Menschen mit dem Christentum eine afrikanische Deutung für das geistliche Leben der Europäer gefunden hatten, begannen sie sich auch eine afrikanische Interpretation für deren weltliche Angelegenheiten zu schaffen. Sie verlegten ihre Dissidenz aus der religiösen in die weltliche Sphäre. Durchaus nicht unbedingt an eine Elite gebunden, tritt etwas in Erscheinung, das man **Protonationalismus** nennen könnte"[6]. In Kenya z. B. schlagen Anfang der zwanziger Jahre Harry Thuku und der Kikuyu-Jugendverband eine rein politische Note an, die in den folgenden Jahren wachsende Resonanz findet.

1964 hatte der größte Teil Afrikas nominell die politische Unabhängigkeit gewonnen, die afrikanischen Kolonien hatten sich in ebenso viele neue Staaten verwandelt. Aber dieser Prozeß spielt sich nicht im leeren Raum ab. Das nationalistische Afrika verdankt seine Gestalt seiner eigenen Dynamik, aber auch dem Druck der Kolonialmächte. Die größte davon, Großbritannien, hatte spätestens 1951 die Notwendigkeit wichtiger Reformen des politischen Regimes erkannt (wenngleich dieser Erkenntnisprozeß ungleichmäßig, erratisch verläuft); die meisten anderen Kolonialmächte folgten nach. Daraus ergab sich die mehr oder minder bewußte Politik der Imperialisten, die Herausbildung von **Eliten** zu fördern, welche die Macht von den Kolonialherren übernehmen und in deren Interesse gebrauchen sollten. Die Engländer nennen diese Politik „Formierung einer verantwortungsbewußten Mittelklasse". Die Franzosen sprechen gewöhnlich von „interlocuteurs valables", geeigneten Gesprächspartnern. Die Belgier denken ungefähr gleich. Die politische Unabhängigkeit wird zum Erbgut zahlenmäßig kleiner Gruppen von Gebildeten, die sich die Sprache des europäischen Nationalismus angeeignet haben und jede Gelegenheit wahrnehmen, die von ihnen regierten Länder in Form und Inhalt den Metropolen anzugleichen.

Dieser „Reformismus" zielt auf Verewigung der Kolonialstrukturen unter afrikanischer Führung. Er kann die realen Probleme nicht lösen. Er verwandelt europäische Bürokratien in afrikanische, aber das vertieft nur die Kluft zwischen den Herrschenden und den Massen: die „**nationale Bourgeoisie**" bereichert sich und macht sich beim einfachen Volk umso unbeliebter, je kleiner sie zahlenmäßig ist. **Kaum hat die Nationalflagge die Kolonialflagge ersetzt, beginnen die Massen sich gegen ein System aufzulehnen, das sie immer mehr als Betrug zu ihrem Schaden betrachten.** Es ist für sie kein großer Trost, daß die Herrschenden nicht mehr Weiße, sondern Schwarze sind. Ihr Leben bleibt, wie es war, oder wird noch schlechter, infolge Ineffizienz und Korruption der neuen Herren.

Die Folge ist ein breites Spektrum neuer Widerstandsbewegungen, sei es im traditionellen Rahmen der sogenannten „Stammeskonflikte", sei es in Form moderner Hexenjagden, in neuen Formen dissidenten Christentums oder in neuen Formen wie die Rebellion im Kongo 1964. Die enttäuschten Menschen suchen die wahre Unabhängigkeit. So entsteht Mitte der sechziger Jahre der ideologische Wandel vom Reformismus zur **Revolution**, oft verhüllt und widersprüchlich: die Mulele-Revolte 1964 im Kongo bei den Pende und Kasai war z. B. eine merkwürdige Symbiose von maoistischer Guerilla und traditionellem Magieglauben.

Jedenfalls ist unbestreitbar, daß ein neuer Führungstypus entstanden ist, mit neuen Zielen und einer neuen Interpretation der afrikanischen Realität. Soweit sich ihr Klassencharakter eindeutig feststellen läßt, ist die neue Führung häufig **„kleinbürgerlich"**. Ihre Hauptexponenten entstammen gewöhnlich jenen Sektoren der erst vor kurzem urbanisierten Gesellschaft, die weder „Bourgeois" noch „Arbeiter", weder „Elite" noch „Proletariat" im herkömmlichen Sinne sind.

Die Ironie der Geschichte will es, daß heute gerade die Völker der portugiesischen Kolonien — die am längsten und meisten unterdrückten, am wenigsten „entwickelten" — nach Jahrzehnten des Schweigens für eine radikale soziale Umwälzung kämpfen. 1959 proklamierte die PAIGC (Befreiungsbewegung Portugiesisch-Guineas) die Revolte, war jedoch vorsichtig genug, erst 1963 den Kampf aufzunehmen; 1961 brach in Angola ein spontaner Aufstand aus; 1964 erklärte sich die FRELIMO in Mozambique für den Weg der PAIGC. Im Übergang vom Reformismus zur Revolution scheint die PAIGC den Eintritt ins Stadium ideologischer und organisatorischer Reife zu verkörpern. Zugleich demonstrieren diese Bewegungen und Ereignisse die Spezifik der afrikanischen Bedingungen, zu denen auch gehört, daß städtische Gruppen, die man generell als „kleinbürgerlich" bezeichnen könnte, eine führende Rolle spielen.

Möglicherweise wird man einmal die Entwicklung der PAIGC als entscheidenden mikrokosmischen Faktor für die afrikanische Zukunft bezeichnen: mikrokosmisch, weil Guinea nur halb so groß ist wie die Republik Irland und nicht einmal eine Million Menschen zählt. Aber es ist ein Indiz für die notwendige Verbindung zwischen der revolutionären Erneuerung in Afrika und jener in der übrigen Welt. Wenn die Oktoberrevolution, in ihrer universellen Bedeutung für die „Verdammten dieser Erde", Fortsetzer im heutigen Afrika hat, so sind sie zweifellos in der PAIGC und in einigen ihr verwandten Bewegungen in Südafrika zu suchen. Die PAIGC operiert in ihrem fernen Küstenstreifen, bis vor kurzem der Außenwelt kaum bekannt, hinter einer Barriere von Sümpfen, Urwäldern und braunroten Steppen; dort findet man eine konsequente und siegreiche Anwendung revolutionärer Gedanken und Methoden, die das Produkt allgemeiner theoretischer Konzepte und zugleich der spezifischen lokalen Realität sind. Die PAIGC hat als politische Grundauffassung, in den wenigen programmatischen Erklärungen mehr oder minder ausdrücklich formuliert, **daß die nationale Befreiung auch soziale Revolution sein muß, wenn sie nicht mit einer Niederlage enden soll.** Unter „Revolution" verstehen diese Guerilleros, die heute bereits einen großen Teil ihres Landes von der Kolonialmacht befreit haben, nichts Vages und Allgemeines. Sie präzisieren sie als a) totale Erneuerung der sozio-ökonomischen Struktur vom Dorf aufwärts, b) Beteiligung der Massen an diesem Erneuerungswerk in Form täglicher Aktionen und Initiativen, Aufbau

„Kein großer Trost, daß die Herrschenden nicht mehr Weiße, sondern Schwarze"

„von unten", ausgehend von den Möglichkeiten der Bauern und im Rahmen einer ideologischen Struktur, die sich eindeutig von Glauben und Tradition der Vergangenheit entfernt hat. Das ist nicht mehr die mehr oder minder mechanische Anwendung außerafrikanischer Erfahrungen, und auch nicht der Glaube an magische Formeln und Beschwörungen. Es ist die Entwicklung eines revolutionären Programms für Krieg und Frieden, das von einem universellen wissenschaftlichen Ausgangspunkt zur spezifischen, konkreten Realität gelangt[7]).

Trifft dies zu, so sind wir Zeugen einer höchst bedeutsamen Entwicklung: Verbindung zwischen der progressiven Bewegung in Afrika und jener in der übrigen Welt, afrikanische „Einbürgerung" jener Denk-, Deutungs- und Handlungsweisen, die im letzten halben Jahrhundert so große Veränderungen auf der ganzen Welt bewirkt haben.

Das genügt, um zu zeigen, daß in Afrika eine neue Lage entstanden ist. Natürlich befindet sich die „Einbürgerung" noch im Anfangsstadium. Ein großer Teil der afrikanischen Völker muß erst zu einem klaren Verständnis der Notwendigkeit neuer Institutionen gelangen. Es ist nicht leicht, die Welt zu ändern, aber es ist notwendig und möglich. In Afrika wird heute diese Notwendigkeit und Möglichkeit klar. Und sie wird noch klarer werden, je mehr in den kommenden Jahren die immer tiefere Krise Afrikas ihre Wirkungen zeitigen wird.

---

[1]) Schätzungen der Bevölkerungsentwicklung in Afrika von der Steinzeit bis zum Anfang der Eisenzeit: M. Posnansky, Prelude to East African History, 1966, S. 34. Die Zahl von 150 Millionen um das Jahr 1800 gibt ungefähr die Größenordnung an. Vgl. mein Buch: The Africans. An Introduction to Social and Cultural History, London 1969, Kapitel 2 und 3.

[2]) Anibal Cabral, Les fondements et les objectifs de la Libération Nationale en rapport avec la structure sociale. Bericht auf der Interkontinentalen Konferenz in Havanna, Jänner 1966, S. 1.

[3]) T. O. Ranger, Revolt in Southern Rhodesia, London 1967, Kapitel 6 und 10.

[4]) H. Drechsler, Jacob Morenga: Ein neuer Führertypus in Südwest-Afrika, in: Afrika-Studien, Berlin, DDR, 1967, S. 105.

[5]) S. Shepperson, Ethiopianism: Past and Present, in: Christianity in Tropical Africa, hrsg. von C. G. Baeta, Oxford 1968, S. 259.

[6]) B. Davidson, a. a. O., Kap. 31. Im 5. Teil dieses Buches habe ich den Gedanken einer „Typologie" des afrikanischen Widerstandskampfes im Detail entwickelt; darauf beruht die hier vorgebrachte Argumentation.

[7]) Vgl. A. Cabral, Revolution in Guinea, Stage One, London 1969; Romano Ledda, Una rivoluzione africana, Bari 1970; B. Davidson, La liberazione della Guinea: aspetti di una rivoluzione africana, Turin 1970.

(Fortsetzung von Seite 49)

die notwendigen Forschungsarbeiten durchzuführen, um die Sprachen, insbesondere im Gebiet der Naturwissenschaft, operational zu machen.

Wir mußten also Portugiesisch als Unterrichtssprache und für die Kommunikation untereinander benutzen. Manchmal nahmen wir Dolmetscher zur Hilfe, wie z. B. bei Zusammentreffen.

In der Tat ist im dialektischen Prozeß der Revolution die portugiesische Sprache, ein Instrument der Entfremdung, zu einem Instrument der Befreiung geworden; das Messer, das der Kolonialismus uns in die Brust hatte stechen wollen, ist gegen den Kolonialismus gewandt worden, um ihn zu zerstören. Gleichzeitig gedeihen aufs neue die Stammessprachen, befreit von dem Kolonialismus.

Diese vielfältigen Erfahrungen, die wir erleben, sind das Ergebnis des sich ausdehnenden Volksbefreiungskriegs, ohne den die materiellen Bedingungen für diese kulturelle Revolution nie hätte existieren können. Die Richtigkeit der politischen Linie der FRELIMO hat unsere schöpferische Energie ausgelöst, unsere Ziele definiert und unseren Erfolg ermöglicht:

Wir können deshalb mit einem Spruch eines unserer Dichter schließen: in unserem Lande wachsen Blumen aus den Kugeln.
(aus: Mozambique Revolution, Nr. 49, 1971)

Suchen Sie eine tatkräftige Vertretung Ihrer Interessen in

Angola?

Ein in der Hauptstadt Luanda ansässiges deutsches Handelsunternehmen mit deutschen Fachkräften und besten Kenntnissen des angolischen Marktes steht zur Entwicklung oder Erweiterung Ihres Absatzmarktes zur Verfügung. Zuschriften erbeten unter P E 340009 an die Frankfurter Allgemeine, 6 Ffm. 1, Postfach 3463.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.6.72

Genozid in Burundi

Die erbitterte Fehde zwischen Bahutu und Watussi

Der folgende Augenzeugenbericht erreicht uns aus Burundi. Der Autor ist der Redaktion bekannt. Aus naheliegenden Gründen kann sein Name nicht bekanntgegeben werden. (Red.)

Zu Beginn dieses Monats verbreiteten die Nachrichtenagenturen die Meldung, in Burundi habe ein Staatsstreichversuch «monarchistischer und imperialistischer» Kräfte stattgefunden. In den folgenden Tagen wurde erwähnt, dass die Kämpfe im Süden des Landes noch andauern, dann verschwand der zwischen Zaire (ehem. Kongo) und Tanzania gelegene zentralafrikanische Kleinstaat wieder aus der internationalen Presse. Damit wurde auch nicht bekannt, dass in Burundi seit drei Wochen ein Genozid übelster Sorte stattfindet, der schon Zehntausende von Todesopfern gefordert hat.

Herrschende Minderheit

Burundi wird wie früher auch das benachbarte Ruanda, von drei verschiedenen Rassen bewohnt: der Urbevölkerung, den mit den Pygmäen verwandten Batwa (heute etwa ein Prozent der Bevölkerung, den Bahutu (85 Prozent) und den Watussi (rund 14 Prozent). Während aber die Gründung der Republik in Ruanda verbunden gewesen war mit einem gleichzeitigen Aufstand der Bahutu gegen die Oberherrschaft der Watussi, wobei Zehntausende von Watussi umgebracht worden und mehr als 150 000 in die Nachbarländer geflüchtet waren, war es in Burundi eine Gruppe von Watussi unter Leitung des jetzigen Präsidenten Michel Micombero, die eine «revolutionäre» Republik ausrief.

Um an der Macht zu bleiben, akkumulierten die Watussi alle wichtigen Machtpositionen in Armee, Regierung, Administration und Partei (Einheitspartei Uprona) und erschwerten den Bahutu den Aufstieg zur Besetzung verantwortungsvoller Posten. Zu diesem ethnischen Problem kam noch eine in den letzten Monaten wachsende regionale Spannung unter den Watussi selber. Die aus der Heimatprovinz des Präsidenten, aus Bururi, stammenden Männer hatten immer mehr wichtige Positionen besetzt (so in der Regierung das Aussen-, Innen-, Erziehungs-, Informations-, Justiz- und Planungsministerium).

Aufstandsversuch

Am 29. April setzte der Präsident die gesamte Regierung sowie den Parteisekretär der Uprona ab. Am gleichen Tag, obwohl vermutlich nicht in einem direkten ursächlichen Zusammenhang, wurden am späten Abend die Hauptstadt Bujumbura (Radiostation und Militärlager), verschiedene Orte entlang des Tanganjika-Sees im Süden des Landes sowie der Ort Gitega, wo der Exkönig Ntare V. unter Hausarrest festgehalten wurde, angriffen. Letzterer wurde nach offizieller Mitteilung während der Kämpfe getötet. Die Angriffe im Süden bestanden vorwiegend aus Massakern an der Watussi-Bevölkerung, wobei die Opfer die Zahl 1000 übersteigen dürfte. Es wurde erst im Laufe der folgenden Tage klarer, wer eigentlich die Angreifer waren. Es handelte sich hier einmal sicher um zum Teil in Burundi entlang dem Tanganjika-See ansässige, kongolesische «Mulelisten» oder «Simbas». Zweitens waren Bahutu mitbeteiligt, zum Teil offensichtlich von den Mulelisten gezwungen.

«Säuberungswelle»

Die Armee griff sofort ein und brachte das Land, wenn auch mit etlicher Mühe, unter ihre Kontrolle. Gleichzeitig setzte aber eine Verhaftungs- und «Säuberungs»welle ein, die sich immer mehr als eine gezielte Vernichtungsaktion der regierenden Watussi-Minorität gegen die Bahutu entpuppte. Selbst Bahutu, die bei den vorangegangenen Massakern Watussi versteckt oder die mit Watussi gemeinsam die Mulelisten-Angriffe abgewehrt hatten, wurden, nach Augenzeugenberichten, umgebracht. Die ungefähre Zahl der Toten wird man wohl nie wissen, sie dürfte aber eine fünfstellige Zahl erreichen.

Neben dieser direkten Rache an Schuldigen und Unschuldigen läuft ein planmässiges Vernichtungsprogramm aller Bahutu-Kader ab. Zuerst in der Hauptstadt Bujumbura, dann auch in den andern Verwaltungszentren des Landes werden alle Kader verhaftet und ohne Gerichtsverhandlung ermordet. Zu den Kadern sind in Burundi schon zu zählen: gelernte Arbeiter, Chauffeure, Daktylographen usw. So sind die wenigen Industriebetriebe, die Banken, die öffentliche Verwaltung usw. von allen Bahutu heute «gesäubert».

Massengräber

Aber auch die zukünftigen Kader werden eliminiert und ihre Leichen camionweise in die Massengräber ausserhalb Bujumburas gefahren: In allen höheren Schulen wie die Ecole Nationale d'Administration, Ecole Normale Supérieure, Ecole Technique sowie an der staatlichen Universität von Bujumbura sind praktisch alle Studenten entweder von der Armee verhaftet und liquidiert oder von den eigenen «Kameraden» dezimiert oder sogar umgebracht worden. Die «Säuberungen sollen im Innern des Landes so weit gehen, dass selbst Schulkinder der 6. Primarklasse verhaftet worden sind. In Bujumbura ist die Vernichtungsaktion unter den Kadern bald abgeschlossen und betrifft immer mehr auch «gewöhnliche» Bahutu. Die einzige Gewissheit seit dem 29. April ist die, dass ein systematischer Genozid stattfindet, und man weiss nicht einmal, ob «nur» 50 000 Menschen umgebracht worden sind oder, wie einzelne informierte Beobachter meinen, über 100 000.

Einzelne Beobachter meinen, der Putsch sei absichtlich so inszeniert worden, dass er misslingen musste, um so den Vorwand für den Massenmord an den Bahutu zu haben. Wenn diese Version stimmt, so müssten die in dieser traurigen Geschichte sprichwörtlichen Drahtzieher in der Regierung selbst gesucht werden oder ihr nahegestanden sein. Jedenfalls erklärte ein Sprecher des Aussenministeriums in einem von Radio Bujumbura ausgestrahlten Interview, die Regierung habe von den Umsturzplänen gewusst. Es würde auch in der vom Präsidenten abgesetzten Regierung durchaus Figuren geben, die zu einem solchen Spiel fähig und bereit wären. So wäre einer Gruppe um den ehemaligen Justiz- und Innenminister Shibura die jetzige Entwicklung im Lande nicht unangenehm. Die zukünftige Regierungsbildung wird vielleicht einige Hinweise in dieser Beziehung geben.

Entwicklung gestoppt

Von Entwicklung kann jedenfalls in Burundi, das ohnehin eines der ärmsten und gleichzeitig dichtbesiedeltsten Länder Afrikas ist, in den nächsten Jahren kaum mehr gesprochen werden. Tausende der mittleren und untern Kader sind tot. Die Bahutu sind weniger denn je bereit, einer künftigen Regierung und dem Präsidenten Vertrauen zu schenken und an einer gemeinsamen Entwicklung mitzuarbeiten. Zudem werden sich fähige Watussi hüten, unter einem so korrumpierten und von Willkür beherrschten Regime öffentlich zu arbeiten. Die Entwicklungsarbeit internationaler Organisationen und einzelner Länder ist teilweise oder völlig zerstört. Zudem könnte es, wenn sich die Politik der Regierung nicht radikal ändert, nur eine Frage der Zeit sein, bis ein weiteres Massaker, diesmal von der Seite der Bahutu, die Herrschaftsverhältnisse ändern wird, weil für sie ja jetzt keine Möglichkeiten für eine wirksame Opposition im normalen politischen Rahmen vorhanden sind.

Hintergründe

Haben wir es also wieder einmal mit einem für Afrika so «typischen» Stammeskonflikt zu tun, einer anscheinend in Afrika beheimateten Erscheinung? Ohne vollständig zu sein, soll nur auf einige ursächliche Hintergründe hingewiesen werden:

- Schon die belgische Schutzherrschaft bediente sich, wie auch andere Kolonisatoren, der tribalistischen Heterogenität. Indem die Watussi, gegen die Bahutu ausgespielt wurden, festigten die Belgier nach der Devise «divide et impera», ihre Herrschaft.
- Stämmische oder ethnische Differenzen dienen den ausländischen Mächten immer wieder als Hebel, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen. Obwohl Burundi über keine nennenswerten Bodenschätze verfügt, ist seine strategische Lage (zwischen Zaire und Tanzania) nicht uninteressant, vor allem für Mächte, die an einer Intervention in Tanzania, das sich einem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg verschrieben hat, ein Interesse haben könnten.
- Auch die in Burundi dominierende katholische Kirche hat als integrierender oder ausgleichender Faktor versagt. Sie hat im Gegenteil die Spannung insofern verschärft, als die Oberherrschaft der Watussi ideologisch untermauert und gerechtfertigt wurde, indem die Kirche namentlich die Ausbildung der Watussi förderte.
- Eine wesentliche Ursache für die gnadenlose Auseinandersetzung vor allem in Bujumbura und den halbstädtischen Verwaltungszentren dürfte die typische nach- und neokolonialistische Wirtschaftsstruktur des Landes sein, die in ihren Grundzügen so vielen Ländern der Dritten Welt gleicht. Da ein produktiver, nichtlandwirtschaftlicher Sektor fehlt, stellen Administration und Dienstleistungsbetriebe (PTT, Banken usw.) praktisch die einzige Möglichkeit dar, einen einigermassen gut bezahlten Arbeitsplatz zu erhalten. Durch die Liquidierung der in den erwähnten Zweigen beschäftigten Bahutu sind neue Beschäftigungsmöglichkeiten für die Watussi für die nächsten Jahre geschaffen worden, ohne dass die Wirtschaft irgendeine grundlegende Transformation erlebt hätte. Von diesem Gesichtspunkt her handelt es sich in den städtischen Zentren nicht mehr vorwiegend um einen Rassenkonflikt in einem, wie Europäer oft überheblich meinen, «primitiven» Land, sondern vielmehr um einen für postkoloniale Verhältnisse typischen Klassenkonflikt.

National-Zeitung
Basel 17.6.72

Madagaskar
Schlag gegen Südafrika?

Am 18. Mai dieses Jahres übergab Madagaskars Staatspräsident Philibert Tsiranana dem Armeechef Gabriel Ramanantsoa die Regierungsgewalt. Vorangegangen war ein Streik zunächst der Medizinstudenten gegen das neokolonialistische, an den Interessen der ehemaligen Kolonialmacht orientierte Bildungssystem Madagaskars. Mit dem Aufruf nach "malgachisation" verbanden sie die Absage an Paris: "Nieder mit dem kulturellen Imperialismus."

Hauptangriffsziel war zunächst der Kultusminister Botokeky. Trotz der seit dem 24. April immer stärker werdenden Unruhen und Demonstrationen unter Schülern und Studenten, denen sich dann auch die madegassische Lehrergewerkschaft anschloß, übertrug Tsirinana das Kultusministerium am 7. Mai im neuen Kabinett wieder Botokeky. Daraufhin breitete sich die Streikbewegung bis zum 12. Mai über 4 Provinzstädte aus. Als die Regierung daraufhin 372 Schüler und Studenten auf die Gefängnisinsel Nosa Lava deportierte, solidarisierten sich die Arbeiter und Angestellten mit den Streikenden: am 14. Mai kam es zu einer Straßenschlacht in Tananarive, das Gebäude der Regierungszeitung und das Rathaus wurden in Brand gesetzt. Dann kam es zum Generalstreik: Schüler, Studenten, Arbeiter, Angestellte und selbst Regierungsbeamte forderten die Rückkehr der Deportierten, Überprüfung der "accords de coopération" mit Frankreich, "malgachisation" der Wirtschaft. Am 18. Mai gab dann Tsirinana den Forderungen der Streikenden nach.

Die Streikbewegung der madegassischen Studenten hat damit einen großen Erfolg erzielt. Allerdings muß dieser Erfolg relativiert werden, da die Bewegung nur die größeren Städte erfaßt hat (vgl. dazu "Afrika Heute", Nr. 11/12, Juni 1972, S. 222). Auch wird sich erst in der Zukunft zeigen, ob die neue Regierung Ramanantsoa über einen verbalen Radikalismus hinaus bereit ist, die Beziehungen zum französischen Imperialismus zu brechen und die koloniale Struktur Madagaskars entscheidend zu reformieren.

Zumindest die "guten Beziehungen" zu Südafrika scheinen ernsthaft in Frage gestellt zu werden (vgl. dazu den folgenden Artikel), ein Faktum, das die politische und ökonomische Exportoffensive Südafrikas unter dem Firmenzeichen "Dialog" von einem ihrer wichtigsten Vorposten zurückwerfen würde. Die Studenten von Madagaskar haben damit den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika einen großen Dienst erwiesen.

gs

Neuer Kurs auf Madagaskar

Ein Schock für südafrikanische Unternehmen

dr. JOHANNESBURG, 29. Juni. Die Entscheidung der neuen Regierung auf der Insel Madagaskar, die Verbindungen zur Republik Südafrika zu lösen, hat südafrikanische Wirtschafts- und Finanzkrise vor eine Reihe neuer Fragen gestellt. Die politische Linksschwenkung unter General Gabriel Ramanantsoa berührt wichtige südafrikanische Wirtschaftsinteressen. Darunter befinden sich das Projekt des Baues eines Schwimmdocks für Massengutschiffe, das Southern-Sun-Tourist-Hotels-Projekt, Minenkonzessionen der Anglo-American-Gruppe sowie zahlreiche kleinere Entwicklungsvorhaben.

Erst im vergangenen Jahr war ein technisches Kommitee aus Fachleuten beider Länder gegründet worden, das das Ziel hatte, die wirtschaftliche Kooperation zwischen beiden Ländern zu fördern.

Die südafrikanische Regierung hat im vergangenen Jahr Madagaskar zur Entwicklung von touristischen Projekten eine Anleihe von rund 15 Millionen DM gewährt. In südafrikanischen Wirtschaftskreisen wird angenommen, daß sich die Regierung in Tananarive künftig verstärkt um wirtschaftliche Hilfe aus Frankreich bemühen wird. Da es sich bei dem Projekt des Tiefwasserhafens und Mammut-Trockendocks Narinda Bay um private Finanzierungen handelt, an denen Südafrika nur mitbeteiligt ist, wird wahrscheinlich dieses bisher größte madagassische Entwicklungsprojekt durch die Neuorientierung der Politik des Generals Ramanantsoa nicht gefährdet sein.

Offen ist zur Zeit auch noch die Frage, ob die zwischen den beiden Fluggesellschaften South African Airways und Air Madagascar vereinbarte Kooperation beendet werden soll. Beide Fluggesellschaften hatten erst unlängst gemeinsame Flugdienste zwischen Tananarive und Johannesburg sowie zwischen Tananarive und Blantyre eingerichtet. Für die südafrikanische Fluggesellschaft SAA wäre eine Kündigung der Vereinbarung mit der Air Madagascar besonders folgenschwer, weil Tananarive für die Flugverbindung nach Australien von besonderem Interesse ist. Da voraussichtlich auch die Inselrepublik Mauritius der madagassischen Politik folgen dürfte, würde auch der Ausweichflughafen in Port Louis für den von der SAA und der Qantas gemeinsam betriebenen australisch-südafrikanischen Luftverkehr als Operationsbasis gefährdet sein.

Die Neuorientierung der Politik des madagassischen Kabinetts Ramanantsoa wurde besonders für drei südafrikanische Unternehmen zum Schock. Das ist die Southern-Sun-Hotels-Gruppe, ein Tochterunternehmen der South African Breweries; die Holyday-Inns-Gruppe, ein Tochterunternehmen der Amalgamated Hotels, sowie der Bedaux (Africa), einer Finanzgruppe, die in Johannesburg von Pierre-Jerome Ullmann geleitet wird. Ullmann steht hinter dem Narinda-aBy-Projekt. Die Southern-Sun-Hotels-Gruppe war dabei, auf der kleinen Insel Nossi Bé ein Touristenzentrum zur Aufnahme von jährlich etwa 4000 südafrikanischen Touristen aufzubauen. Für dieses Projekt waren Kosten von rund 15 Millionen DM vorgesehen. Ein Teil dieser finanziellen Mittel sollte von der staatlichen südafrikanischen Entwicklungshilfe-Gesellschaft, Industrial Development Corporation (IDC), aufgebracht werden.

durch die Wirtschaft
.72

Pakistan – Konflikt

Dokumentation 3. Teil

Ursachen und Hintergründe des Indisch- Pakistanischen Krieges

Vorbemerkung

Niemand bestreitet mehr, daß der Staat Bangla Desh durch die Waffenhilfe Indiens entstanden ist. Niemand bestreitet auch, daß Indien damit einem Teil des Mordens in Ost-Pakistan (nämlich der Westpakistanischen Armee gegen die Führungskader Ost-Bengalens) ein Ende bereitet hat. Worüber die Meinungen allerdings auseinandergehen, ist die strategische Bedeutung des Dezemberkrieges für Indien und damit auch das heute stark von Indien abhängige Bangla Desh. Die einen betonen die Bedeutung der Flüchtlingsfrage: Unmöglich könne ein ohnehin schon armes Land wie Indien einen Flüchlingsstrom von 1o Millionen Menschen verkraften. Der Eingriff in das innere Geschehen in Ost-Pakistan hätte demnach einer Notwendigkeit entsprochen. Die anderen führen vielschichtige Argumente wirtschafts- und aussenpolitischer Natur ins Feld: Die unglückliche Teilung Bengalens 1947, der Versuch, dem Erzfeind Pakistan einen entscheidend schwächenden Schlag zu versetzen, die Allianz zwischen Indien und der Sowjet-Union gegen die VR China...

Wir wollen auch diesmal keine fertigen Antworten geben, sondern durch reichhaltige Zitate repräsentativer Natur von allen Seiten eine Diskussionsgrundlage schaffen, wobei wir allerdings nicht davor zurückschrecken werden, Positionen zu beziehen.

a: Indische oder Pakistanische Aggression?

Bei der Diskussion dieser Frage findet man wieder die gleichen Frontstellungen, die schon bei Einschätzung der Progressivität der Awami-Liga offenbar wurden (vergl. "blätter des iz3w, Nr. 16). Diejenigen, die sie für eine "demokratische und fortschrittliche Partei" hielten, wehrten nun von den Verbündeten der Awami-Liga alle Angriffe ab. So z.B. Unger im Anti-Imperialistischen Informationsbulletin: "Die häufig vorkommende Auffassung, Indien habe sich der Aggression schuldig gemacht oder doch zumindest Pakistan zum Krieg provoziert, entspricht nicht den Tatsachen: Indien hat seit Frühjahr 1971 die pakistanische Regierung mehrfach aufgefordert, sich für das Ost-Bengalen-Problem um eine politische Lösung zu bemühen, die es den über 1o Millionen Flüchtlingen ermögliche, in ihre Heimat zurückzukehren. Die Yahya-Khan-Clique hat jedoch den Terror in Ostbengalen noch verschärft - offensichtlich nicht zuletzt auch in der Hoffnung, Indien ökonomisch zum Bankrott zu bingen. Denn Indien war zweifellos außerstande, die Kosten für den Unterhalt der Flüchtlinge ... über längere Zeit aufzubringen." (16, S.6) Offensichtlich ein genialer Trick der Westpakistanis: die ihnen unliebsamen Hindus verlassen Ostpakistan und führen dadurch den Hauptfeind Indien in den Ruin. Und weiter: Die herrschende Klasse Pakistans nutzt den aus der Kolonialzeit herrührenden Religionskonflikt, der zu einer Feindstellung gegenüber Indien"(kann dies als Hauptgrund gesehen werden?) geschickt aus, indem sie bei sozialen Unruhen im Innern mit der Begründung, die Anführer seien indische Agenten, Militär zur Bekämpfung der Unruhen einsetzte... Soweit ist dem Autor auch zuzustimmen, nun aber seine Schlußfolgerungen: "Wenn also, um dies Theorie konsequent zu verfolgen, die Befreiungskämpfer aus Indien stammen, dann gibt es nur ein Mittel, ihrer Herr zu werden, man muß nicht nur möglichst viele Ostbengalen töten, sondern auch die indische Provinz Westbengalen säubern, d.h. Krieg mit Indien führen." (a.a.O.) So kam denn der Versuch der pakistanischen Militärregierung, den Krieg nach Indien hineinzutragen und Indien an der Unterstützung der Befreiungskampfes des Volkes von Bangla Desh zu hindern..." (a.a.O.)

Daß diese Behauptungen allen Tatsachen Hohn sprechen, wollen wir weiter unten zeigen, schon an dieser Stelle sollte man aber fragen, wie es kommt, daß dieser Autor (und alle, die mit dieser Einschätzung sympathisieren, bes. DKP- und Spartakus-Kreise sowie verschiedene mit der KPdSU kooperierender Parteien) so verzweifelt versucht, Indien "weiß zu waschen". Man kann die Antwort wohl

in dem Versuch sehen, Indien als Modellfall eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus "zu retten", Modellfall für eine Theorie, die von Moskauer Führungskreisen entwickelt wurde."In Zusammenarbeit mit dem rechten Flügel der Kommunistischen Partei Indiens (KPI) hat die KPdSU in der Zeit des kalten Krieges das Konzept der nationalen Demokratie in dem der nationalen Borgeoise eine progressive Rolle zugewiesen wurde, entwickelt. Die CPI wurde bereits 1951 zum Bündnis mit Nehru und zur Einstellung der revolutionären Aktivitäten im südostindischen Bundesstaat Andhra Pradesch gezwungen.

Der Krieg mit Pakistan zeigt aber, daß die agressive indische Bourgoisie den Krieg als Mittel zur Lösung innerer Widersprüche benutzt.
Die ungelösten Widersprüche der indischen Gesellschaft wurden durchaus gewaltsam gelöst. (17, S.13)."

Zur Vorbereitung des Dezemberkrieges:
"Die indische Regierung bereitet sich systematisch auf einen Krieg gegen Pakistan vor. Die Streitkräfte werden verstärkt aufgerüstet. Die U-Boot-Kriegsführung wurde ausgebaut, die Luftwaffe mit neuen Erdkampfflugzeugen und Jagdbombern ausgestattet.

In den Grenzbezirken wurden Raketenbatterien installiert." (Süddeutsche Zeitung, 3.7.71, zit nach 2,S. 28) Indien massiert seine Truppen entlang der Grenze. Viele Offiziere und Mannschafften wurden vorzeitig aus ihrem Jahresurlaub zurückberufen." NZZ,2.8.71, zit. nach 2,S.28). "Die indische Regierung wendet gegenüber Pakistan die "Strategie der Provokation" an, die die US-Imperialisten in Vietnam zur Eskalation ihres Aggressionskrieges schon erprobt haben. Die fortgesetzten bewaffneten Grenzüberfälle sollen Pakistan zu einem Gegenschlag herausfordern und der indischen Reaktion den Vorwand für eine offene militärische Aggression liefern. Um diese Manöver ungestört fortsetzen zu können, weigert sich die indische Regierung, UNO-Botschafter entlang der Grenze zu stationieren."(2,S.28) "Es ist diese Politik ständiger militärischer Nadelstiche aus Indien, die die Pakistani anscheinend nervös gemacht hat." (Stuttgarter Zeitung, 25.11.71, zit. nach 2, S.29)"Der indische Außenminister Swaran Singh hat auch nach den jüngsten schweren Zwischenfällen im Grenzgebiet die Ansicht vertreten, daß es keinen bilateralen Konflikt auf dem Subkontinent gebe und ausländische Vermittlungsbemühungen zwischen Neu-Dehli und Islamabad deshalb unangebracht seien. (Stuttgarter Zeitung, 26.11.71 zit nach 2, S. 29)

Dagegen wurde über Pakistan gemeldet: "Demgegenüber hat Pakistan jede Initiative der Großmächte zur Normalisiyrung der Lage begrüßt. Ein Regierungsprecher sagte in Rawalpindi, Pakistan werde vor allem bilaterale Schritte der USA und der Sowjetunion begrüßen." (Stuttgarter Zeitung, a.a.O) Und Yahya Khan erklärte: "An diesem Tag bieten wir Indien wieder einmal unsere Freundschaftshand. Ich ersuche Indien, sie zu ergreifen, damit wir eine neue Ära gutnachbarschaftlicher Beziehungen eröffnen können." (Süddeutsche Zeitung, 22.11.71, zit. nach 2,S. 28)

b. Die Flüchtlingsfrage

Die Flüchtlingsfrage muß zusammen mit den Kiregszielen Indiens betrachtet werden. "Indien sucht in Ostpakistan eine rasche militärische Entscheidung, um sein erstes Kriegsziel, die Rückführung der bengalischen Flüchtlinge in ihre Heimat erreichen zu können. Es zeigt sich jedoch fest entschlossen, diese humanitäre Aufgabe, bei deren Erledigung es der Sympathien der ganzen Welt sicher sein kann, mit einer definitiven politischen Lösung zu koppeln, also einen sel selbstständigen ostbengalischen Staat zu errichten."
Ähnlich argumentiert auch der bereits oben zitierte Unger (16). Nach amtlichen indischen Angaben lag die Zahl der Flüchtlinge im November 71 bei 1o Millionen (vergl. 2,S.23). Diese Zahlenangaben waren zweifellos übertrieben, wie von verschiedenen Quellen (vergl. 2,S. 23 ff.) festgestellt wird (zu Denken dabei gibt auch die Tatsache, daß Indien die Flüchtlingslager für ausländische Besucher sprerren ließ.). Die indische Regierung brauchte hohe Flüchtlingszahlen, "um Pakistan moralisch ins Unrecht zu setzen." (2,S.23) Für die Versorgung der Flüchtlinge hatte die indische Regierung zudem täglich 3 Rupien veranschlagt. während mehr als 2oo Mill. Inder mit weniger als einer Rupie (weniger als 5o Pfennig) auskommen muß. Es läßt sich denken, "daß diese relative Besserstellung eine gewisse Sogwirkung auf die ostpakistanische Bevölkerung ausübt und damit den Flüchtlingsstrom noch anheizt." (FAZ. 8.11.71, zit nach 2,S.24)

Aber auch eine Flüchtlingszahl von nur 5-6 Millionen mußte Indien natürlich ökonomisch stark belasten; dennoch ist zu fragen, warum eine Gesellschaft von 55o Millionen Menschen diese Flüchtlinge nicht integrieren konnte. Es scheint uns nicht angemessen, das Flüchtlingsproblem als einen reinen "Vorwand" zu bezeichnen, der die "tatsächlichen Ziele der derzeitigen und zukünftigen militärischen Operationen der indischbürokratischen Kapitalgruppen" verschleiert (wie etwa 4,S.6). Richtiger erscheint uns der Versuch von Küster/ Rao (17), das Flüchtlingsproblem im Rahmen der sozioökonomischen Situation Indiens zu dikutieren: "Die anfänglichen

Versuche, die Flüchtlinge aus dem übervölkerten Westbengalen in andere Bundesstaaten umzusiedeln, scheiterten schon in einem frühen Stadium an der Furcht der bundesstaatlichen Regierungen, daß die bengalischen Flüchtlinge von den bereits auf ihren Stammesterritorien opperierenden Naxaliten (Kader der illegalen Kommunistischen Partei Indiens/ Marxisten/Leninisten) agitiert würden. Mit der Integration von 1o Millionen Flüchtlingen ist die indische Gesellschaft in ihrer jetzigen ökonomischen Struktur in der Tat überfordert gewesen. Sie hätte einen effizienten bürokratischen Apparat, eine nichtkorrupte politische Organisation und eine gesamtgesellschaftliche Solidarität vorausgesetzt, die in einer in derart extremen Maße ökonomisch polarisierten Gesellschaft nicht möglich ist.
Am bengalischen Flüchtlingsproblem dokumentiert sich die politische und organisatorische Unfähigkeit der indischen Bourgeosie in krassester Form. In diesem Sinne ist die Rückführung der ostbengalischen Flüchtlinge zu einer Existenzfrage für die herrschende indische Bourgeoisie geworden." (17,S.12)

Die Furcht Indiens vor einer Politisierung der Flüchtlinge gilt auch und besonders für den"Unruheherd Westbengalen". Das übervölkerte Elendsgebiet (5o7 Menschen pro qkm) ist zugleich das am stärksten industrialisierte Bundesland der Indischen Union. Die sich verschlechternde soziale Lage mit den ständigen Unruhen und Spannungen wird noch zu heftigen Klassenkämpfen führen. Die Bauernbewegung bereitet sich aus, seit Jahren sind Guerillakämpfe im Gange. Die stark verfeindeten kommunistischen Parteien haben hier ihren größten Massenanhang. Bei Wahlen kommen sie zusammen auf nahezu 5o% aller Stimmen. Bei einer Massenversammlung in Calcutta brachte die KP (ML) eine Million Menschen auf die Beine." (1, S.38 ff)
So waren denn die Flüchtlinge für Indien ein mit "zunehmendem Mißtrauen betrachtetes Reservoir pakistanischer Saboteure, Spione und extrem kommunistischer Agenten" (Süddeutsche Zeitung, 13.11.71, zit nach 2, S. 25)



c) Kriegsziele Indiens

Die "humanitäre" Attitude Indiens wird noch weiter entschleiert, wenn man die weitergehenden Kriegsziele der indischen herrschenden Klasse betrachtet: "Von Anfang an sah die politische Führung Indiens in der Unterstützung der Bangla-Desh-Bewegung und in der Verschärfung der militärischen Auseinandersetzung mit Pakistan die Möglichkeit, durch die Zusammenarbeit mit einem unabhängigen Ostbengalen das frühere ökonomische Hinterland von Kalkutta wiederzugewinnen und die für die innere Stabilität gefährliche Rezession Westbengalens zu überwinden. Längst vor Ausbruch der Feindseligkeiten wurde unter führenden Politikern der Kongreßpartei spekuliert, ob nicht die massenhaft arbeitslose technische und bürokratische Intelligenz später in Ostbengalen beschäftigt werden könne. Ein unabhängiges Ostbengalen soll dazu dienen, der revolutionären Agitation zugängliche Gruppen, wie z.B. arbeitslose Abiturienten, Universitäts-drop-outs und wissenschaftliche Intelligenz zum Ausbau der Infrastruktur Ostbengalens einzusetzen und damit zugleich das revolutionäre Potential in Westbengalen zu reduzieren." (17, S. 12)

"Die tatsächlichen Ziele der derzeitigen und zukünftigen militärischen Operationen der indischen komprador-bürokratischen Kapitalgruppen liegen klar auf der Hand:

1. durch 'Befreiung' Ostpakistans für die Interessen der von der Awami-Liga verkörperten Klassen die Schaffung einer Bastion gegen die Volksrepublik China,
2. Herstellung eines Absatzmarktes für die Sanierung der hoffnungslos stagnierenden indischen - besonders der westbengalischen - Industrie,
3. Ermöglichung des Imports von Rohmaterialien und wichtigen Lebensmitteln (Jute, Zuckerrohr, Tee, Fisch etc.),
4. Unterdrückung der sozialistischen Revolution, eine Aufgabe, deren sich die Awami-Liga selber sehr bewußt war,
5. Spaltung und somit Zerstörung Pakistans, das aufgrund des seit Gründung der beiden Staaten Indien und Pakistan existierenden Widersprüche zwischen diesen zwei Polen, erfolgreich bestrebt war bei der Bildung eines für Pakistan und China vorteilhaften Verhältnisses." (4, S. 6)

Und die gleiche Zeitung, einen Monat später:
"Indiens Interessen liegen eindeutig:

1. Der Krieg bedeutet die Schwächung oder die Einvernahme der ostpakistanischen Exportwirtschaft - beiden von lebenswichtiger Bedeutung für die bankrotte Industrie im Osten Indiens.

2. Die Zerschlagung Pakistans stellt eine entscheidende Stärkung Indiens, vor allem in der strategischen Position gegenüber China dar.
3. Weiterhin bedeutet sie die Herstellung einer einheitlichen 'Polizeihoheit' in diesem Raum. Angesichts der stärker werdenden revolutionären Massenbewegung in diesem Raum ist das die letzte Maßnahme zur Sicherung der imperialistischen Ausbeutungsherrschaft im Süden Asiens - nahe der chinesischen Grenze." (5, S. 8)

Man kann hier drei Zielbündel unterscheiden:

1. ein strategisches: Stärkung der Großmachtposition Indiens gegenüber der VR China,
2. ein ökonomisches: Überwindung der Stagnation der Wirtschaft Westbengalens,
3. ein politisches: Bekämpfung der sozialistischen Strömungen in Ost- und Westbengalen.

Dabei erscheint uns das erste Ziel am fragwürdigsten, da hier kritiklos mit Großmachtvorstellungen operiert wird, die nur dazu dienen, die Entscheidung Chinas für Pakistan zu rechtfertigen. Es ist einfach lächerlich, eines der "schwächsten Glieder des Weltimperialismus" (17, S. 12) zu einem ernsthaften Gegner der VR China hochstilisieren zu wollen, es sei denn, man mache die heimlichen Wünsche indischer Bourgeois zur sozioökonomischen Realität. Daß von der Seite der KHZ (4) eine Rechtfertigungsideologie aufgebaut werden soll, wird noch deutlicher, wo die "Mao-Fans" (7) den Versuch unternehmen, die westpakistanische Bourgeoisie als friedfertig hinzustellen: "Die ... indische Berichterstattung, die täglich von gezielt auf Intellektuelle gerichtete Ausrottungskampagnen berichtete, wurde eindeutig als Lügenpropaganda entlarvt." (4, S. 6) Dieser Versuch, die Massaker wegzuleugnen (vgl. dazu "blätter des iz3w", Nr. 16, S. 39 ff) muß genauso als dogmatisch bezeichnet werden, wie die oben kritisierte Position Ungers. Dieser Versuch beinhaltet die implizite Argumentation, daß, weil die VR China "gut" ist, auch alle, mit denen die VR China zusammenarbeitet, "gut" sind.

Der Weltimperialismus versuchte natürlich seit dem Bestehen von sozialistischen Staaten ein globales "Roll Back"; nur erscheint uns Indien dabei als ein etwas schwacher Brückenkopf. Wir werden aber weiter unten (Teil III) auf diese Problematik noch detaillierter eingehen.

Das zweite und dritte Ziel erscheint uns glaubhaft zu sein. Wir wollen dazu kurz auf die Situation der indischen Gesellschaft eingehen und sodann das Verhalten Indiens während und nach dem Dezemberkrieg beleuchten.

d) Situation der indischen Gesellschaft

Zu Indiens praktiziertem Sozialismus äußert sich der "Blick durch die Wirtschaft", Sprachrohr des westdeutschen Kapitals, wie es treffender kaum geht: "Sozialismus und Kommunismus sind im Vormarsch, seitdem das Parlament 1954 die sozialistische Gesellschaftsordnung als Zielsetzung angenommen hat ... Trotz dieser Zielsetzungen hat die Unternehmerschaft, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, die Politik der zentralen Planung aus vollem Herzen unterstützt ... Die Erklärung für diesen Widerspruch ist darin zu sehen, daß diese Politik den Unternehmern wachsenden Wohlstand beschert hat ... Man kann nicht erwarten, daß Geschäftsleute, die in erster Linie Praktiker sind, bei steigendem Einkommen und wachsendem Vermögen eine Politik bekämpfen, die diese Erfolge hervorgebracht hat ... Die Unternehmergewinne sind in die Höhe gegangen - nicht nur durch die Inflation, sondern hauptsächlich wegen der monopolistischen Situation, in die die interventionistischen Maßnahmen die Unternehmer gebracht haben." (Blick durch die Wirtschaft, 30.9.70, zit nach 3, S. 169)

"Die enge Verquickung der indischen Kapitalistenklasse mit den Monopolen der imperialistischen Staaten läßt sich an folgenden offiziellen Daten ablesen: 169 ausländische Direktoren (davon 139 Engländer und 7 Amerikaner) kontrollierten 1950 149 indische Aktiengesellschaften mit einem Grundkapital von 55,14 Crore Rupees; sie kontrollierten Handel, Schlüsselindustrien und landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Jute, Tee, Elektrizität, Finanzinvestitionen, Mineralöl, Baumwolle, Eisen und Stahl, Kohle, Reedereien ...

97 % von Indiens Ölförderung, 65 % der Gummiproduktion, 62 % der Kohleproduktion, 73 % des Bergbaus, 80 % der Streichholzindustrie, 89 % der Jute und 86 % der Teeplantagen befinden sich in ausländischem Besitz." (6, S. 51)
Die Kehrseite dieser komprador-bürokratischen Situation der Industrie und der semifeudalen Situation auf dem Lande (vgl. 6, S. 52) sieht so aus: "250 Mio Inder sind chronisch unterernährt. Die Zahl der Arbeitslosen ist umstritten. Auf 70-100 Mio wird das Heer der Arbeitslosen geschätzt, bezieht man die nur vorübergehend stunden- oder tageweise Arbeitenden mit ein. ... 76 % der Bevölkerung sind Analphabeten, sie haben in letzter Zeit ebenso wieder zugenommen, wie die Arbeitslosen und Wohnungslosen. Von 139 Mio schulpflichtigen Kindern können nur 75 Mio Unterricht erhalten. Die besitzenden Klassen umfassen nur 5 % der Bevölkerung, während 95 % 1967/68 mit weniger als 75 Pfennig pro Tag auskommen mußten...

Dabei kostete das Kilogramm Reis 1.-DM. 1971 standen pro Kopf weniger Nahrungsmittel zur Verfügung als 1965." (1, S. 35 ff)

Diese Erscheinungsformen der Unterentwicklung in Indien müssen natürlich einer Analyse unterzogen werden; daß aus dieser Situation Indiens "Expansionismus und Aggressivität nach außen, verschärfte Ausbeutung und verschärfter, wenn auch teilweise sozialdemagogisch verbrämter ... Kampf zur Unterdrückung der Massen im Innern" (6, S. 47) resultieren, erscheint einleuchtend.

Diese Charakteristika indischer Politik sollten denn auch im Dezemberkrieg und den danach folgenden Maßnahmen Indiens ihren Ausdruck finden:

e) Wie Indien den bengalischen Wiederaufbau unterstützt

Der große Nachbar Indien half dem neuen Staat Bangladesch nicht nur zum Leben, er zerschlug in Ostbengalen nicht nur die pakistanische Armee, sondern zerstörte auch Wirtschaft und Kommunikation.

Tag für Tag entladen Frachter im Hafen von Tschittagong nagelneue weißgespritzte Lastwagen, mit denen jetzt, Monate nach dem Sieg, endlich Hilfsgüter in die Provinzen transportiert werden sollen. 4000 intakte Laster desselben Typs, die den Siegern beider Kapitulation am 16. Dezember von der pakistanischen Armee übergeben wurden, rollten dagegen sofort über die Grenze nach Indien.

Inder schädigten auch Bangladeschs wichtigsten Exportzweig, die Jute-Industrie. Während des neunmonatigen Bürgerkriegs hatten ostbengalische Juteanbauer ihre Ernte lieber verbrannt oder nach Indien geschmuggelt, als sie den Pakistanis zu übergeben. Indische Kaufleute, nunmehr Jute-Hauptlieferanten geworden, nutzten die Chance. Sie trieben die Preise derart in die Höhe, daß sich europäische, japanische und amerikanische Abnehmer aus Notwehr gegen den Wucher auf Kunstfaserprodukte umstellten. Bangladesch kann ohne den verlorenen Markt nicht genesen.

Zudem demontierten die Inder die Daulatpur Jute-Werke in Khulna ebenso wie die riesige Jute-Spinnerei in Adamdschinagar und verbrachten die wertvollen Maschinen gleich nach dem Sieg nach Westbengalen. Den Stillstand der Werke erklären sie heute mit Bombenschäden und Sabotage durch abrückende Pakistanis.

Von dem, was im zerstörten Bangladesch an Jute-Produktion überblieb, nimmt Indien jetzt großzügig einige Millionen Ballen ab - die es sonst zum dreifachen Preis in Thailand hätte kaufen müssen.

Auch der zweitwichtigste Export-Betrieb Bengalens, die Tee-Plantagen, wurden von den indischen Helfern ausgeräumt. In den Schamschernagar-Tea-Estates konnten sie allerdings nur sämtliche Ersatzteile mitgehen lassen: Die Teepflücker wehrten sich gegen die totale Demontage durch die befreundeten Truppen.

Selbst heute noch profitiert Indien von der Not beim kleinen Nachbarn. Die wenigen Provinzen Bangladeschs, die eine volle Ernte einbringen konnten, verschieben ihre Überschüsse gegen begehrte indische Rupien ins indische Westbengalen. In Kalkutta kann sich Hausfrau Aruna Gleetus freuen: "Seit der Teilung Britisch-Indiens vor 25 Jahren haben unsere Markthallen kein so billiges, reichhaltiges Angebot an Geflügel, Obst und Gemüse geführt."

Was an Waren aus Indien ins ausgeblutete Bangladesch fließt, ist oft keine wirkliche Hilfe. Die "Golden Tobacco Co. Ltd." etwa schenkte den "glorreichen Mukti Bahini" eine Million Packungen Zigaretten. Damit hatte sie ihre zuvor in Ostpakistan verbotenen Rauchwaren bekannt gemacht - und etablierte nun gleich einen Generalvertreter im neuen Absatzmarkt. Die indische Filmindustrie kurbelte den Vertrieb ihrer Ware im neuen Staat mit einer Tournee berühmter Divas an.

Von den einst 150 größeren Fabriken Bengalens arbeitet nur noch eine, die Papierfabrik Khulna Newsprint Mills.

Für den Wiederaufbau schickt Indien aus seinem großen Reservoir arbeitsloser Ingenieure etliche Experten, notwendiges Bargeld aber kann es kaum aufbringen.

Lediglich für die Reparatur der Bahnlinien und für die Säuberung des Hafens Tschittagong von Wracks macht Indien auch Rupien locker - für die Bahn 50 Millionen (22,1 Millionen Mark). Denn auf diesem Weg können die bislang ungenutzten Rohstoffe der östlich Bangladeschs gelegenen indischen Provinzen - Assam, Manipur und Tripura - schnell und billig an die See gebracht werden. Früher war der Transport, etwa der riesigen Holzvorräte Assams, um Ostpakistan herum zu kostspielig."

(zit. nach: 15, S. 105/6)

Der Weg Bangla Deshs zum Satelliten Indiens scheint vorgezeichnet. Der indische Kapitalismus hat seine ökonomischen Widersprüche vorläufig durch ihre Verlagerung nach außen abgeschoben.

Ob er sein zweites Ziel, die Niederschlagung der sozialistischen Bewegung erreichen wird, ist allerdings fraglich, auch wenn Indien seiner Marionet-

te Mudschib bei der Bekämpfung der Naxaliten treu zur Seite steht. (vgl. auch 15, S. 106)

pa/gs

Literaturliste:

1. Arbeiterstimme (Nürnberg) Nr.1, 25.2.72
2. ESG-Nachrichten (Stuttgart) Nr.64 13.12.71
3. HEINRICH,Brigitte, D-Mark-Imperialismus, Deutsche Industrie und Ausbeutung der Dritten Welt, Voltaire Handbuch 12/13 1971
4. Kommunistische Hochschulzeitung (Heidelberg) Nr. 9/71
5. dies., Nr. 11/71
6. KRAEWER, Uwe, "Zum Klassencharakter der indischen Gesellschaft", in Neues Rotes Forum (Heidelberg), 6/71, S. 47-58
7. KÜNZLI, Arnold, "Mao-Fans auf dem Holzweg" in Basler Nationalzeitung Nö. 6oo, 29.12.71 S.2
8. MAVRAKIS,Konstantin "Die Politik der VR China gegenüber Pakistan" in Neues Rotes Forum (Heidelberg) 2/72 S. 53-57
9. Neues Rotes Forum,(Heidelberg) 2/72
1o. progrom (Hamburg), 11/71
11. ROY-SARKAR, Biren, China und Bangla Desh: Aus der Sicht Kalkuttas", in Neues Rotes Forum (Heidelberg), 2/72
12. SCHMIERER, Joscha, "Prinzipien und Strategie der Aussenpolitik der VR China" in Neues Rotes Forum (Heidelberg) 1/72 S. 7-18
13. Sofri, Gianni, La politique extérieure chinoise", in Les Temps Modernes (Paris), Januar 72, S. 967-1ooo
14. Der Spiegel, Nr. 49/1971
15. derselbe, Nr. 18/1972
16. UNGER, Karl, "Der nationale und soziale Befreiungskampf in Bangla Desh und der Krieg zwischen Indien und Pakistan", Anti-Imperialistisches Informationsbulletin,(Marburg), Nr. 1/72, S. 3-7
17. KÜSTER,C.S./RAO S.M.,"Militärische Dynamik als Ausweg aus der ökonomischen Stagnation?" in Freiburger Studentenzeitung basis, Nr. 1/72 S. 1o-13

Chronik des dreizehntägigen Krieges

Der Krieg zwischen Indien und Pakistan nahm bis zum Fall der ostpakistanischen Hauptstadt Dacca folgenden Verlauf:

● Freitag, 3. Dezember: Die indische Regierung gibt bekannt, dass pakistanische Flugzeuge zwölf indische Flugbasen entlang der westlichen Grenzen angegriffen haben.

● Samstag, 4. Dezember: Die indische Luftwaffe und Marineeinheiten greifen Ziele in Pakistan an. Pakistanische Panzereinheiten dringen in Kaschmir vor, während indische Einheiten in Ostpakistan einrücken.

● Sonntag, 5. Dezember: Indische Marineeinheiten greifen den Hafen Karachi an. Im Sicherheitsrat legt die Sowjetunion gegen eine amerikanische Resolution auf Waffenstillstand und Truppenrückzug ihr Veto ein.

● Montag, 6. Dezember: Die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi gibt bekannt, dass ihre Regierung die «Volksrepublik Bangla Desh» anerkennt.

● Dienstag, 7. Dezember: Die Inder dringen weiter in Ostpakistan vor und erobern die Distrikthauptstadt Jessore. Auch die Stadt Sylhet im Nordosten des Landes wird eingenommen.

● Mittwoch, 8. Dezember: Im Osten fällt die Stadt Comilla in die Hände der Inder. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen stimmt für sofortige Feuereinstellung.

● Donnerstag, 9. Dezember: Verteidigungsminister Jaggivan Ram gibt bekannt, dass sich die pakistanischen Truppen in grosser Auflösung zurückziehen. Die Inder dringen weiter vor. Pakistan nimmt die UNO-Resolution auf Feuereinstellung an.

● Freitag, 10. Dezember: Indira Gandhi gibt bekannt, dass Indien die UNO-Resolution überprüft, doch bis zur Befreiung von Bangla Desh weiterkämpfen werde.

● Samstag, 11. Dezember: Indische Fallschirmjäger dringen bis in die Vororte von Dacca vor.

● Sonntag, 12. Dezember: Weitere ostpakistanische Städte fallen in die Hände der Inder.

● Montag, 13. Dezember: Indische Einheiten durchbrechen den äusseren Verteidigungsring von Dacca.

● Dienstag, 14. Dezember: Indien eröffnet das Artilleriebombardement von Dacca. Einige pakistanische Einheiten ergeben sich. Der Zivilgouverneur von Ostpakistan und andere hohe Beamte legen ihre Aemter nieder.

● Mittwoch, 15. Dezember: Indien ruft einen sechzehnstündigen Waffenstillstand aus, um den Pakistani Zeit zur Kapitulation zu geben. Der pakistanische Staatspräsident Yahya Khan ermächtigt den ostpakistanischen Befehlshaber, alle Schritte zu unternehmen, die er für notwendig erachtet. Der pakistanische Aussenminister Bhutto bezeichnet das Verhalten der Vereinten Nationen als «[illegible]» und einen Betrug» und verlässt unter Protest die Sitzung des Sicherheitsrates.

● Donnerstag, 16. Dezember: Kapitulation Ostpakistans.

aus: Basler Nationalzeitung, No. 584, 18.12.71, S.1

(Fortsetzung von Seite 5)

Vergleicht man das industrielle Wachstum in den westlichen und östlichen Industrieländern mit dem der Entwicklungsländer, ergibt sich folgendes Bild 1958 (1965):

	Anteil in %		
	Welt-produktion	Leicht-industrie	Schwer-industrie
1. sozialistisch-planwirtschaftliche Industrieländer	28 (32)	28 (30)	28 (33)
2. kapitalistisch marktwirtschaftliche Indusfrieländer	66 (62)	63 (61)	68 (63)
3. Entwicklungsländer	6 (6)	9 (9)	4 (5)

Die Entwicklungsländer konnten also ihre Industrieproduktion im Verhältnis zu den westlichen Industrieländern um 17% steigern, wenn man das Ergebnis von 1958 gleich 100 setzt. Dagegen ist ihr Anteil an der Weltproduktion zwischen 1958 und 1965 gleich geblieben. Das liegt an dem starken industriellen Aufschwung in den sozialistischen Industrienationen.

Es findet also ein langsames industrielles Wachstum statt, aber die Unterlegenheit der verarbeitenden Industrie läßt sich nur schrittweise beseitigen. Die Entwicklungsländer haben daher 1964 in Genf und 1968 in Neu Delhi auf den Welthandelskonferenzen gefordert

1. **Alle Zollschranken, die die Einfuhr von Fertigwaren aus Entwicklungsländern (in der Bundesrepublik z. B. Nähmaschinen aus Indien) benachteiligen, sollen abgebaut, stattdessen Zollerleichterungen u. ä. Maßnahmen für diese Produkte eingeführt werden.**
2. **Entwicklungsregionen sollen sich zu arbeitsteilig aufgebauten größeren Wirtschaftsräumen zusammenschließen und langfristige Industrialisierungsprogramme aufstellen.**

Die wirtschaftliche Überlegenheit der Industrienationen zeigt sich nirgends so deutlich wie in der verarbeitenden Industrie. Sie stellt gegenüber den Entwicklungsländern eine wirtschaftspolitische Machtgrundlage dar. Wenn diese von dem industrialisierten Teil der Welt auch weiterhin wie bisher ausgenutzt wird, kann es kaum einen friedlichen Fortschritt in den Entwicklungsregionen geben. Der Unterschied zwischen sogenannten armen und reichen Nationen wird befestigt und nicht gemildert.

Initiative (KDSE)

Portugal in Afrika

AUS DEM INHALT: Seite

II. u. III. Quartal 1972, Nr. 2/3, 12. Jahrg.

Herausgeber:
Katholische Deutsche Studenten-Einigung (KDSE)

Anschrift:

„Initiative", 5300 Bonn, Rheinweg 34
Telefon: 23 40 21
Postscheck Köln 207992 (Vermögensverwaltung der KDSE e. V.)

RUTH FIRST
Portugals Krieg in Afrika

Ruth First:
Portugals Krieg in Afrika
Übersetzung der englischen Broschüre "Portugals War in Africa"
Veröffentlichung des Informationszentrum Dritte Welt

Leicht verständliche Einführungsbroschüre zur Geschichte des portugiesischen Kolonialismus und zum Stand der Befreiungskriege.

Inhalt:
Kolonialisierung durch Portugal: Eroberung, Sklaverei und Zwangsarbeit
Kolonialverwaltung: Assimilierung - Untertanen für Portugal
Salazars korporativer Staat
Beginn des Widerstands, Stand der Befreiungskriege, Zum Aufbau in den befreiten Gebieten
Die Rolle der westlichen Verbündeten
Die Allianz Südafrika - Portugal - Rhodesien
Anhang des Herausgebers: Die Rolle der BRD und die Politik der SPD/FDP-Regierung
Eine Liste ausgewählter Bücher, Broschüren und Periodika ermöglicht die weiterführende Informationsarbeit

Die Broschüre ist geeignet, im Rahmen der Kampagne zum Portugaltribunal verwendet zu werden.

Bestellungen an:
Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Lorettostr. 20a
Preis DM 2,--

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Industrialisierung, Fremdkapital und Zwangsarbeit in Südafrika

Übersetzung einer Veröffentlichung der Vereinten Nationen (Unit on Apartheid, Department of Political and Security Council Affairs)
Herausgeber: Aktion Dritte Welt, Freiburg und Sozialistisches Büro Offenbach

Inhalt:
Industrialisierung und Armut
Das Ausmaß des Zwangsarbeitssystems in Südafrika
Südafrikas Außenhandel
Auslandsinvestitionen in Südafrika
Das Auftauchen eines Südafrikanischen Blocks

mit ca. 50 Tabellen und einem Anhang der Herausgeber der Deutschen Übersetzung: Die hundert wichtigsten westdeutschen Firmen und ihre Tochtergesellschaften in Südafrika

Vertrieb:
Informationszentrum Dritte Welt
78 Freiburg, Lorettostr. 20a
Tel. (0761) 71028, App. 29

Preis:
Einzelexemplar DM 4,--; Gruppen bei Abnahme von mindestens 10 Exemplaren 10 % Rabatt; Buchhandel 40 % Rabatt; - jeweils zuzüglich Versandkosten.

---

basis - Dritte Welt

In Zusammenarbeit mit der Aktion Dritte Welt hat die Redaktion der Freiburger Studentenzeitung "basis" ihre Nr. 1/72 über Dritte Welt herausgebracht. Die Nummer umfaßt folgende Aufsätze: Georg Herbert: Prolegomena zu einer Strategie friedlichen Wandels unter besonderer Berücksichtigung der Ausbeutung der Dritten Welt; Friedhelm Hemmerich: Entwicklungsschwindel oder Wem nützen Privatinvestitionen?, eine gekürzte Fassung des gleichnamigen Papiers bei der Aktion Dritte Welt; C.S. Küster/ S.M. Rao: Militärische Dynamik als Ausweg aus der ökonomischen Stagnation? Eine historisch-politische Analyse des Pakistankonflikts; Georg Stingl: Studentenbewegung und Imperialismus im südlichen Afrika; Arabische Studentenvereinigung über die Befreiungsbewegungen im Südosten der arabischen Halbinsel; Michael Jung: Kritik der Lehrinhalte: Ökonomie, Der Beitrag einer Wachstumstheorie zu einer Theorie der Entwicklung ("Das eklatante Versagen der ökonomischen Theorie wird von ihren professionellen Vertretern offenbar kaum zur Kenntnis genommen") und außerhalb des Themas der Nummer der Versuch einer Einschätzung des Hochschulgesamtplans durch Karl Ebert, im WS 71/72, AStA-Vorsitzender in Freiburg.

Die Nummer kann beim iz3w Freiburg zum Preis von DM 1,50 bestellt werden. Nr. in unserer Versandliste: C-12.

Bestellschein liegt bei